

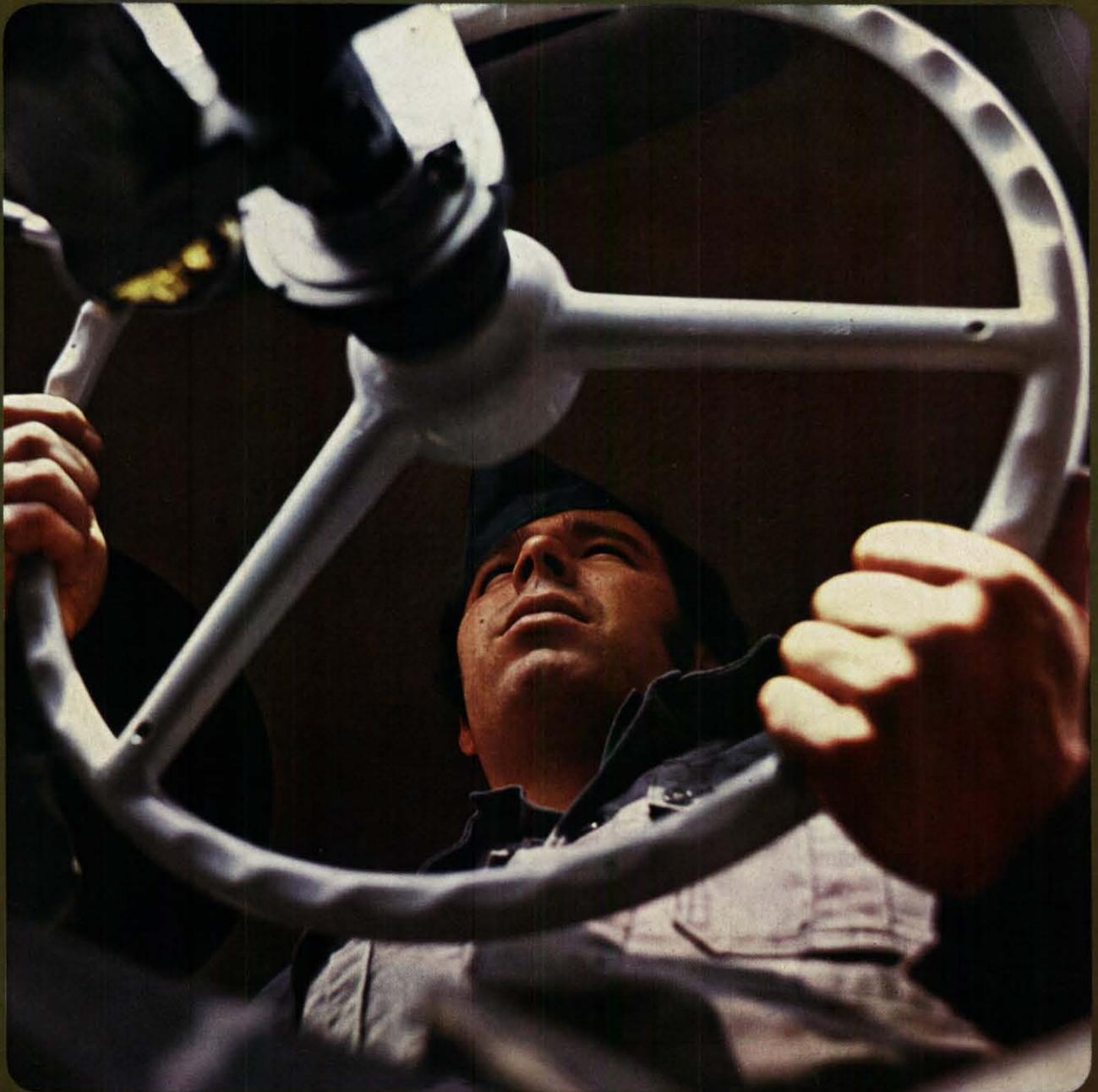
G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

2'73 FEBRUAR



Wenn lang anhaltender Regen oder eine plötzlich einsetzende starke Schneeschmelze Bäche und Flüsse anschwellen lassen, wenn reißende Fluten sich ihren Weg auch außerhalb der Bach- und Flußbetten suchen und Wassermassen ganze Ortsteile und Landstriche überfluten, beginnt Jahr für Jahr der Kampf mit dem nassen Element. Das Wasser findet seinen Weg. Schwache Stellen in den Ufern werden von seiner quirligen Kraft ausgespült, Dämme und Uferböschungen werden ausgehöhlt, und mit schier unaufhaltsamer Wucht schießt das tosende Wasser durch die selbstgeschlagene Bresche.

Und dann sehen wir die gewohnten Bilder: überschwemmte Straßen, vollgelaufene Keller, im Wasser stehende Häuser, Wiesen und Felder, die Seen gleichen. In den Straßen fahren Boote statt Autos, der Bahnverkehr bricht zusammen. Auf dem Lande wird das gefährdete Vieh ausgetrieben, werden Maschinen und Geräte in Sicherheit gebracht.

An den Stellen, wo das Wasser aus seiner vorbestimmten Bahn austritt, versuchen Menschen die gebrochenen Dämme zu schließen oder die ausströmenden Fluten in andere, weniger gefährliche und schadenbringende Bahnen zu lenken. Sandsäcke werden zu Tausenden gefüllt, geschlossen und fliegen von Hand zu Hand, bis sie, zu einem neuen Wall aufgetürmt, Lücken schließen und den gurgelnden Wassermassen neuen Widerstand entgegensetzen. Harte Zeiten für Selbstschutz, Deichwart, Katastrophenschutz, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr und andere Helfer.

Doch das Füllen, Transportieren und Aufschichten von Sandsäcken erfordert Kraft und Zeit. Immer wieder haben

Helmut Freutel **Stopp die Flut!**

Neuartiger Schutz
vor Überschwemmungen

findige Leute versucht, schnellere und leichtere Mittel mit der gleichen Sperrwirkung zu finden. Jetzt hat eine namhafte deutsche Firma aus dem Bereich der Kunststoffverarbeitung ein Hochwasserschutzsystem entwickelt, das nun als Prototyp erstmals der Fachöffentlichkeit vorgestellt wurde. Dabei handelt es sich um wasser-



Alle Jahre wieder, mal hier, mal dort, überschwemmte Wohngebiete.

gefüllte Sperrschläuche mit einem Durchmesser von etwa einem Meter, die anstelle der bisher üblichen Sandsackdämme verwendet werden können.

Die Schläuche, deren bisher als zweckmäßig festgestellte Länge 30 m beträgt, werden zusammengerollt an den hochwassergefährdeten Ort transportiert, dort ausgerollt und mit Hilfe von Motorpumpen in kurzer Zeit mit dem vorhandenen Flußwasser gefüllt. Da die Schläuche mit normalen B-Anschlüssen ausgerüstet sind, können sie an die üblichen Feuerwehrgeräte angeschlossen werden. Sie können zum Füllen parallel oder hintereinandergeschaltet werden. Die Fülldauer beträgt etwa 15 Minuten pro Schlauch.

Die optimale Höhe des Schlauches liegt bei 75 bis 80 cm. Die einzelnen Sperrschläuche werden durch Ösen und Leinen oder durch Karabinerhaken zu einer Schlauchkette in der benötigten Länge verbunden. Sollte es an den Verbindungsstellen Undichtigkeiten geben, können diese leicht mit wenigen Sandsäcken abgedichtet werden. Auf diese Weise läßt sich auch auf unebenem Boden rasch ein wirksamer Schutz gegen das Vordringen des Hochwassers einrichten. Ist ein weiteres Steigen des Wassers zu erwarten, kann



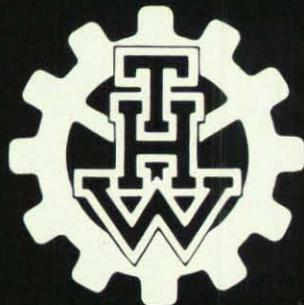
Sandsackdämme: probates Mittel, Überflutungen zu stoppen oder umzuleiten.



Das Füllen und Aufsetzen von Sandsäcken erfordert viel Kraft und Zeit.

**Fortsetzung auf
Umschlagseite 3**

 **MAGAZIN**
2'73



Aus dem Inhalt

Seite 6:



„Bei Gefahr: Sprengung!“ — Der Lawinenwarndienst in Bayern und seine Aufgabe.

Seite 13:

„100 000 Liter Schweröl im Main“ — Ölalarm für das Technische Hilfswerk.

Seite 14:

„Der Helfer im Katastrophenschutz“ — Aus der Sicht einer obersten Landesbehörde.

Seite 20:

„Interesse an Mehrzweckbauten steigt“ — Mainzer Tiefgarage im Rohbau fertiggestellt.

Seite 23:

„Erste Hilfe erfordert auch Mut“ — Hinweise für das Verhalten am Unfallort.

Seite 24:

„Mobile Stromquellen“ — Notstromaggregate im Katastrophenschutz.

Seite 28:

„Umfangreich und vielseitig“ — Katastrophenschutz-Vollübung der Stadt Dortmund.



Seite 31:

„Kampf dem Methodik-Muffel“ — Zum Beginn einer neuen Reihe.

Seite 32:

Lehrgänge des Technischen Hilfswerks.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Werner Koller
Dr. Werner Schiefel

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Gabriele Mintenbeck

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Al t e n a, Postfach 137
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

Kontinenta Anzeigenverwaltung GmbH
4 Düsseldorf, Umlandstraße 42
Telefon: (02 11) 66 62 65
Fernschreiber: 08 586 898

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Tatsächlich verbreitete Auflage: 106.100 Exemplare
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU

NRW-Innenministerium begrüßt Information

Dr. Heinrich Stakemeier, Staatssekretär im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen, schreibt dem ZS-Magazin zu dem Beitrag „... noch immer schlummert in der Erde die tödliche Gefahr“ (Heft 1/73): Ich habe den Artikel Ihres Mitarbeiters Werner Koller mit großem Interesse gelesen und begrüße es sehr, daß Sie der Kampfmittelbeseitigung im Lande Nordrhein-Westfalen einen so breiten und informierenden Beitrag gewidmet haben.

Zu einer Zeit, da alle verantwortlichen Kräfte in der Bundesrepublik sich einig sind in dem Bemühen, einen neuen Krieg für unser Land mit allen Mitteln zu verhindern, kann doch aus humanitären Gründen nicht darauf verzichtet werden, alle Anstrengungen darauf zu verwenden, in einem nie mit letzter Sicherheit auszuschließenden Fall eines bewaffneten Konflikts den betroffenen Menschen den größtmöglichen Schutz zuteil werden zu lassen.

Humanitäre Gesichtspunkte und das Bemühen um eine möglichst umfassende Abwehr der Gefahren, die der Bevölkerung noch immer aus den Relikten des letzten Krieges drohen, sind es auch, von denen sich das Land bei seinem Engagement um die Beseitigung der noch in großer Zahl vorhandenen Kampfmittel dieses Krieges leiten läßt. Für den einzelnen Bürger mag es bestürzend sein, fast 30 Jahre nach Beendigung der Katastrophe noch der Gefahr explodierender Bomben und Granaten ausgesetzt zu sein. Aber wer bedenkt, daß gerade unser Land über Jahre in einem unvorstellbaren Ausmaß mit Kampfmitteln aller Art verseucht worden ist, kann nicht überrascht sein, daß die Kampfmittelräumung noch für lange Zeit eine ebenso notwendige wie mühsame und gefährvolle Aufgabe der staatlichen Gefahrenabwehr bleiben wird.

Der Innenminister, dem diese Aufgabe innerhalb der Landesregierung obliegt, hat der Kampfmittelbeseitigung stets die ihr gebührende Bedeutung beigemessen. Durch Ausstattung des Staatlichen Kampfmittelräumdienstes mit modernsten technischen Hilfsmitteln und durch eine intensive Ausbildung und Schulung aller in der Kampfmittelräumung eingesetzten Kräfte ist es gelungen, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu schaffen. Dabei wird in den nächsten Jahren insbesondere die Auswertung der erst seit einiger Zeit deutschen Stellen zugänglichen alliierten Luftbildaufnahmen eine bedeutsame Rolle spielen, da sie besser als alle anderen Erkundungsaktionen eine systematische Räumung der besonders stark mit Bombenblindgängern verseuchten Gebiete ermöglicht.

Es kann bei dem Umfang der zu bewältigenden Aufgabe nicht überraschen, daß wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft erhebliche personelle und finanzielle Mittel erforderlich sein werden, um die Entseuchung unserer Landes von Kampfmitteln des letzten Krieges zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Aber die Höhe der Mittel wird durch den Erfolg der bisherigen Bemühungen gerechtfertigt, ist es doch letztlich ihnen zu verdanken, daß unser Land und seine Bevölkerung vor Schäden größeren Ausmaßes durch explodierende Kampfmittel weitgehend bewahrt worden sind. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang der unermüdete und selbstlose Einsatz aller in der Kampfmittelbeseitigung tätigen Kräfte, die sich nun schon seit vielen Jahren ihrer gefährlichen Aufgabe im Dienst unserer Bevölkerung oft unter Einsatz ihres Lebens widmen. Ich freue mich daher ganz besonders, daß ihr Einsatz und ihre Opferbereitschaft durch den Artikel in Ihrer Zeitschrift auch in der Öffentlichkeit die gebührende Anerkennung erfahren.

Symposium über die Möglichkeit der Flugrettung

Der Einsatz des in Köln stationierten Rettungshubschraubers soll in Zukunft noch erzielter und effektiver gestaltet werden. Darum veranstalten die Chirurgische Universitätsklinik Köln und der Malteser-Hilfsdienst am

28. Februar in der Zeit von 16 bis 18.30 Uhr im Hörsaal A des Hörsaalgebäudes (gegenüber dem Hauptgebäude der Universität Köln-Lindenthal, Albertus-Magnus-Platz) ein Symposium über die Möglichkeiten der Flugrettung im Raum Nordrhein-Westfalen. Alle niedergelassenen Ärzte, die Ärzte der Kliniken und Institute, die Klinikverwaltungsdirektoren, Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste sind hierzu eingeladen.

Außer organisatorischen Fragen des Hubschraubereinsatzes, wie Alarmierung, Einsatztaktik und die Einrichtung von Ladeplätzen sowie finanziellen Fragen werden von Wissenschaftlern verschiedener medizinischer Fachdisziplinen die Probleme der Notfallversorgung von Schwerverletzten erörtert. Interessenten wollen sich bitte an das Tagungsbüro wenden: Malteser-Hilfsdienst, 5038 Rodenkirchen, Hauptstr. 24; Tel.: (02 21) 30 22 93 (Herr Nowak)

Bierfaß als Handgepäck



Drei Jahre lang schleppte — wohin er auch ging — der 44jährige Mechaniker Günter Hafke aus Solingen dieses gewichtige Bierfaß mit sich herum: Nicht etwa, um jederzeit etwas gegen den Durst bei sich zu haben, sondern um darin Geld zu sammeln für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. Das stolze Ergebnis dieser Mühe waren acht „Liter“ Münzen und Geldscheine — gleich 15,65 kg. Das Sammelergebnis lieferte jetzt der Hobby-Seemann, dessen großer Traum eine große Fahrt ist, bei der Seenotleitung in Bremen ab: genau 790,71 DM!

Straßenzustandsberichte im Winter

Die Sicherheit im Straßenverkehr wird besonders in der kalten Jahreszeit stark vom Wetter beeinflusst. Meldungen über den Zustand der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) sind daher gerade in den Wintermonaten eine wertvolle Hilfe für den Kraftfahrer. Sie geben ihm die Möglichkeit, sich rechtzeitig auf mögliche kritische Verkehrssituationen einzustellen. Die Straßenzustandsberichte sollen durch Unterrichtung der Verkehrsteilnehmer — „Gefahr erkannt — Gefahr gebannt!“ — dazu beitragen, daß durch ein an die Straßenverhältnisse angepaßtes Verhalten Unfälle verhindert und somit Menschenleben geschützt und Sachschäden verhütet werden.

Von der Bundesanstalt für Straßenwesen und den obersten Landesstraßenbaubehörden werden je nach Witterungslage in der Winterszeit Straßenzustandsmeldungen herausgegeben. Ihre allgemeine Verbreitung erfolgt vor allem über die Rundfunkanstalten, die sie in der Regel dreimal täglich ausstrahlen, und zwar meistens im Anschluß an die Nachrichten um 7, 9 und 13 Uhr. Auch über den Fernsprechanmeldedienst der Deutschen Bundespost (Ruf: 11 69, gelegentlich abweichende Nrn. sind aus dem örtlichen Fernsprechnachrichtensbuch zu entnehmen) können diesbezügliche Nachrichten eingeholt werden. Detaillierte telefonische oder fernschriftliche Auskünfte erteilen ferner die Ämter des Deutschen Wetterdienstes. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß außer den vorgenannten öffentlichen Einrichtungen auch die Automobilclubs entsprechende Informationen herausbringen.

Georg von Truszczyński Ehrenbürger von Da Nang

Georg von Truszczyński, Generalsekretär des Malteser-Hilfsdienstes, wurde vom Magistrat der Hafenstadt Da Nang in Süd-Vietnam zum Ehrenbürger ernannt. Mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde dankte der Magistrat dem Generalsekretär, der seit 1966 zum 17. Mal in Vietnam weilte und diesmal das siebente Weihnachtsfest dort verbrachte, für die humanitäre Hilfe, die der Malteser-Hilfsdienst durch finanzielle Beihilfen den Flüchtlingen im Raume Da Nang geleistet hat. Bei der Übergabe der Urkunde im Rathaus von Da Nang würdigte



Generalsekretär Georg von Truszczyński ist — so oft er in die Flüchtlingslager kommt — stets von vielen Kindern und Erwachsenen umringt, für die er nicht nur ein freundliches Wort, sondern auch immer praktische Hilfe bereit hat.

Bürgermeister Tin besonders die hohen Spenden und den persönlichen Einsatz der Malteser bei der Flüchtlingshilfe nach der Osteroffensive von 1972. Damals hatten sie über 300 000 Flüchtlinge betreut; Generalsekretär von Truszczyński war aus diesem Anlaß von Deutschland aus in das Kriegsgebiet geflogen.

Einführung eines „Rettungspfennig“ gefordert

Einen zweckgebundenen „Rettungspfennig“ über den Benzinpreis einzuführen, hat die „Gesundheitspolitische Gesellschaft e. V.“ in Kiel vorgeschlagen. Nach Ansicht des Vorsitzenden dieser Institution, Dr. Fritz Beske, Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Ministerium für Soziales und Gesundheit, würde eine Preiserhöhung von einem Pfennig pro Liter Benzin im Jahr etwa 300 Millionen DM einbringen. Die so gewonnenen Gelder sollten vorrangig

für folgende Bereiche verwendet werden: Ausbau der Notrufmeldeanlagen und der Leitstellen für den Rettungseinsatz; Modernisierung des Krankentransportwesens; Ausbau der Funkverbindungen zwischen Krankenhäusern und Krankenwagen; Ausbildung der Rettungssanitäter; Unterstützung der mit ihren freiwilligen Helfern im Rettungsdienst tätigen Organisationen; laufende Unterhaltung der Einrichtungen; wissenschaftliche Untersuchungen zur Weiterentwicklung des Rettungswesens.

Die erste „Schützenhilfe“ erhielt die „Gesundheitspolitische Gesellschaft“ vom Deutschen Roten Kreuz. Das Präsidium des DRK-Landesverbandes Schleswig-Holstein hat seine positive Einstellung zu diesem Vorschlag dargelegt. Ohne beträchtliche zusätzliche Geldmittel für die praktische Durchführung aller geplanten Neuregelungen im Rettungswesen könnten die im Entwurf vorliegenden entsprechenden

Gesetze nicht verabschiedet werden. Nach Auffassung des DRK hat die vorgeschlagene Mitfinanzierung durch den „Rettungspfennig“ eine jedermann einleuchtende Motivierung, da die Kostenlast vor allem den von Unfällen besonders betroffenen Kreis der Autofahrer treffen würde. Nicht einverstanden mit einer Erhöhung des Benzinpreises durch den „Rettungspfennig“ zeigte sich ein Vertreter der Opposition im schleswig-holsteinischen Landtag. Trotz der erschreckend großen Zahl der im Straßenverkehr Getöteten und Verletzten, so argumentierte der Abgeordnete, muß berücksichtigt werden, daß das Rettungswesen nicht nur für die Verkehrstopfer zur Verfügung steht, sondern auch für die vielen Notfallpatienten, die bei Unfällen in Haus und Betrieb und bei akuten Erkrankungen dringend Hilfe benötigen.

Hilfe für die Erdbebenopfer in Nicaragua

Zwei Tage vor Weihnachten wurde die 320 000 Einwohner zählende Hauptstadt des mittelamerikanischen Staates Nicaragua, Managua, von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht, das auf der 8-Punkte-Richter-Skala eine Stärke von 6,5 erreichte. Nach dem Beben brachen Brände aus, die wegen der zerstörten Wasserzufuhr nicht gelöscht werden konnten. Massen von Obdachlosen verließen die Stadt, noch ehe die Regierung die Räumung des Zentrums anordnete, um der Gefahr von Epidemien vorzubeugen. Aus den Trümmern haben Bergungsmannschaften annähernd 4 000 Tote geborgen. Etwa 40 000 Personen wurden verletzt und ungefähr 100 000 obdachlos. Unverzüglich nach Bekanntwerden der Katastrophe liefen weltweit umfangreiche Hilfsaktionen an. Glücklicherweise war die Piste des Flughafens Las Mercedes intakt geblieben, so daß eine Luftbrücke eingerichtet werden konnte, über die pausenlos beträchtliche Hilfssendungen aus den benachbarten Ländern, vor allem aus den USA, eintrafen. Der Weitertransport der eingeflogenen Hilfsgüter erfolgte zunächst aus Mangel an Benzin und Fahrzeugen nur schleppend.

Die vom Bundesministerium des Innern koordinierte Hilfe aus der Bundesrepublik konzentrierte sich von vornherein auf die Wiederinbetriebnahme öffentlicher Versorgungseinrichtungen, wobei Schwerpunkte neben dem Fernmeldenetz das Elektrizitäts- und das Wasserwerk waren. Dazu wurden bei 4 Hilfsflügen mit BW-Flugzeugen bevorzugt Spezialisten mit Werkzeugen und Ersatzteilen für die Reparatur des Dampfkraftwerkes und des Wasserwerks der Stadt transportiert. Darüber hinaus wurden gespendete Hilfsgüter nach Managua geflogen: Vom Bund Impfstoffe und Antibiotika, Wasserentkeimungstabletten, Zelte, Hochdruckpumpen und Zubehör im Wert von 450 000 DM. Von den Hilfsorganisationen (Arbeiter-Samariter-Bund, Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz und Diakonisches Werk) Zelte und Decken, Wasserentkeimungstabletten und Trinkwasserbehälter sowie Kindernahrung im Wert von rd. 700 000 DM und aus Spenden der Industrie zwei Röntgengeräte mit Notstromaggregaten im Wert von 200 000 DM für das Hospital Managua. Die vom Bund aufgebraachte Transportleistung der Luftwaffe hatte einen Wert von 260 000 DM. Da sich in Managua das Lebenszentrum Nicaraguas mit den fast unbeschädigt gebliebenen Industriegebieten und den Kreuzungspunkten der Verkehrswege befindet, soll das zerstörte Zentrum der Hauptstadt an alter Stelle wiederaufgebaut werden. Dabei ist vorgesehen, erdbebensichere Gebäude für Verwaltung und Versorgung inmitten umfänglicher Grünanlagen zu errichten, damit die Bevölkerung, die außerhalb des Katastrophengebietes in einem großen Ring von Vororten um das zerstörte Zentrum wohnt, hier wieder ihren Geschäften nachgehen kann.

Bundeskanzler Brandt sprach Zivilverteidigung an

In seiner am 18. Januar 1973 vor dem Deutschen Bundestag abgegebenen Regierungserklärung wies Bundeskanzler Willy Brandt auch auf die Bedeutung der Zivilverteidigung hin. Er bezeichnete die atlantische Allianz als Grundlage unserer Sicherheit und fuhr dann fort:

„Die Freiheit, an Entspannung und Ausgleich mitzuwirken, wird uns nicht geschenkt. Wehrpflicht, Verteidigungshaushalt und Zivilverteidigung betrachten wir nicht nur als Notwendigkeiten, sondern als sinnvollen Dienst für die freie Gemeinschaft unserer Bürger; er hilft unserer Friedensarbeit.“

Unfallschutz auch bei Hilfe im Ausland

Der Zweite Senat des Bundessozialgerichts in Kassel hat in einem vom Deutschen Gewerkschaftsbund gegen die Bundesrepublik Deutschland und die Stadt Berlin geführten Modellprozeß grundsätzlich entschieden, daß deutsche Staatsangehörige, die während eines Urlaubs im Ausland bei Unglücksfällen Hilfe leisten, dabei unter dem Schutz der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung stehen. Wenn deutsche Urlauber bei ihrer Hilfeleistung im Ausland selbst zu Schaden kommen, muß nach der Entscheidung die deutsche Unfallversicherung für den Körperschaden aufkommen.

Das Bundessozialgericht sprach deshalb der Witwe eines Arbeiters aus Berlin Hinterbliebenenrente aus der deutschen Unfallversicherung zu, weil der Ehemann der Frau während eines Urlaubs in Spanien eine beim Schwimmen im Meer in Lebensgefahr geratene Urlauberin vor dem Ertrinken gerettet hat. Dabei kam der Arbeiter selbst ums Leben. Da sich das Unglück außerhalb des Bundesgebiets ereignete, verweigerte die Unfallversicherung der Witwe die Hinterbliebenenrente.

(Aktenzeichen: 2 RU 19/70)

Bundesverdienstkreuz für Hugo Haase



Der langjährige Hilfsreferent im Lehrgangsreferat des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Hugo Haase, erhielt am 19. Dezember 1972 aus der Hand des Präsidenten des BzB, Dr. Paul Wilhelm Kolb, das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande. Haase gehört zur „alten Garde“ des

Zivilschutzes. Im Jahre 1934 trat er in das Präsidium des Reichsluftschutzbundes in Berlin ein. Nach einer Tätigkeit als Ausbilder von örtlichem Stammpersonal kam er 1935 als Landesgruppenausbildungsleiter zur Landesgruppe Thüringen des RLB. Im Zweiten Weltkrieg war Hugo Haase zunächst als Reserveoffizier bei der Flak. Er führte später die Luftschutzkompanie der Luftwaffe, die oftmals bei den Großangriffen auf Berlin eingesetzt war.

Haase blieb dem Luftschutz aufs engste verbunden. So lag es nahe, daß er sich Anfang 1957 der damaligen „Bundesanstalt für zivilen Luftschutz“ zur Verfügung stellte und hier im Rahmen der Lehrabteilung wieder in der Ausbildung wirkte.

Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst am 31. August 1972 widmete er sich stets der Lehre. Er organisierte die Ausbildungsveranstaltungen des BzB, arbeitete die Planübungen des Lehrreferates aus und sprach als Dozent in fast 700 Lehrgängen vor über 25 000 Zuhörern — zumeist leitenden Zivilschutzkräften aus dem gesamten Bundesgebiet. Haase hielt nicht nur zahlreiche Vorträge, er schrieb auch Artikel in der Fachpresse und arbeitete an Kommentaren und Handbüchern zum Thema Zivilverteidigung mit.

Dipl.-Ing. Erhard Schmitt erhielt Bundesverdienstkreuz



Dipl.-Ing. Erhard Schmitt, Vizepräsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz und Direktor des Technischen Hilfswerks, erhielt am 29. Dezember 1972

in einer Feierstunde im Bundesministerium des Innern das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Der Bundespräsident hatte es ihm für seine Tätigkeit auf dem technisch-wissenschaftlichen Gebiet des Zivilschutzes verliehen.

Dipl.-Ing. Schmitt war nach der Diplomprüfung in der Fachrichtung Elektrotechnik an der Technischen Hochschule München zunächst in der Industrie tätig. Er erhielt dann eine Sonderausbildung im Brandschutzwesen und ging im Jahre 1938 zur Reichsanstalt für Luftschutz im Bereich des Reichsluftfahrtministeriums, wo er

seinen Ruf als versierter Fachmann begründete.

Von 1946 bis 1952 war Erhard Schmitt in der Industrie und in der staatlichen Brandschutzorganisation tätig. Er kam dann zum Bundesministerium des Innern, wo er als Experte die technische und wissenschaftliche Entwicklung des heutigen Zivilschutzes entscheidend mitgetragen und bestimmt hat. Über seine dienstlichen Aufgaben hinaus befaßte er sich auch in ehrenamtlicher Arbeit mit dem Problem des Brandschutzes. So ist er seit vielen Jahren Vorsitzender der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V. (VFDB). Diese gibt unter seiner Schriftleitung eine eigene Zeitschrift heraus, die mit stark beachteten Berichten über wissenschaftliche Veranstaltungen hervortritt.

Durch seine Arbeit fühlte sich Dipl.-Ing. Schmitt seit den ersten Anfängen des Technischen Hilfswerks eng mit dieser Organisation verbunden. So war es kein Zufall, daß er nach seiner Ernennung zum Vizepräsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz (1969) am 1. Juli 1970 vom Bundesminister des Innern beauftragt wurde, neben den Aufgaben des Vizepräsidenten auch als Direktor die Leitung der Bundes-

anstalt Technisches Hilfswerk wahrzunehmen.

Hans Metelmann †



Leitender Ministerialrat Hans Metelmann, im Innenministerium in Düsseldorf zuständig für den Aufbau des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen,

ist im Alter von 59 Jahren plötzlich verstorben. Am 23. Dezember 1972 wurde er in Ratingen bei Düsseldorf zu Grabe getragen. Innenminister Willi Weyer würdigte im Namen der Landesregierung und zugleich auch im Namen der Helfer des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen die prägende Kraft, mit der Metelmann die Katastrophenschutz-Einheiten im Lande aufbauen half. Er hat seine Aufgabe mit großem Engagement und mit Aufgeschlossenheit erfüllt.

Mitarbeiter und Helfer der Organisationen in Nordrhein-Westfalen werden Metelmann ein ehrendes Gedenken bewahren.

Veranstaltungen der BVS-Bundesschule

Die Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz wird im Mai 1973 folgende Veranstaltungen durchführen:

Veranstaltung	in der Zeit vom bis	Meldung bei	
		Dienststelle	Landesstelle
Arbeitsseminar BVS-Fachbearbeiter ea	8. 5. — 11. 5. 73	16. 3. 73	30. 3. 73
BVS-Fachlehrgang Bergung	8. 5. — 11. 5. 73	16. 3. 73	30. 3. 73
Info-Seminar	8. 5. — 11. 5. 73	Einladung erfolgt direkt durch Bundesschule	
BVS-Fachlehrgang Brandschutz	15. 5. — 18. 5. 73	23. 3. 73	6. 4. 73
BVS-Fachlehrgang BVS-Redner	15. 5. — 18. 5. 73	23. 3. 73	6. 4. 73
BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	15. 5. — 18. 5. 73	23. 3. 73	6. 4. 73
BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	21. 5. — 25. 5. 73	30. 3. 73	13. 4. 73
Arbeitsseminar Brandschutzgruppe	21. 5. — 25. 5. 73	30. 3. 73	13. 4. 73
Info-Seminar	21. 5. — 25. 5. 73	Einladung erfolgt direkt durch Bundesschule	

Dr. Hans Herb

Bei Gefahr: Sprengung!

Der Lawinenwarndienst in Bayern und seine Aufgaben

Fotos: Günter Sers



So schön, wie die Bergwelt ist, sie steckt voller Gefahren. Panoramablick vom Nebelhorn auf die westlichen Allgäuer Alpen und die Berge Vorarlbergs.

Im Zeitalter des Massenskitourismus steigt die Zahl der Wintersportler von Jahr zu Jahr ständig an. Durch das große Angebot an Bergbahnen und Skiliften ist es heute leicht, ohne große körperliche Anstrengungen in höchste und hochalpine Gebirgsregionen zu gelangen, die in früheren Jahrzehnten nur einem kleinen Kreis bergereifere Personen erreichbar waren. Die Erholungssuchenden, besonders wenn sie aus wintersportfernen Gebieten kommen, sind sich dabei oft nicht der Gefahren bewußt, die sich ihnen entgegen-

stellen können oder heimtückisch auf sie lauern. Es sei nur erinnert an plötzliche Wetterumschläge, Nebelbrüche, Gewitter mit Starkniederschlägen und Lawinenabgänge. Die Lawinengefahr und die durch Lawinenabgänge oft verursachten katastrophalen Schäden an Gut und Leben sind der Bergbevölkerung von alters her bekannt. Fußend auf diesen langjährigen Erfahrungen haben sie daher ihre Wohnsiedlungen, Berghütten und Almen so angelegt, daß eine Lawinengefährdung weitgehend ausgeschlossen ist. Das Wissen um diese

Gefahr genügt jedoch nicht und bietet auch noch keinen ausreichenden Schutz für eine wirksame Abwehr. Vielmehr ist es notwendig, auf wissenschaftlicher Basis die Metamorphose (Umwandlung) des Schnees und die Einflüsse, die von innen und außen her auf eine Schneedecke einwirken (z. B. Temperaturfluß vom Untergrund her, Witterung, Bewuchs, Geländeform usw.) zu beobachten und zu erforschen. Erst aus der Erkenntnis all dieser auf eine Schneedecke einwirkenden Kräfte ist es möglich, vor Lawinen zu warnen und ent-

sprechende Abwehrmaßnahmen gegen Lawinenabgänge zu treffen.

Zum Schutz ihrer Hochgebirgsstraßen, Eisenbahnlinien und Bergdörfer vor Lawinen, die in der Vergangenheit immer wieder große Opfer an Mensch und Gut gefordert haben, und zur Sicherung ihrer weltweit bekannten Skigebiete, die auf dem Sektor des Fremdenverkehrs eine wichtige wirtschaftliche Rolle spielen, war die Schweiz schon seit langem gezwungen, sich eingehend mit dem Lawinenproblem zu beschäftigen.

Im Jahre 1931 wurde die Schweizerische Schnee- und Lawinenkommission ins Leben gerufen, aus der dann 1935 das Institut für Schnee- und Lawinenforschung als bundeseigene Anstalt hervorgegangen ist. Der Dienstsitz des Institutes, das inzwischen weltweit bekannt geworden ist, befindet sich seit 1942 auf dem Weisfluhjoch / ob Davos (2663 m NN). Gestützt auf die schweizerischen Forschungsergebnisse und gezwungen durch die großen Personenverluste und Sachschäden besonders im Katastrophenwinter 1950/51, sind dann auch in Österreich, und zwar 1953 in Vorarlberg, 1956 in Kärnten, 1960 in Tirol und 1965 im Bundesland Salzburg, regionale Lawinenwarndienste eingerichtet worden.

Nach dem schweren Lawinenunglück am 15. Mai 1965 auf dem Zugspitzplatt, das 10 Tote und 28 Verletzte forderte, wurde auch für den bayerischen Alpenraum die Errichtung eines Lawinenwarndienstes immer dringender. Für die beiden folgenden Winter 1965/66 und 1966/67 wurden die Aufgaben des Warndienstes von den benachbarten österreichischen Bundesländern

Vorarlberg bzw. Tirol übernommen.

Zwischenzeitlich wurden vom Bayerischen Staatsministerium des Innern die organisatorischen Maßnahmen getroffen und mit Ministerialerlaß vom 3. 11. 1967 der amtliche

(1905 m), Oberjoch (1162 m), Breitenberg b. Pfronten (1838 m), Tegelberg b. Füssen (1707 m), Zugspitzplatt (2600 m), Wank b. Garmisch (1780 m), Laber b. Oberammergau (1684 m), Westl. Karwendelgrube (2300 m), Brauneck (1600 m),

Wallberg (1615 m), Soinhütte b. Wendelstein (1620 m), Kampenwand (1430 m), Rauschberg (1634 m) und Jenner b. Berchtesgaden (1220 m). Außerdem stehen noch acht Stationen aus dem Beobachtungsnetz des

Schneeoberfläche und Einsinktiefe
6. Beobachtete Lawinenabgänge
7. Geschätzte Lawinengefahr
8. Durchgeführte Schneesperrungen und Pisten-



Der Lawinenwarndienst untersucht die Einflüsse, die zur Lawinengefahr führen, warnt und trifft Abwehrmaßnahmen. Das Foto zeigt ein Meßfeld des Lawinenwarndienstes auf dem Nebelhorn.



Hier wird mit der Messung des Rammwiderstandes einer Schneedecke begonnen. Die Rammsonde wird mit dem Rammhären immer tiefer in den Schnee gerammt, bis die Sonde den Boden erreicht.

Bayerische Lawinenwarndienst ins Leben gerufen.

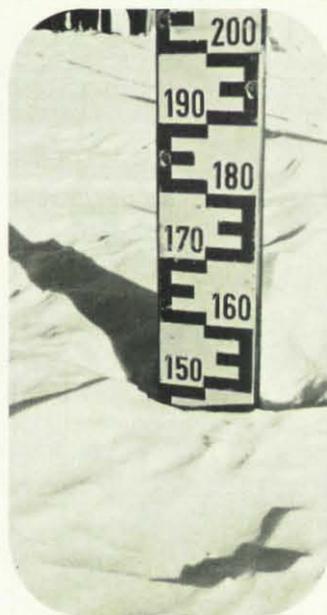
15 Stationen und eine Zentrale

In dem etwa von Oberstdorf bis Berchtesgaden sich erstreckenden Alpenraum wurden 15 Beobachtungsstationen und eine Zentrale mit ihrem Sitz in München eingerichtet. Voraussetzung für die Stationsauswahl war:

1. repräsentative Lage für ein größeres Skigebiet
2. Höhenlage nach Möglichkeit 1500 m oder höher
3. ständige telefonische Erreichbarkeit
4. zuverlässiges Beobachtungspersonal.

Die Beobachtungsstationen verteilen sich über den zu überwachenden Alpenraum von West nach Ost wie folgt:

Falkenhütte b. Steibis (1438 m), Nebelhorn



Der Schneepegel gibt lediglich die Schneehöhe an. Um fundierte Ergebnisse zu erhalten, werden in den Meßfeldern täglich Beobachtungen verschiedener Art angestellt.

Deutschen Wetterdienstes aus dem Alpenraum zur Verfügung.

Bei jeder dieser o. g. Stationen wurde ein sogenanntes Meßfeld (Größe etwa 4 x 11 m) festgelegt, eingerichtet, eingezäunt und mit entsprechenden Hinweistafeln versehen.

Auf diesem Meßfeld werden sowohl die täglichen Beobachtungen gemacht als auch die 14tägigen Schicht- und Rammprofile (Schneeprofile) erstellt. Die tägliche Beobachtung erfolgt in der Zeit zwischen 06.30 und 07.00 Uhr und umfaßt folgende Angaben:

1. Wetter und Bewölkungsmenge
2. Windrichtung und Stärke
3. Lufttemperatur und Neuschneemenge
4. Gesamtschneehöhe und Schneetemperatur
5. Schneecharakter,

Die Beobachtungsdaten werden in der o. a. Reihenfolge in acht fünfstelligen Zahlengruppen verschlüsselt und von der Zentrale in München täglich zwischen 07.30 und 08.00 Uhr fernmündlich abgerufen (Zweiminutengespräche).

Mit Hilfe dieser Meldungen und der Kenntnis der zu erwartenden weiteren Wetterentwicklung — es besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Wetteramt München und der Lawinenwarnezentrale — wird von der Zentrale gegen acht Uhr täglich ein Lawinenlagebericht für die 22 Lawinenkommissionen ausgegeben.

Für jedes größere Skigebiet, in dem die Gefahr von Lawinenabgängen besteht, gibt es eine solche Lawinenkommission. Sie besteht meist aus fünf Mann und hat die Aufgabe,



Die Rammsonde hat gewachsenen Boden erreicht. Zahl der Schläge, Fallhöhe des Rammhärens und Einsinktiefe werden zur Ermittlung des Rammprofils in ein Formblatt eingetragen.



Hier wird knapp unterhalb der Schneedeckenobergrenze die Schneetemperatur gemessen. Daneben sieht man ein Schneeraster zur Bestimmung der Kornart und Korngröße der Schneekristalle.



Der Rammwiderstand ist gemessen, das Rammprofil erstellt; jetzt wird die Schneedecke — auf unserem Bild von Lehrgangsteilnehmern — zum Zwecke der Aufnahme eines Schichtprofils aufgegraben.



Die Schneewand wird entlang der Rammsonde geglättet und die Schichtgrenzen, die oft nur fühlbar und mit dem Auge nicht mehr erkennbar sind, werden mit der Handkante markiert.

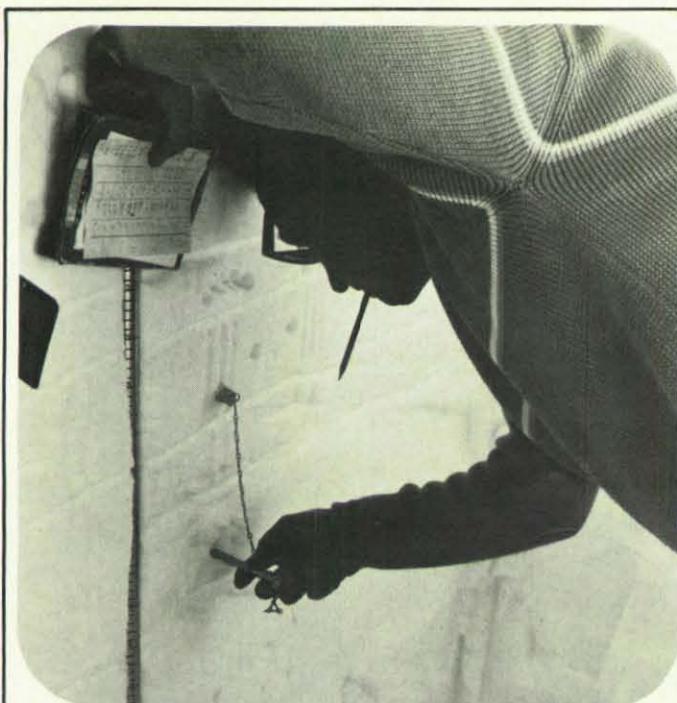
bei entsprechender Gefahrensituation, wie sie aus dem täglichen Bericht ersichtlich ist, nach eigener örtlicher Beratung Anweisungen zu geben, ob Pisten gesperrt, Schneespargungen durchgeführt oder Warnungen für Skitouristen ausgegeben werden müssen.

Die Verbreitung der Lawinlageberichte für die Kommissionen und die für die zu treffenden Anordnungen zuständigen Landratsämter erfolgt in Sammelschaltung auf dem Polizeifernschreibnetz. Außerdem wird der Bericht auch fernschriftlich dem Bayer. Rundfunk, dem

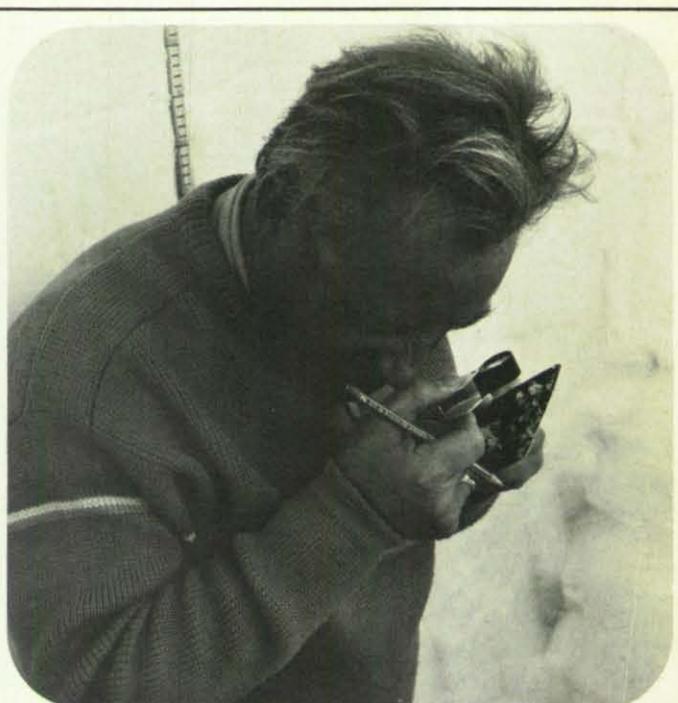
Deutschen Wetterdienst, dem ADAC und je nach Aktualität auch der Presse zugeschrieben. Weiter wird er bei den Bergbahnen ausgehängt in Zusammenhang mit den Angaben, welche Pisten offen bzw. welche gesperrt sind. Auch kann er von jedermann unter der

Nr. 08 11 / 11 60 des Fernsprechansagedienstes mit dem neuesten Schneebericht abgerufen werden.

Wie oben bereits erwähnt, werden neben den täglichen Messungen alle 14 Tage



In der Schneedecke wird vom Boden bis zur Schneedeckenobergrenze im Abstand von je zehn Zentimetern entlang der Rammsonde die Temperatur gemessen und schriftlich festgehalten.



Bei der Aufnahme des Schneeschnittprofils werden u. a. auf dem Schnees raster mit der Lupe Kornart und Korngröße der Schneekristalle untersucht und dann in Form von Symbolen erfaßt.



Der Lawinenwarnzentrale obliegt auch die Ausbildung des Personals für die Erstellung und Beobachtung der Schneeprofile sowie die Schulung der Lawinenkommissionsmitglieder und der Schneefeldsprenger.



Im bayerischen Alpenraum werden in den überwachten Skigebieten Neuschneemengen ab 30 cm im Bereich von Lawenstrichen grundsätzlich abgesprengt. Unser Foto zeigt Vorbereitungen hierzu.

auf dem Meßfeld sogenannte Schneeprofile, die aus einem Ramm- und einem Schichtprofil bestehen, erstellt. Eine Beurteilung der Lawinengefahr ist nämlich nur möglich, wenn man auch den inneren Aufbau der Schneedecke und die ständig vor sich gehende Umwandlung

und Umschichtung kennt. Das Rammprofil gibt Aufschluß über die Härte der einzelnen Schneeschichten, d. h. über den Rammwiderstand der einzelnen Schicht, ausgedrückt in kg/cm^2 . Zur Aufnahme eines Rammprofils benötigt man eine Rammsonde. Sie besteht aus 1 m langen

Rohrstücken (meist 3 Rohre) mit Zentimetereinteilung und einem Rammbaren. Ein Rohrstück ist an einem Ende mit einer Spitze versehen und die einzelnen Rohrstücke lassen sich mit einem Bajonettverschluß miteinander verbinden. Der Rammbar besteht aus einer Stange mit Längenein-

teilung und einem Gewicht, das seine Führung in der Stange hat. An dieser Führungsstange liest man die jeweilige Fallhöhe des Gewichtes (1 kg) ab. Zu Beginn des Rammvorganges wird das Rohrstück der Rammsonde senkrecht über die Schneedecke geführt. Nun läßt

man das Rohrstück, mit beiden Händen führend, in die Schneeschicht einsinken (Eigengewicht des Rohrstückes 1 kg = Rammwiderstand = 1 kg/cm²) und liest die Einsinktiefe (in cm) am Rohrstück ab. Dann wird der Rammbar (Gewicht 1 kg) vorsichtig auf das Rohrstück aufgesetzt und die neue Einsinktiefe (Rammwiderstand = 2 kg/cm²) gemessen.

Im weiteren Verlauf wird die Rammsonde mit dem Rammbar immer tiefer in die Schneedecke eingerammt und jeweils die Zahl der Schläge, die Fallhöhe des Rammbar und die Einsinktiefe in ein Formblatt eingetragen. Die Zahl der Schläge und die Fallhöhe sind so zu wählen, daß der Vortrieb der Rammsonde zwischen zwei Messungen nicht mehr als 4 bis 6 cm beträgt. Die Rammung wird so lange fortgesetzt, bis die Sonde den gewachsenen Boden erreicht hat. Die Tiefe entspricht etwa der am Schneepegel abzulesenden Gesamtschneehöhe.

Der Rammwiderstand wird nach folgender Formel berechnet:

$$R = \frac{P \cdot n \cdot h}{E} + q \cdot Q + P$$

Es bedeuten:

R = Rammwiderstand in kg/cm²

P = Gewicht des Rammbar (1 kg)

n = Anzahl der Schläge

h = Fallhöhe des Rammbar in cm

E = Einsinktiefe pro n-Schläge in cm

q = Anzahl der Rohrstücke

Q = Gewicht eines Rohrstückes (1 kg)

Aus den Rammwiderstandswerten läßt sich sehr deutlich die Festigkeit der einzelnen Schichten erkennen und der Reibungswiderstand zwischen den einzelnen Schichten berechnen, der ja mithin ausschlaggebend für das Abgleiten von Schichten ist.

So wertvoll sich ein Rammprofil neben den



Die für eine Schneefeldsprengung hergerichtete Stange mit Sprengsatz (Ammonit 3) wird vom Sprengkommando an Ort und Stelle aufgesetzt und sprengbereit gemacht.

täglichen Beobachtungen für die Beurteilung der Lawinengefahr erweist, so wichtig ist jedoch auch seine Ergänzung durch ein Schichtprofil.

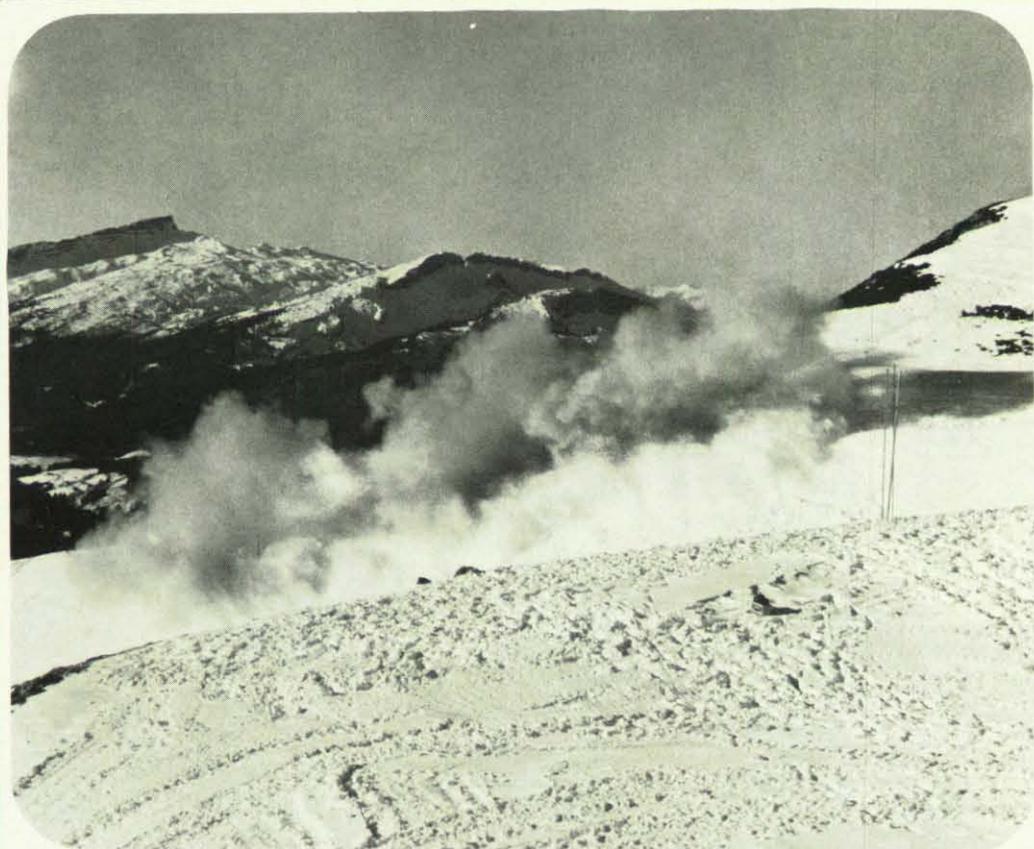
Das Schichtprofil dient zur Untersuchung der einzelnen Schneeschichten auf ihre Kornform (F), Korngröße (D), Härte der Schneeschichten (K) und Feuchtigkeit. Die Schneedecke wird zu diesem Zwecke nach Durchführung der Rammwiderstandsmessung entlang der Rammsonde vorsichtig aufgedrückt. Dabei ist zum besseren Arbeiten wichtig, eine genügend große Schneegrube zu schaufeln. Die Schneewand — immer nach Norden gerichtet, um Sonneneinstrahlung zu vermeiden — wird entlang der Rammsonde geglättet und die Schichtgrenzen, die oft nur fühlbar und mit dem Auge nicht erkennbar sind, mit der Handkante markiert. Vom Boden nach oben



Hier wurden in einem großen Bereich mehrere Sprengladungen gesetzt, eine Methode, durch die immer eine erfolgversprechende Wirkung erzielt wird.



Sprengladungen lassen sich auch elektrisch zünden. Schneefeldsprengungen zur künstlichen Auslösung von Lawinen gewinnen immer mehr an Bedeutung.



Das Bild zeigt die Sprengwolke nach der Zündung. Der Schnee wird aus der Gefahrenzone (Steilhänge über Abfahrten etc.) in Gebiete gebracht, in denen er vom Skifahrer genutzt werden kann, z. B. um eine Abfahrt zu verlängern.

arbeitend bestimmt man für die einzelnen Schichten durch Handtest die Härte, mit dem Schneeraster und einer Lupe die Korngröße und Kornform und mit Hilfe der Temperaturmessung den Feuchtegehalt. Die Temperatur der Schneeschicht wird dabei im Abstand von 20 zu 20 cm und in den obersten 100 cm von 10 cm zu 10 cm gemessen.

Beide Profile zusammen, Ramm- und Schichtprofil, ergeben das sogenannte „Schneeprofil“. Aus ihm läßt sich die Lawinengefahr und die weitere Umwandlung der Schneedecke nach der positiven bzw. nach der negativen Seite gut beurteilen, jedoch immer unter der Voraussetzung, daß nicht weitere Neuschneefälle, zusätzliche Tribschneeablagerungen und starker Witterungswechsel (Föhnlagen, Kaltlufteinbrüche, starke Temperaturschwankungen in der Schneedecke) die gegebene Situation stark verändert haben.

Aktiver Lawinenschutz

Die Aufgaben des Lawinewarndienstes beschränken sich jedoch nicht allein auf die Warnung vor möglichen Lawinenabgängen (passiver Lawinenschutz), sondern sie umfassen auch den aktiven Lawinenschutz.

Dazu gehören: Erstellung von Schnee- und Lawinenkatastern; denn nur nach der genauen Kenntnis der Schneehöhen und der Lawenstriche können den Belastungen standhaltende Lawinenverbauungen erstellt werden. Ebenso muß beim Bau von Bergbahnen, Seilbahnen, Skiliften oder sonstigen Bauvorhaben im Gebirge die Lawinewarntentrale mit lawinengutachtlichen Stellungnahmen eingeschaltet werden.

Als ein wichtiges Instrument zur Lawinensicherung hat sich in den letzten Jahren die Schneefeld-

sprengung entwickelt. Im Bereich größerer Ski-gebiete — ausgenommen Tourengebiete — wird die Lawinengefahr durch rechtzeitige Schneefeldsprengungen beseitigt. Im bayerischen Alpenraum werden in den überwachten Skigebieten Neuschneemengen ab 30 cm im Bereich von Lawenstrichen grundsätzlich abgesprengt, so daß gefahrbringende Schneeansammlungen nicht mehr möglich sind.

Schneefeldsprengungen werden auf dreifache Art durchgeführt:

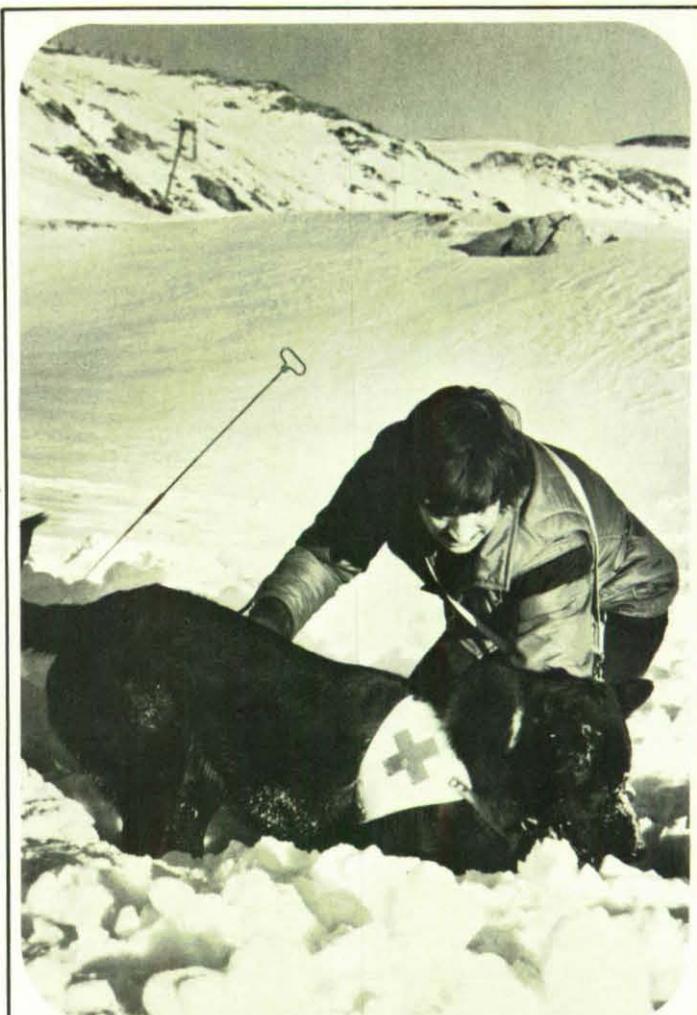
1. Schneefeldsprengung auf Stangen (Handsprengung)
2. Schneefeldsprengung mit Hubschraubereinsatz wie 1.
3. Schneefeldsprengung mit Sprengbahnen.

Bei der Handsprengung muß ein sicherer Zugang zu dem zu sprengenden Hang gegeben sein. Schwer zugängliche Hänge sind daher oft nur gefahrlos vom Hubschrauber aus zu erreichen, was jedoch wiederum eine Abhängigkeit vom Wetter bedingt. Die eleganteste Art der Schneefeldsprengung ist die mit sogenannten Sprengseilbahnen. Aber auch diese Methode ist nicht in jedem Gelände durchführbar.

Im Sprengprinzip sind sich jedoch alle drei Arten gleich. Der Sprengsatz wird in etwa 2 Meter über der Schneedecke auf einer Stange befestigt oder an einem Seil hängend zur Zündung gebracht. Nach dem Luftminenprinzip wird der Schnee zuerst ange-drückt (Druckwirkung) und mit dem Sog (Sogwirkung) zum Abgleiten gebracht. Als Sprengstoff dient Ammonit 3, und die Ladungsmenge — abhängig von der Schneebeschaffenheit — beträgt meist fünf bis zehn kg. Am erfolgversprechendsten sind Schneefeldsprengungen, wenn sie unmittelbar nach Neuschnee, solange also noch keine Setzung der Schneedecke eingetreten

ist, durchgeführt werden. Diese Möglichkeit ist mit einer Sprengbahn aus sicherer Deckung und mit Hilfe eines markierten Seiles auch bei Sturm und Nebel immer möglich. Der Zentrale obliegt auch die Ausbildung des Personals für die Erstellung und Beobachtung der Schneeprofile sowie die Schulung der Lawenkommissionsmitglieder und der Schneefeldsprenger. Dies erfolgt in regelmäßig jährlich stattfindenden Lehrgängen.

Der Lawinenwarndienst hat sich während seiner jetzt fünfjährigen Tätigkeit so gut eingespielt, daß bei Anwendung der bisher getroffenen Sicherungsmaßnahmen unkontrollierte Lawinenabgänge auf überwachten Hauptskizentren unwahrscheinlich sind. Da eine Ausweitung der Überwachung auf Tourengebiete vorerst auf jeden Fall noch nicht möglich ist, muß dem Tourenfahrer dringend geraten werden, die täglichen Lawinenlageberichte mit den Angaben der gefährdeten Hanglagen auf das genaueste zu beachten.



Kommt es zu einem Lawinenunfall, ist Eile geboten. Ein schnelles und verlässliches, schon seit Jahrhunderten bekanntes Suchmittel ist der Lawinenhund.



Ein vom Lawinenhund aufgespürtes „Lawinopfer“ wird aus seiner Lage befreit, während der Hund weiter nach Verschütteten sucht.

100.000 Liter Schweröl im Main

Innerhalb von 18 Monaten der zweite Alarm für das THW

Viele Katastrophen beginnen mit „menschlichem Versagen“! So führte ein Bedienungsfehler an einer Ölleitung auf einer Werksanlage in Ochsenfurt dazu, daß die Maschinen Liter um Liter Schweröl in den Main pumpen. Als nach den ersten Alarmierungen die Schadensstelle entdeckt wurde, waren bereits 100 000 Liter Schweröl in den Main geflossen. Die Lage erforderte schnelle und vor allem richtige Maßnahmen. Hier halfen dem THW im Betreuungsbereich Würzburg die Erfahrungen aus dem Ölalarm bei Lengfurt (s. Bericht „ZS-Magazin“ 3/72, Seite 24).

Erfahrung, Ausbildung, Einsatzwille und eine Ausrüstung — entsprechend der Planung für den Katastrophenschutz an Bundeswasserstraßen — kamen den alarmierten Helfern des Betreuungsbereiches Würzburg zugute, als es um die schnelle, wirkungsvolle und erfolgreiche Abwehr der sich anbahnenden Katastrophe ging.

Durch den Katastropheneinsatzstab im Landratsamt Würzburg wurde Zugführer Mundinar vom Ortsverband Ochsenfurt als technischer Leiter bestimmt, denn das THW trug die Hauptlast des Einsatzes. Zur Verhütung weiteren Schadens kam es darauf an, schnell den Stauraum der Staustufe Gossmansdorf abzuriegeln, damit das Öl nicht die Schleuse passierte. Dann mußte das Öl eingefangen und beseitigt sowie die Ufer und Anlagen gesäubert werden.

Schlauchsperrern sind bei Schwer- und Leichtöl nur Behelfe, da der Schlauch beim Vorholen rollt und Öl freigibt. Ist die Sperre schon mit Ölbindemitteln beschickt, eignen sich solche Schlauchsperrern ausgezeichnet zum Einfangen von abgetriebenen Öllachen.

Sehr nachteilig wirkte sich aus, daß in den Gewerbebetrieben, die mit umweltgefährdeten Stoffen arbeiten, oft keine ausreichende Vorsorge getroffen wird. So wurde mit dem Bauen und Zusammensetzen von Ölsperren Zeit vertan. Auch das Bereitstellen von geeigneten und genügend großen Behältern für den Transport des eingefangenen Öls



Vor der Staustufe Goßmannsdorf wurde das auf dem Main treibende Öl abgeriegelt. Ein Schwimmbagger hebt das Öl-Wasser-Gemisch auf einen beiseits liegenden Kahn.



Für die THW-Helfer war das Einfangen treibender Öllachen und das Säubern der Ufer eine mühselige Arbeit.

ist unbedingt notwendig. Die größten Schwierigkeiten bereiteten die verseuchten Ufer. Durch Bebauung und Befestigung war es nicht möglich, die ölverschmierten Ufer einfach abzuheben. Eine Patentlösung gibt es nicht. Es kommt hinzu, daß bei wechselndem Wasserstand der Absonderungstreifen sich sehr breit absetzt. Das am Ufer angesetzte Öl haftet auch

dann, wenn es von Wasser überspült wird.

Wo die Uferverhältnisse eine einwandfreie Säuberung nicht erlaubte, wurde das Öl durch eine Zement/Öl-Ex-Mischung festgelegt. Dieser Ölalarm bei Ochsenfurt zeigt wieder einmal deutlich, daß für eine perfekt erscheinende Technik funktionsfähige Vorsorgemaßnahmen für Pannen getroffen werden müssen.

Ministerialrat Herbert Kuhn, Referent für den erweiterten Katastrophenschutz im Bayer. Staatsministerium des Innern

Der Helfer im Katastrophenschutz

Aus der Sicht einer obersten Landesbehörde

Fotos: Günter Sers

Mit Beginn des Jahres 1973 sind für viele Helfer im erweiterten Katastrophenschutz, bedingt durch die zum 31. 12. 1972 vollzogene Einordnung des Luftschutzhilfsdienstes, Neuerungen eingetreten. Das Erste Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (ZBG) vom 9. 10. 1957 (BGBl I S. 1696), das in Verbindung mit der Verordnung über die Ersatzleistungen an die zum Luftschutzhilfsdienst herangezogenen Personen und über die Erstattung fortgewährter Leistungen vom 15. 12. 1959 (BGBl I S. 722) die Rechtsverhältnisse der Helfer eigenständig regelte, ist nicht mehr anzuwenden; das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom 9. 7. 1968 (BGBl I S. 776) ist nunmehr in seinem sachlichen Geltungsbereich voll wirksam geworden (vgl. § 18 Abs. 1 und 2 Satz 2 KatSG). Im folgenden soll auf die den Helfer berührenden Fragen, wie sie sich heute aus der Sicht einer obersten Landesbehörde darstellen, näher eingegangen werden.

Allgemeines

Das KatSG hält am Prinzip der Freiwilligkeit fest. Es geht davon aus, daß ein allen Anforderungen genügender, auch auf die Bedürfnisse der Gefahrenabwehr in einem etwaigen Verteidigungsfall abgestellter Katastrophenschutz auch ohne eine etwa der Wehrpflicht entsprechende Dienstpflicht gewährleistet werden kann. Die verhältnismäßig große Zahl ehrenamtlicher Helfer, die in den verschiedenen Bereichen des Katastrophenschutzes mitwirken, scheint diese Konzeption in ihren Erwartungen wenigstens vorerst zu bestätigen, wobei freilich nicht zu übersehen ist, daß nicht wenige Helfer dem Katastrophenschutz nicht zuletzt deshalb beitreten, weil sie dafür nach § 8 Abs. 2 KatSG vom Wehrdienst freigestellt werden



Das Katastrophenschutzgesetz hält am Prinzip der Freiwilligkeit fest. Unser Bild zeigt einige Helfer aus verschiedenen Basisorganisationen

können (vgl. hierzu nachfolgend nähere Ausführungen). Die an sich wenig positiven Erfahrungen mit der Aufstellung der Einheiten und Einrichtungen des früheren Luftschutzhilfsdienstes sprechen nicht gegen die Beibehaltung des Prinzips der Freiwilligkeit, denn der Dienst im Katastrophenschutz wird grundsätzlich nicht in eigenständigen, neben den Hilfsorganisationen stehenden Einheiten und Einrichtungen, sondern im wesentlichen in diesen Organisationen selbst geleistet. Doppelgleisigkeiten mit allen negativen Auswirkungen können damit vermieden werden.

In letzter Zeit sind aus dem Gesichtspunkt der Verwirklichung der Wehrgerechtigkeit verschiedentlich Stimmen zu hören, die für eine allgemeine, in der Bundeswehr, im Bundesgrenzschutz, im Zivil- und Katastrophenschutz oder in sonstigen Bereichen abzuleistende Dienstpflicht

eintreten und damit wesentlich über die Vorschläge im Bericht der Wehrstruktur-Kommission an die Bundesregierung aus dem Jahr 1971 hinausgehen (vgl. dort u. a. Nr. 19 auf Seite 26). Ein solches Konzept mag viel für sich haben. Es ist aber zu bedenken, daß sich die wesensgemäß auf freiwilliger Mitarbeit aufgebauten Hilfsorganisationen für die Aufnahme Dienstpflichtiger kaum eignen würden, so daß wiederum nur eigenständige, in staatlicher Regie geführte Einheiten und Einrichtungen, etwa im Sinne des früheren LSHD oder eines Zivilschutzkorps, vorzuhalten wären.

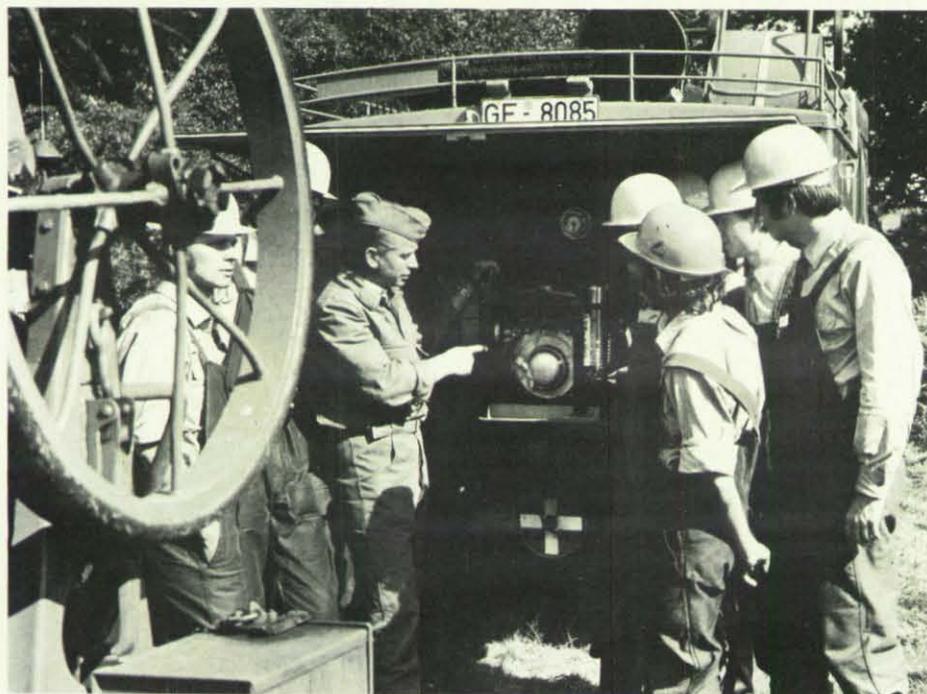
Daß sich der Katastrophenschutz weitgehend auf die Mitarbeit freiwilliger und ehrenamtlich tätiger Helfer stützt, schließt die Mitwirkung hauptamtlicher Kräfte nicht aus. Diese Personen (z. B. Berufsfeuerwehrleute, hauptamtliche Kräfte ständiger Wachen von Freiwilligen

Feuerwehren, hauptamtliche Schlüsselkräfte anderer Organisationen) sind allerdings dem Status nach keine Helfer (vgl. Nr. 40 der allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Organisation des Katastrophenschutzes — KatS-Organisation-Vwv — vom 27. 2. 1972, GMBI S. 181); ihre Rechtsverhältnisse richten sich nach den für sie geltenden Dienst- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Auf sie können aber sehr wohl die für Helfer geltenden

Alter:	
bis 20 Jahre	26,5 %
21 bis 25 Jahre	45,9 %
26 bis 30 Jahre	10 %
31 bis 40 Jahre	12,6 %
über 40 Jahre	5 %

Bisherige Dienstzeiten im Katastrophenschutz:

bis 5 Jahre	75 %
5 bis 10 Jahre	20 %
über 10 Jahre	3,5 %
(Fehlquote 2 %)	



Wenn sich auch der Katastrophenschutz weitgehend auf die Mitarbeit freiwilliger Helfer stützt, so ist doch die Mitwirkung hauptamtlicher Kräfte, z. B. als Ausbilder, nicht ausgeschlossen.

Bestimmungen des Bundes über die zusätzliche Ausbildung und die Kosten anzuwenden sein.

Im Katastrophenschutz können auch Frauen mitwirken. Es besteht wohl kein Zweifel, daß sie für bestimmte Funktionen in den Einheiten und Einrichtungen des Sanitäts- und Betreuungsdienstes besonders gut geeignet sind.

Von Interesse dürfte sein, wie sich die Helfer im einzelnen zusammensetzen. Leider gibt es darüber derzeit soweit bekannt noch keine exakten Unterlagen. Eine seit einiger Zeit von der Katastrophenschutzschule Bayern über die Lehrgangsbesucher geführte Statistik gibt aber doch einen gewissen Aufschluß, der freilich, da nur Führer, Unterführer und bestimmte Helfer Lehrgänge besuchen, nicht repräsentativ sein kann. Für das 2. Halbjahr 1971 (die Statistik für 1972 liegt noch nicht vor) wurden folgende Feststellungen gewonnen:

Berufe:	
Facharbeiter, Angestellte (nichtöffentl. Dienst)	40 %
Beamte, Angestellte, Arbeiter im öffentl. Dienst	20 %
Akademiker, Studenten, Schüler	16 %
Selbständige	11 %
Sonstige Arbeiter, Hilfsarbeiter, Kraftfahrer, Anlernberufe	9 %
Landwirtschaftl. Berufe	4 %

Zu den Rechtsverhältnissen der Helfer

Die durch das KatSG bezweckte Erweiterung des Katastrophenschutzes soll folgerichtig dadurch erreicht werden, daß an die Vorsorge der Länder für die Katastrophenabwehr im Frieden organisch angeknüpft wird. Die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes nehmen

ihre Aufgaben, wie § 1 Abs. 1 KatSG zum Ausdruck bringt, auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden wahr, die im Verteidigungsfall drohen; sie werden dafür auf der bereits vorhandenen Basis, wenn auch nach bundeseinheitlichen Maßstäben, auf Kosten des Bundes ergänzt und verstärkt. Es versteht sich daher fast von selbst, daß die Helfer, die in einem einheitlichen Instrumentarium des Katastrophenschutzes Dienst tun, nicht unterschiedlichen Rechtsverhältnissen unterworfen werden können, je nachdem, ob sie für Aufgaben der Länder oder für Aufgaben des Bundes tätig sind. § 9 Abs. 1 KatSG bestimmt deshalb auch, daß sich die Rechtsverhältnisse der Helfer, auch soweit die erweiterten Aufgaben des Katastrophenschutzes wahrgenommen werden, nach den Vorschriften für die Katastrophenschutzorganisationen richten, der sie angehören, hilfsweise nach denen für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. Auf diese Vorschriften gründen sich auch die Zugehörigkeit eines Helfers zu einer im erweiterten Katastrophenschutz mitwirkenden Organisation, Fragen des Mindestalters und der körperlichen Eignung, die Befugnis zur Übertragung von Aufgaben und besonderen Funktionen im erweiterten Katastrophenschutz usw., nicht aber auf das KatSG selbst.

§ 8 Abs. 1 KatSG spricht auch nur von einer Verpflichtung gegenüber der Organisation, wobei freilich für Helfer in Regieeinheiten an die Stelle der nicht vorhandenen Basisorganisation die Verwaltung tritt (vgl. auch Nrn. 41 Abs. 1, 42 KatS-Organisation-Vwv).

Dem steht nicht entgegen, daß die für die Organisationen geltenden Vorschriften teilweise vom KatSG und von den allgemeinen Verwaltungsvorschriften überlagert sind. Die von den Organisationen wahrzunehmenden Aufgaben sind mit verschiedenen Auflagen verbunden, die wiederum auch die zwischen der Organisation und ihren Helfern bestehenden Rechtsverhältnisse beeinflussen. So ist die Organisation z. B. gehalten, für die Erfüllung der Bundesaufgaben Führer und Unterführer nur unter bestimmten Voraussetzungen zu bestellen (vgl. Nr. 29 Abs. 1 KatS-Organisation-Vwv).

Der Hauptverwaltungsbeamte kann auch aus wichtigen Gründen die Abberufung von Führern oder Unterführern verlangen (Nr. 29 Abs. 4 a.a.O.). Ebenso ist in diesem

Zusammenhang auf Nr. 43 Abs. 3 a.a.O. hinzuweisen, wonach der Hauptverwaltungsbeamte unter bestimmten Voraussetzungen verlangen kann, daß eine Organisation einen Helfer von der Mitwirkung im Katastrophenschutz ausschließt, wobei es ihr selbstverständlich überlassen bleibt, den Helfer außerhalb der mitwirkenden Einheit als Mitglied zu behalten. Nicht zuletzt ist § 8 Abs. 2 KatSG von Bedeutung. Einem Helfer, der mit Zustimmung der zuständigen Behörden gegenüber seiner Organisation eine Verpflichtung zu zehnjährigem Dienst im Katastrophenschutz eingegangen und damit vom Wehrdienst freigestellt ist, wird von der Organisation für die Dauer der Verpflichtung auch die tatsächliche Möglichkeit zum Dienst in einer entsprechenden Einheit oder Einrichtung des Katastrophenschutzes einzuräumen sein.



Im Katastrophenschutz können auch Frauen mitwirken. Es besteht wohl kein Zweifel, daß sie für bestimmte Funktionen im Sanitäts- und Betreuungsdienst besonders gut geeignet sind.

Umstritten war anfangs die Frage, was unter den Vorschriften für die Katastrophenschutzorganisation im Sinne des § 9 Abs. 1 KatSG zu verstehen ist. Es wurde insbesondere die Auffassung vertreten, es könnten nur die vom Bund, von den Ländern und den Kommunen für die Organisationen erlassenen Bestimmungen gemeint sein. Die Fassung der Nr. 47 Abs. 1 KatS-Organisation-Vwv wird nun aber dem Sinn und Zweck des Gesetzes dadurch wohl befriedigend gerecht, daß sie auf die Gesamtheit der im friedensmäßigen Katastrophenschutz für die Organisationen geltenden Regelungen, also auch auf organisationseigene Vorschriften, abstellt und die Einheit der Rechtsanwendung innerhalb einer Organisation weitgehend wahrt.

Allerdings sollen organisationseigene Vorschriften nur soweit anwendbar sein, als das Landesrecht auf sie verweist. U. E. genügt hierzu aber auch eine stillschweigende Verweisung in der Weise, daß das Landesrecht die Organisationen für den Katastrophenschutz in Pflicht nimmt (so z. B. in Art. 4 Abs. 2 des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes vom 31. 7. 1970, GVBl S. 360), dafür auch Leistungen des Trägers des Katastrophenschutzes vorsieht, es im übrigen aber den Organisationen — von den Feuerwehren abgesehen — überläßt, die Rechtsverhältnisse der Helfer selbst im einzelnen nach allgemein geltenden Rechtssätzen durch Satzung oder durch ähnliche Bestimmungen zu regeln.



Die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes nehmen ihre Aufgaben, wie § 1 Abs. 1 KatSG zum Ausdruck bringt, auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden wahr, die in einem Verteidigungsfall drohen können.

Leistungen an Helfer

Die Helfer wirken im Katastrophenschutz ehrenamtlich mit. Sie erhalten dafür — wie bei Ehrenämtern allgemein üblich — kein Entgelt. Es ist aber keine Frage, daß sie von unzumutbaren Belastungen freizustellen sind. Die Allgemeinheit kann nicht erwarten, daß ein in ihrem Interesse freiwillig wahrgenommener Dienst auch noch die Hinnahme finanzieller Einbußen einschließen soll. Dem tragen die Kostenbestimmungen zum KatSG (vgl. Nrn. 13 Buchst. g, 20 Buchst. a der allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Kosten der Erweiterung des Katastrophenschutzes — KatS-Kosten-Vwv — vom 27. 2. 1972, GMBI S. 181) im Grundsatz voll Rechnung. Entsprechende Leistungen an Helfer können, wenn sie im Zusammenhang mit Dienstleistungen im erweiterten Katastrophenschutz (Ausbildungsveranstaltungen, Wartung und Pflege usw.) von den Trägern der Einheiten und Einrichtungen gewährt werden,

auf den Bundeshaushalt übernommen werden.

Freilich muß berücksichtigt werden, daß sich Art und Umfang der Leistungen nach den für die Organisation des Helfers geltenden Bestimmungen richten. Um zu gewährleisten, daß innerhalb einer Organisation nach einheitlichen Maßstäben abgefunden wird, hat der Bundesgesetzgeber bewußt auf eine eigenständige, dem früheren LSHD entsprechende Regelung verzichtet (vgl. § 9 Abs. 1 KatSG). Dabei ging er von der Annahme aus, daß die in den Ländern vorhandenen Bestimmungen den Bedürfnissen der Helfer genügen. Eine gewisse Skepsis, wie sie auch schon während der Gesetzgebungsverhandlungen Ausdruck fand, scheint aber, wenn man die sehr divergierende Praxis realistisch einschätzt, durchaus am Platze. Gleichwohl lassen sich trotz aller Unterschiedlichkeiten bei den einzelnen Organisationen gemeinsame Grundzüge erkennen. So wird wohl überall anerkannt, daß den Helfern notwendige bare Auslagen zu

ersetzen sind. Dazu zählen etwa Auslagen für Fahrten, Porto, Ferngespräche, Schreibbedarf, besondere Auslagen für die Wartung und Pflege der Ausstattung u. dgl. Solche Auslagen lassen sich einzeln oder pauschal abrechnen. Insoweit wird allerdings sehr unterschiedlich verfahren. Zumeist wird auch freie Verpflegung bei längerdauerndem Dienst gewährt; das geschieht auch in Form von Verpflegungsgeld. Über diesen Auslagenersatz hinausgehende Entschädigungen, wie sie etwa die ehrenamtlichen Kreisbrandräte und -inspektoren in Bayern erhalten, sind bisher allgemein nicht üblich. In den Freiwilligen Feuerwehren sind aber Ansatzpunkte für eine dahingehende Entwicklung vorhanden.

Die Erstattung vom Arbeitgeber fortgewährter Leistungen und der Ersatz von Verdienstausschlag sind etwas anders zu beurteilen. Die Bestimmung des Abs. 2 in § 9 KatSG, die selbständig neben der des Abs. 1 steht, besagt hierzu, daß Arbeitnehmern aus dem Dienst im Katastrophenschutz keine Nachteile im Arbeitsverhältnis und in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung erwachsen dürfen. Nachteile könnten insbesondere eine wegen des Dienstes im Katastrophenschutz ausgesprochene Kündigung, eine Verminderung des Arbeitsverdienstes und eine Schmälerung der Rechte in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung sein. Nr. 48 KatS-Organisation-Vwv zieht daraus die angemessenen und im Interesse der Helfer gebotenen Schlußfolgerungen, so daß in diesem Zusammenhang keine negativen Entwicklungen zu befürchten sind.

§ 9 Abs. 2 KatSG ist im übrigen eine über den Vollzug des KatSG hinausgehende Bedeutung beizumessen. Als arbeitsrechtliche, im Wege der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes erlassene Norm (vgl. Art. 74 Nr. 12 GG) bindet sie allgemein alle Arbeitgeber und alle Träger des Katastrophenschutzes, auch soweit Aufgaben im friedensmäßigen Katastrophenschutz wahrgenommen werden. Wie die Gültigkeit gleichlautenden oder abweichenden Landesrechts aus dem Gesichtspunkt des Art. 31 GG („Bundesrecht bricht Landesrecht“) zu beurteilen ist, wäre einer eigenen Untersuchung wert. Ohne besondere Problematik dürfte auch die Unfallversicherung sein. Die Helfer sind gegen Unfälle, die sie beim Dienst im Katastrophenschutz erleiden, nach § 539 RVO versichert. Da je nach Zugehörigkeit der Helfer verschiedene Träger der Unfall-



Helfer, die in einem einheitlichen Instrumentarium des Katastrophenschutzes Dienst tun, sind einheitlichen Rechtsverhältnissen unterworfen. Dabei ist es gleich, ob sie für Aufgaben der Länder oder für Aufgaben des Bundes tätig sind.

versicherung in Betracht kommen und Fragen der Kostenerstattung durch den Bund anstehen, bedürfen die Unfallmeldungen besonderer Sorgfalt. Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat deshalb in den Nrn. 5. 44 ff. seiner Vollzugsbekanntschaft zu den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum KatSG vom 28. 8. 1972 (Ministerialamtsblatt der bayerischen inneren Verwaltung 1972 S. 717) auch dieserhalb besondere Hinweise gegeben.

Freistellung vom Wehrdienst

Seit dem Inkrafttreten des KatSG haben nicht wenige Helfer dadurch den Weg zum Katastrophenschutz gefunden, daß sie sich mit Zustimmung des Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises oder der kreisfreien Stadt für mindestens zehn Jahre zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet haben und dafür vom Wehrdienst freigestellt worden sind (vgl. § 8 Abs. 2 KatSG). In Bayern sind es bisher etwa 10 000 Helfer.

Freilich wird das wachsende „Interesse“ am Katastrophenschutz bei den Hilfsorganisationen nicht ohne Vorbehalt gesehen. Wie ernst wird ein Helfer seinen Dienst nehmen, so fragt man, wenn er ihn nicht völlig aus eigenen Stücken, vielmehr um eines vermeintlichen Vorteils willen auf sich genommen hat? Doch die bisherigen Erfahrungen können durchaus als ermutigend bezeichnet werden. Die Aufgeschlossenheit ist im allgemeinen recht erfreulich, disziplinäre Schwierigkeiten beschränken sich auf Ausnahmefälle. Die Organisationen sind wohl auch inzwischen allgemein zur Überzeugung gelangt, daß es nicht zuletzt an ihnen selbst liegt, die Helfer echt an ihre Aufgabe zu binden. Das wird sicher nicht dadurch erreicht, daß dem Helfer über Gebühr Bequemlichkeiten eingeräumt werden. Der Freigestellte soll gefordert werden und die Überzeugung gewinnen können, daß der Dienst im Katastrophenschutz eine zum Wohle der Allgemeinheit erforderliche und im einzelnen auch sinnvolle Tätigkeit ist. Das wird nur durch einen geordneten und mit nutzbringendem Inhalt versehenen Ausbildungsbetrieb innerhalb bestimmter Einheiten und Einrichtungen und durch die Heranziehung zu Einsätzen ermöglicht werden können.

Die für die Freistellung maßgebenden Grundsätze lassen sich wie folgt zusammenfassen:

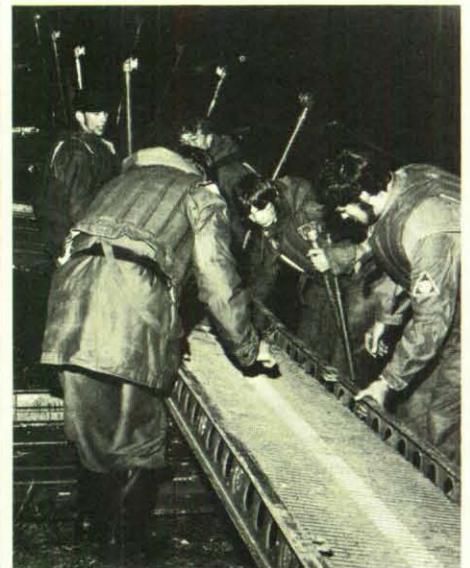


Bei länger dauerndem Dienst, z. B. bei einer Übung oder einem Lehrgang, wird den Helfern freie Verpflegung gewährt.

* Eine Wehrdienstbefreiung ist nur möglich, wenn sich der Helfer zunächst gegenüber seiner Organisation (bei Regieeinheiten und -einrichtungen gegenüber dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt) zum Dienst im Katastrophenschutz auf die Dauer von mindestens zehn Jahren verpflichtet. Die Mitgliedschaft in der Organisation ist dafür, abgesehen von Regieeinheiten- und -einrichtungen, selbstverständlich vorauszusetzen; von Organisationen getragene Einheiten und Einrichtungen sollen grundsätzlich nur mit Helfern besetzt werden, die der Organisation als Mitglied angehören. Unter welchen Voraussetzungen eine Organisation Mitglieder aufnimmt, hat sie in der Regel selbst zu bestimmen. Daraus folgt, daß den Organisationen keine Helfer aufgezwungen werden können.

* Die Verpflichtung zum Dienst im Katastrophenschutz muß sich auf die friedensmäßigen und auf die für den V-Fall bezogenen zusätzlichen Aufgaben erstrecken. Dem Helfer steht es im übrigen frei, in welchem Fachdienst er seinen Dienst leisten will. Er hat die Wahl zwischen dem Dienst

- im Brandschutz (Freiwillige Feuerwehr),
- in der Bergung und Instandhaltung



Die Helfer sind gegen Unfälle, die sie beim Dienst in Katastrophenschutz erleiden, nach § 539 RVO versichert.

- (zumeist getragen vom Technischen Hilfswerk),
- im ABC-Schutz,
 - im Sanitätswesen (getragen vom Arbeiter-Samariter-Bund, von der Johanniter-Unfall-Hilfe, vom Roten Kreuz und vom Malteser-Hilfsdienst),
 - im Veterinärwesen,
 - in der Betreuung (zumeist getragen von den oben genannten Sanitätsorganisationen),
 - im Fernmeldewesen oder



Viele Helfer haben sich für zehn Jahre zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet und sind dafür vom Wehrdienst freigestellt worden.



Die Verpflichtung zum Dienst im Katastrophenschutz muß sich auf die friedensmäßigen und auf die für den Verteidigungsfall bezogenen zusätzlichen Aufgaben erstrecken.

- in der Führung
(Vgl. hierzu § 4 Abs. 1 KatSG)
- * Eine Verpflichtung kann dann nicht mehr zu einer Freistellung führen, wenn der Helfer im Zeitpunkt der Abgabe der Verpflichtungserklärung bereits im Besitze eines Einberufungsbescheides oder einer schriftlichen Ankündigung eines solchen Bescheids ist.
- * Die Freistellung vom Wehrdienst wird erst wirksam, wenn die kreisfreie Stadt oder der Landkreis der Verpflichtungserklärung zugestimmt hat. Der Zustimmung geht eine Beteiligung des zuständigen Kreiswehersatzamtes voraus, ebenso eine Prüfung des Bedarfs und sonstiger Voraussetzungen. So stehen den für die Zustimmung zuständigen Behörden nur begrenzte Kontingente je Jahrgang zur Verfügung. Der Bundeswehr vorbehaltene einzelne Berufe können leider bisher noch nicht freigestellt werden. Nicht zuletzt ist zu prüfen, ob der Helfer während der Verpflichtungszeit dem Katastrophenschutz am Ort auch tatsächlich laufend zur Verfügung stehen wird. Für Studenten, die auswärts studieren, und für gewisse nicht ortsgebundene Berufe können sich deshalb Schwierigkeiten ergeben. Ein Rechtsanspruch auf die Zustimmung besteht jedenfalls nicht.
- * Die Freistellung dauert so lange an, wie der Helfer Dienst im Katastrophenschutz leistet. Stellt er den Dienst ein, kann er einberufen werden. Zu einer Einberufung kann es auch dann kommen, wenn die Behörde ihre Zustimmung wegen Pflichtverletzung (z. B. wegen wiederholtem Fernbleiben vom Dienst oder wegen grober disziplinärer Verstöße) widerruft. Pflichtverletzungen können aber auch nach Organisationsrecht oder § 8 Abs. 3 KatSG durch Geldbußen geahndet werden.
- * Der Helfer kann ohne Einfluß auf die Freistellung während der Verpflichtungszeit die Einheit wechseln, wenn die tatsächliche Möglichkeit dazu besteht. Ein Nachteil erwächst ihm auch dann nicht, wenn dieser Wechsel mit dem Eintritt in eine andere Organisation verbunden ist und dort ebenso ein Dienst im Katastrophenschutz geleistet wird.

Wiederum steht eine Mehrzweckanlage kurz vor der Vollendung: Eine große Tiefgarage in unmittelbarer Nähe des Kurfürstlichen Schlosses in Mainz ist im Rohbau fertiggestellt. Die Anlage wird so ausgebaut, daß sie auch als öffentlicher Großschutzraum genutzt werden und im Notfall 2 800 Menschen Schutz bieten kann.

In der letzten Zeit häufen sich derartige erfreuliche Meldungen. Neben dem allgemein gestiegenen Interesse am Schutzraumbau dürfte dies vor allem auf die seit Oktober 1971 geltenden „Verfahrensregeln für die Errichtung öffentlicher Schutzräume in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen (Mehrzweckbauten)“ zurückzuführen sein. Diese lösten das umständliche und zeitraubende Verfahren ab, Punkt für Punkt festzustellen, welche Mehrkosten beim Ausbau eines Friedensbauwerkes zur auch als Schutzraum verwendbaren Mehrzweckanlage entstehen. Heute werden auf der Basis präziser technischer Anforderungen — niedergelegt in den „Bautechnischen Grundsätzen für Großschutzräume des Grundschutzes in Verbindung mit Tiefgaragen als Mehrzweckbauten“ (Fassung November 1971) — pauschale Zuschußbeträge gewährt, die von der Zahl der zu schaffenden Schutzplätze abhängen.

Sämtliche dem Bauherrn entstehenden schutzbaubedingten Mehrkosten werden damit abgegolten. Wenn die Größe eines Objektes festliegt, ist gleichzeitig auch der zu erwartende pauschale Zuschußbetrag bekannt.

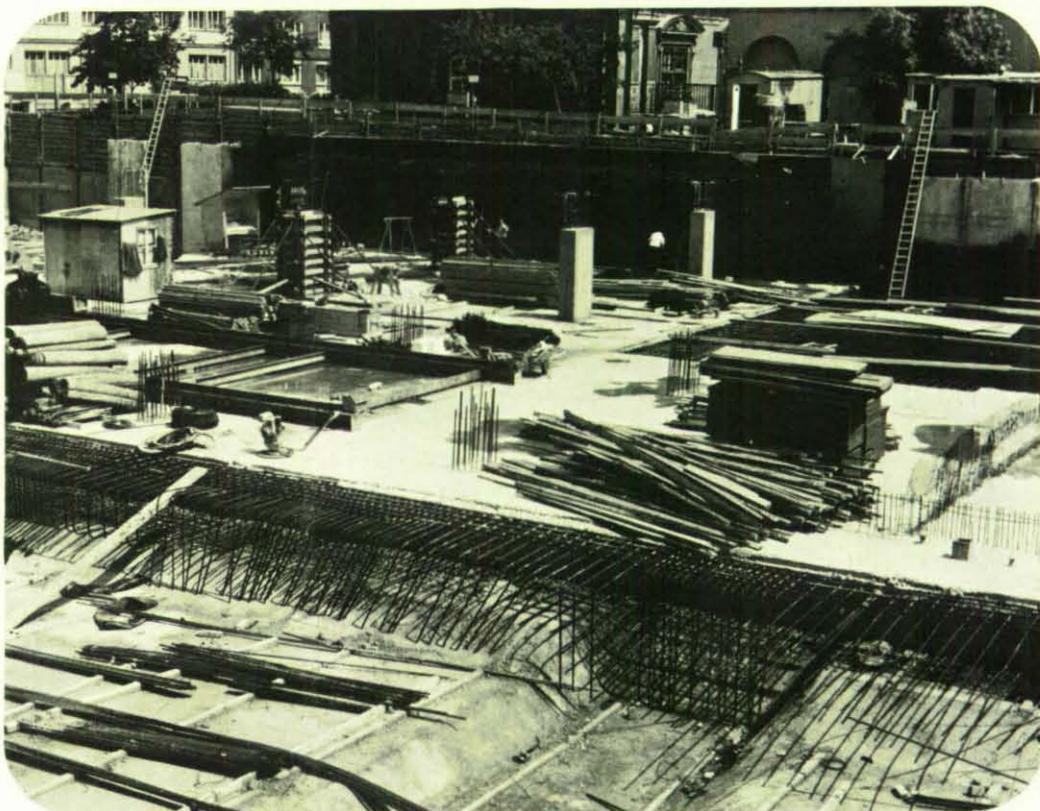
Verfahren verkürzt

Durch dieses neue Verfahren wird die Zeit

Friedrich Martin

Interesse an Mehrzweckbauten steigt

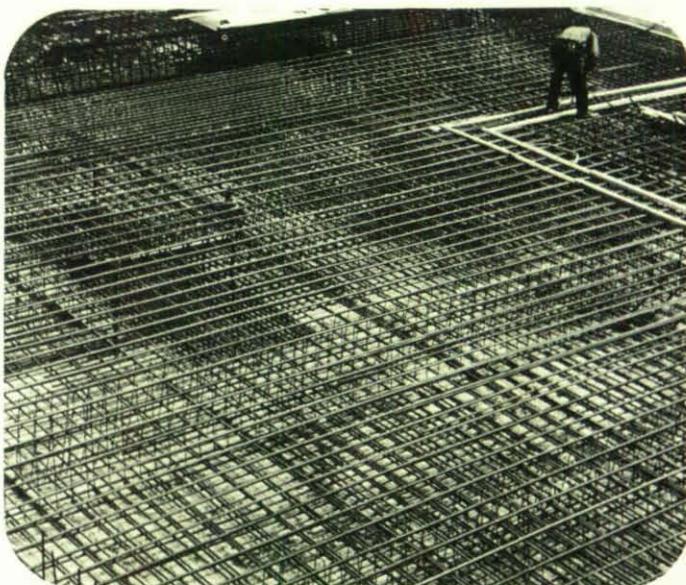
Mainzer Tiefgarage im Rohbau fertiggestellt



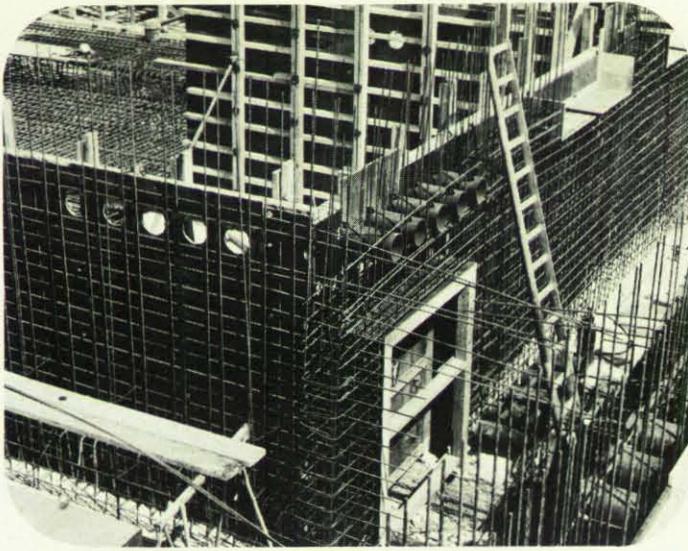
Blick auf die Baustelle. Wegen ihrer Größe mußte sie in mehrere Bauabschnitte unterteilt werden.

zwischen den ersten Überlegungen über den Bau einer Mehrzweckanlage und dem Baubeginn wesentlich verkürzt. Bei der Mainzer Anlage wurde noch die alte Methode angewandt. Dadurch geriet die Zeit von der Planung bis zum ersten Spatenstich im Frühjahr 1972 um ein Vielfaches länger als die eigentliche Bauzeit bis zum Richtfest im November 1972.

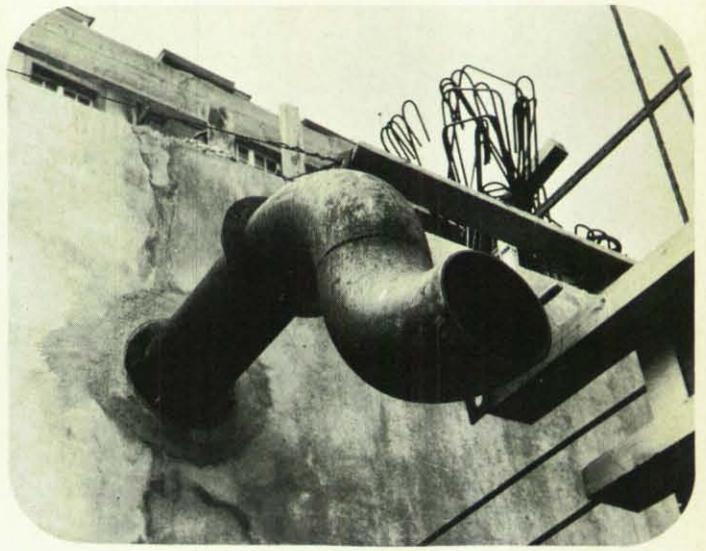
Da der Planungsbeginn so weit zurückliegt, wurde die Mainzer Mehrzweckanlage noch im „verstärkten Schutz“ errichtet, während alle neueren Anlagen einheitlich den Schutzzumfang „Grundschutz“ aufweisen.



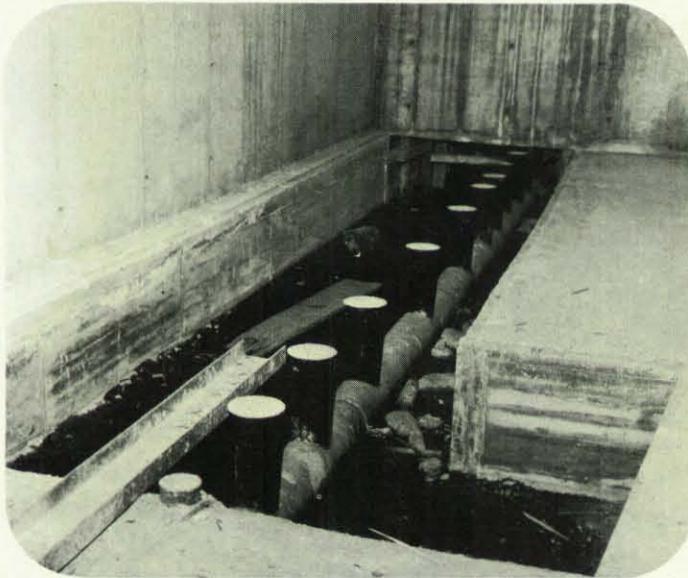
Da es sich um eine Anlage des verstärkten Schutzes handelt, wurde auch der Schutzraumboden stark armiert.



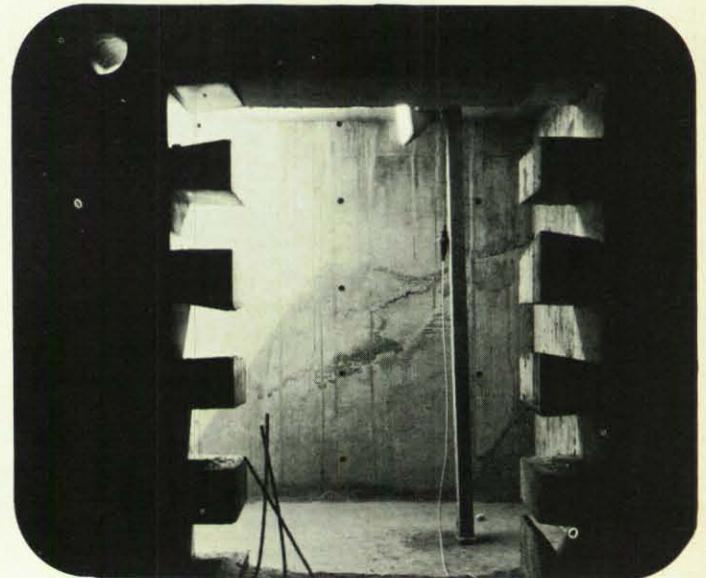
Die Innenwände haben tragende Funktion und sind entsprechend bewehrt. Die Rohre für alle durchführenden Leitungen wurden einbetoniert.



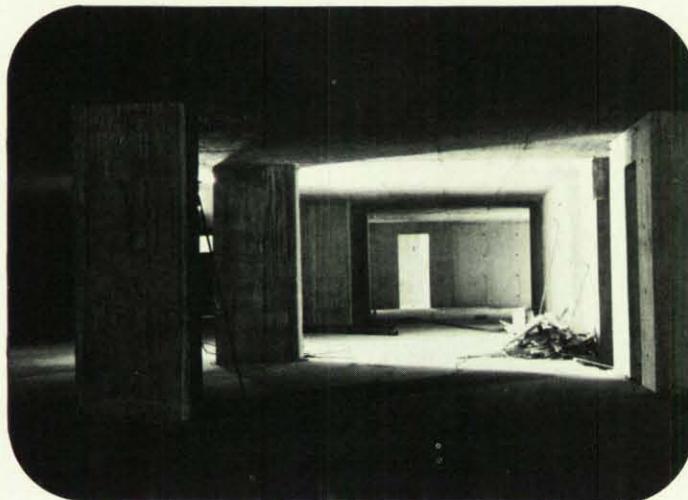
Sämtliche Rohrleitungen, die durch Schutzraumaußenwände führen, müssen $2 \times 90^\circ$ abgewinkelt werden, damit der erforderliche Strahlenschutz erhalten bleibt.



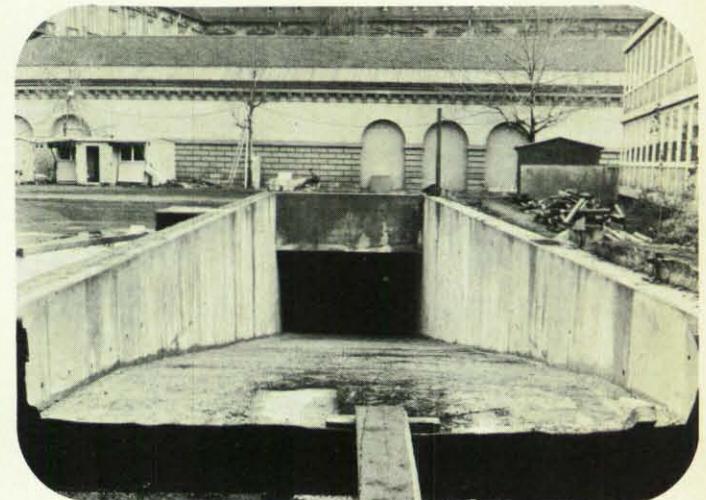
Für die hier entstehenden sanitären Anlagen werden Abwasserleitungen in den Schutzraumboden einbetoniert.



Durch diese Öffnung wird später der Schutzraum betreten. An ihre Stelle kommt eine massive Drucktür.



Hier werden normalerweise parkende Fahrzeuge stehen. Im Notfall könnte die Tiefgarage Aufenthaltsraum für viele schutzsuchende Menschen sein.



Über diese Rampe fahren die Wagen in die Garage hinein. Im Schutzfall wird die Öffnung durch ein druck- und strahlensicheres, gasdichtes Tor verschlossen.



Diese Treppe führt zu den abgestellten Fahrzeugen. Hoffentlich tritt niemals der Fall ein, daß sie der Weg in den Schutzraum wird.



Die Männer auf dem Foto isolieren die fertige Schutzraumdecke nach herkömmlichen Methoden von oben.

Voraussetzungen erfüllt

Die Mehrzweckanlage in Mainz befindet sich unter dem Schloßplatz, also mitten im Zentrum der Stadt. Damit ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen erfüllt, die zur Förderung durch die Bundesregierung erforderlich sind. Öffentliche Schutzräume werden nämlich nur dann mit Bundeszuschüssen bedacht, wenn ein echter Bedarf für sie vorhanden ist. Dies ist nur dann der Fall, wenn sich im Umkreis von 500 m um eine derartige Anlage im allgemeinen mehr Verkehrsteilnehmer und Besucher von öffentlichen Einrichtungen und Versammlungsstätten wie Behörden, Kirchen, Theatern, Kinos, Kaufhäusern usw. befinden, als der Schutzraum Schutzplätze aufweist. Öffentliche Schutzräume

sind nicht für die Bewohner angrenzender Gebäude oder die Beschäftigten benachbarter Betriebe gedacht. Für diese können und sollen Hausschutzräume errichtet werden, wofür ebenfalls Bundeszuschüsse bzw. erhöhte steuerliche Abschreibungen gewährt werden. In diesen Fällen gelten jedoch andere Verfahrensregeln und Zuschußbeträge. Bauherren von Tiefgaragen, aber auch von unterirdischen Lagerhallen und gegebenenfalls auch von unterirdischen Bowlingbahnen sollten schon vor Planungsbeginn überlegen, ob in ihrem Fall die Möglichkeit für die Errichtung einer Mehrzweckanlage besteht. Die oben genannten Verfahrensregeln und technischen Richtlinien können beim Bundesverband für den Selbstschutz angefordert werden.



Bald sieht der Schloßplatz genauso aus wie früher. Wer würde vermuten, daß jetzt 2800 Menschen unter ihm Schutz finden können?

Siegfried Volz

Erste Hilfe erfordert auch Mut

Die Erste-Hilfe-Ausbildung ist vorüber — theoretische Kenntnisse und praktische Fähigkeiten wurden vermittelt.

Eigentlich dürfte im Ernstfall nichts mehr schief gehen. Und trotzdem befällt manche Menschen Angst, allein bei dem Gedanken, helfen zu müssen. Freilich sieht es am Unfallort anders aus als im Lehrsaal, wo der Helfer beim Erste-Hilfe-Kurs es nur mit dem unverletzten Partner oder einem geschminkten Mimen zu tun hatte.

An der Unfallstelle steht er einem verletzten Mitmenschen gegenüber, der hofft, daß ihm geholfen wird.

Für Hemmungen sorgt auch der Kreis der „Gaffer“ am Unfallort. „Wühlt“ sich der Helfer durch diesen Kreis hindurch, spürt er sofort die sich auf ihn richtenden Blicke und hört die nicht ausgesprochene Frage: „Was will denn der da?“, und die letzten Schritte zum Verletzten werden die schwersten.

Wie leicht verliert der Helfer in diesem Moment den Mut, und vom Gelernten ist nichts mehr greifbar. Aber gerade die ersten Augenblicke können für eine erfolgreiche Hilfe von Bedeutung sein, weil es in dem Moment darauf ankommt, beim Verletzten und den Umstehenden Vertrauen zu gewinnen.

Nur Ruhe und Besonnenheit werden ihm dieses Vertrauen einbringen. Er darf also nicht ratlos wirken, aber auch nicht alles überstürzen, denn mit Eile und Hast könnten dem Verletzten weitere Schäden zugefügt werden.

Nur bei lebensgefährlichen Blutungen, Bewußtlosigkeit und Atemstillstand ist Schnelligkeit Trumpf. Sonst kann der Helfer sich „Zeit lassen“, in Ruhe überlegen und handeln, ohne ratlos zu wirken. Dazu greift er zunächst nach dem Puls des Verletzten, wobei es nicht so sehr darauf ankommt, daß er ihn wirklich fühlt, sondern seinen eigenen Schrecken zu überwinden und die nächsten Maßnahmen zu überlegen. Mit dem Griff zum Puls wird dem Helfer bestimmt die Frage einfallen: „Wo tut es weh?“ Aus der Antwort bekommt er dann

den Hinweis für weitere Handgriffe, oder er kann den Verletzten auffordern, das schmerzende Glied zu bewegen. Nun kann er Zuschauer bitten, einen Verbandkasten zu holen, einen Rettungswagen zu alarmieren oder die Unfallstelle abzusichern. Spätestens dann fallen ihm die im Erste-Hilfe-Kurs erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten wieder ein. Nun kann



Mit dem Griff zum Puls gewinnt der Helfer das Vertrauen des Verletzten.

er die Erste Hilfe richtig und sachgerecht ausführt. Handelt es sich aber um eine lebensrettende Hilfeleistung, die keinen Aufschub duldet, gibt es nur wenige Maßnahmen, die — einmal

richtig gelernt — automatisch zum richtigen Handeln führen müssen. (Lebensgefährliche Blutung = abdrücken, Atemstillstand = Atemspende, Bewußtlosigkeit = Seitenlagerung.)

Je zielbewußter der Helfer handelt, um so leichter kann er sich durchsetzen. Er sollte sich nicht durch Besserwisser und Nörgler beirren lassen, sondern lieber besonnene Zuschauer oder Polizeibeamte (falls schon zur Stelle) bitten, ihm diese fernzuhalten. Voraussetzung ist aber immer, daß der Helfer ein Köhner ist und das Notwendige bei einer Ersten Hilfe beherrscht.

Dazu ist viel Übung vonnöten, besonders dann, wenn der Erste-Hilfe-Kurs schon vor längerer Zeit absolviert wurde.



„Gaffer“ machen den Helfern die Erste Hilfe oft schwer.

Der Hilferuf der notleidenden Bevölkerung der durch die fürchterliche Naturkatastrophe betroffenen Stadt Managua im Staate Nicaragua nach Lebensmitteln und Versorgungsgütern ist durch Presse, Rundfunk und Fernsehen in alle Welt hinausgetragen worden. Aber nicht nur Lebensmittel, Bekleidung und andere Versorgungsgüter wurden vordringlich benötigt, sondern auch eine Versorgung von Behelfskrankenhäusern und -unterkünften für die evakuierte Bevölkerung mit elektrischer Energie. Bekanntlich wurden ja alle Versorgungsleitungen schwer und nachhaltig zerstört. Bis heute konnte noch keine Lösung einer ausreichenden Versorgung mit elektrischer Energie gefunden werden. So war die dringende Bitte an andere Länder um Entsendung von Notstromaggregaten nur allzu verständlich.

Auch weite Strecken der Bundesrepublik wurden im vergangenen Herbst von einer Sturmkatastrophe betroffen. Die Schäden im Bereich der Elektroenergieversorgung waren mannigfaltig. Es gab im Norden einige abgelegene Gehöfte, die bis zu drei Tagen auf die Wieder-versorgung mit elektrischer Energie warten mußten. Da diese Katastrophe mit einer nachfolgenden Kältewelle verbunden war, trat in einigen Fällen ein echter Notstand ein, denn sehr viele Bürger unseres Landes bevorzugen die einfache und saubere Nutzung der elektrischen Heizung. Fast 60 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung bedient sich heute des elektrischen Herdes.

Bestandteil der Ausstattung

Solche Zwangslagen können immer wieder entstehen. Was kann man dagegen tun? In vielen

Elektroing. (grad.) Wolfgang Krause

Mobile Stromquellen

Notstromaggregate im Katastrophenschutz

Fotos: Günter Sers



Ein 50-kVA-Notstromaggregat mit eingeschaltetem Flutlicht. Der Teleskopmast kann mit einer Handkurbel bis zu einer Höhe von fünf Metern ausgefahren werden.

Fällen können Notstromaggregate Retter in der Not sein. Den Helfern der Katastrophenschutzorganisationen, insbesondere der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerkes, sind tragbare Notstromaggregate kleinerer Leistungen im Bereich von 1 kVA bis 5 kVA bekannt. Hauptbauteile sind Antriebsmaschine und Stromerzeuger (Generator). Als Antriebsmaschine dieser Leistungsklassen hat sich der Zwei-

Takt-Vergasermotor (Otto-Motor) bewährt. Die robuste Bauart, der fast wartungsfreie Betrieb, sein verhältnismäßig geringes Gewicht, seine einfache Handhabung und seine weite Verbreitung — viele junge Menschen werden sehr früh mit Maschinen dieser Art (Moped und Motorrad) vertraut gemacht — haben diese Antriebsart zu einem zuverlässigen Bestandteil der Ausstattung der Katastrophenschutzorganisationen werden

lassen. In jüngster Zeit werden in der Leistungsklasse 3 bis 5 kVA und stärker auch Vier-Takt- und Dieselmotoren auf dem Markt angeboten. Diese Motoren arbeiten wirtschaftlicher. Einerseits liegen die Kosten für den Brennstoff niedriger, andererseits ist der Verbrauch pro Stunde geringer. Dieser Vorteil geht aber dadurch verloren, daß sie meist doppelt so schwer wie die Zwei-Takt-Motoren vergleichbarer Leistung

sind. Für den handlichen Einsatz im Katastrophenfall muß diese Gewichtszunahme u. U. negativ bewertet werden.

Oberhalb der Grenze von 30 kVA hat jedoch ausschließlich der Dieselmotor seine Domäne. Für den

Umlauf, Filterreinigung usw. hingewiesen werden.

Induzierte Spannung

Und nun zum Generator, dem zweiten Bauteil des Notstromaggregates, der eigentlichen Maschine, die eine elektrische Versorgung

die Schleife bewegt wird, und von der Geschwindigkeit, mit der die Schleife das magnetische Feld oder die Anzahl der magnetischen Feldlinien schneidet. Zur elektrischen Spannungserzeugung müssen also ein magnetisches Feld und die

einem Polpaar. Die Anzahl der Polpaare sind im Zusammenhang mit der Drehzahl für die Erzeugung einer Wechsel- bzw. einer Drehspannung für eine festgelegte Frequenz von bedeutender Wichtigkeit. Die Bestimmung der Frequenz folgt also bei der Erzeugung einer Wechsel- oder Drehspannung einer bestimmten Gesetzmäßigkeit nach der Formel

$$f = \frac{p \cdot n}{60} \text{ Hz}$$

In der Formel bedeuten:

f = Frequenz in Hertz ($\frac{1}{s}$)

p = Polpaarzahl

n = Umdrehung pro Minute

60 = Sekunden pro Minute

Wenn eine Wechselspannung von 50 Hertz, der Nennfrequenz der deutschen Versorgungsnetze, erzeugt werden soll, muß die Antriebsmaschine bei einem 2polpaarigen Generator (Stromerzeuger) eine Drehzahl von 1500 U/min vorgeben.

Die Spulen der Elektromagneten bedürfen zuvor noch des Anschlusses an eine Spannung, die sog. Erregerspannung. Diese Erregerspannung kann durch verschiedene Methoden den Spulen über Schleifringe zugeführt werden. Man spricht von dem fremd-, eigen- oder selbsterregten Generator. Notstromerzeuger, die für den Katastrophenschutz in Frage kommen, haben zum größten Teil Selbsterregung.

Weitere Erläuterungen der einzelnen Bauteile und Bauarten der Generatoren würden an dieser Stelle zu weit führen.

50 kVA-Notstromaggregate

Antriebsmaschine und Generator sind über eine Kupplung miteinander verbunden. Die angegebene Leistung in kVA, gebildet aus dem Produkt von erzeugter Spannung und abgegebenem Strom,



Die Montage der Flutlichtanlage ist relativ einfach. Die vier Halogen-Scheinwerfer mit je 1000 Watt lassen sich mit wenigen Handgriffen paarweise zerlegen.

mobilen Einsatz allerdings werden die Gewichte so groß, daß er, gekuppelt mit dem Generator, auf einen ein- bzw. zweiachsigen Anhänger verlastet werden muß. Zum Betrieb und zur Wartung solch großer Motoren bedarf der technisch versierte Helfer gehobener und besonderer Fachkenntnisse. Er müßte an der Maschine ausgebildet und auf spezielle Abläufe, wie Zündsystem, Vergasereinstellung, Schmiermittel-

sicherstellt. Das System jeder elektrischen Energieerzeugung hat seinen Ursprung in der Physik. D. h. vereinfacht ausgedrückt: Wird eine Drahtschleife, z. B. aus Kupfer, durch ein magnetisches Feld hindurchbewegt, so wird in dieser Schleife eine elektrische Spannung induziert. Die Höhe dieser Spannung ist abhängig von der Anzahl der magnetischen Feldlinien, also von der Stärke des magnetischen Feldes, durch das

Geschwindigkeit einer oder mehrerer hintereinander geschalteten Kupferdrahtschleifen (Spulen) vorhanden sein.

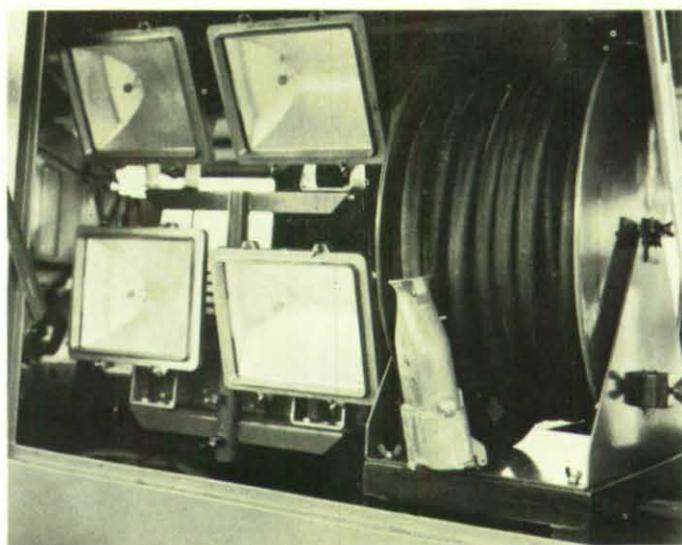
In der Praxis sieht das so aus: Die Spulen, in denen Spannung induziert wird, finden ihren Platz im Stator, dem feststehenden Teil des Generators. Das magnetische Feld wird durch Elektromagneten im umlaufenden Teil, dem Rotor, untergebracht. Jeder Elektromagnet besteht aus

bezieht sich auf den Generator. Die erzeugten Wechsel- oder Drehspannungen decken sich mit der Höhe der genormten Netzspannungen von 230/400 Volt, so daß herkömmliche Heizkörper, Glühlampen und andere elektrische Geräte über passende Steckvorrichtungen an den Notstromerzeuger angeschlossen werden können. Wichtig ist noch die Berücksichtigung des elektrischen Leistungsfaktors $\cos\varphi$, der auf dem Leistungsschild angegeben ist. Der Wert dieses Leistungsfaktors ist ein Maß der Phasenverschiebung zwischen Strom und Spannung und wird in einer Zahl angegeben, die zwischen 0 und 1 liegt: Glühlampen und Heizungen sind rein ohmsche Verbraucher und haben keine Phasenverschiebung. Wird der $\cos\varphi = 0,8$ bei einem Notstromaggregat mit einer Leistung von 5 kVA angegeben, darf man ihn nur mit einer rein ohmschen Belastung von $0,8 \times 5 \text{ kVA} = 4 \text{ kW}$ belasten. Zwei Heizkörper à 2 kW würden diese Leistung schon abverlangen. Diese Angabe ist bedeutend und muß unbedingt beim Betrieb beachtet werden, da man sonst den Notstromerzeuger überlasten und außer Betrieb setzen würde.

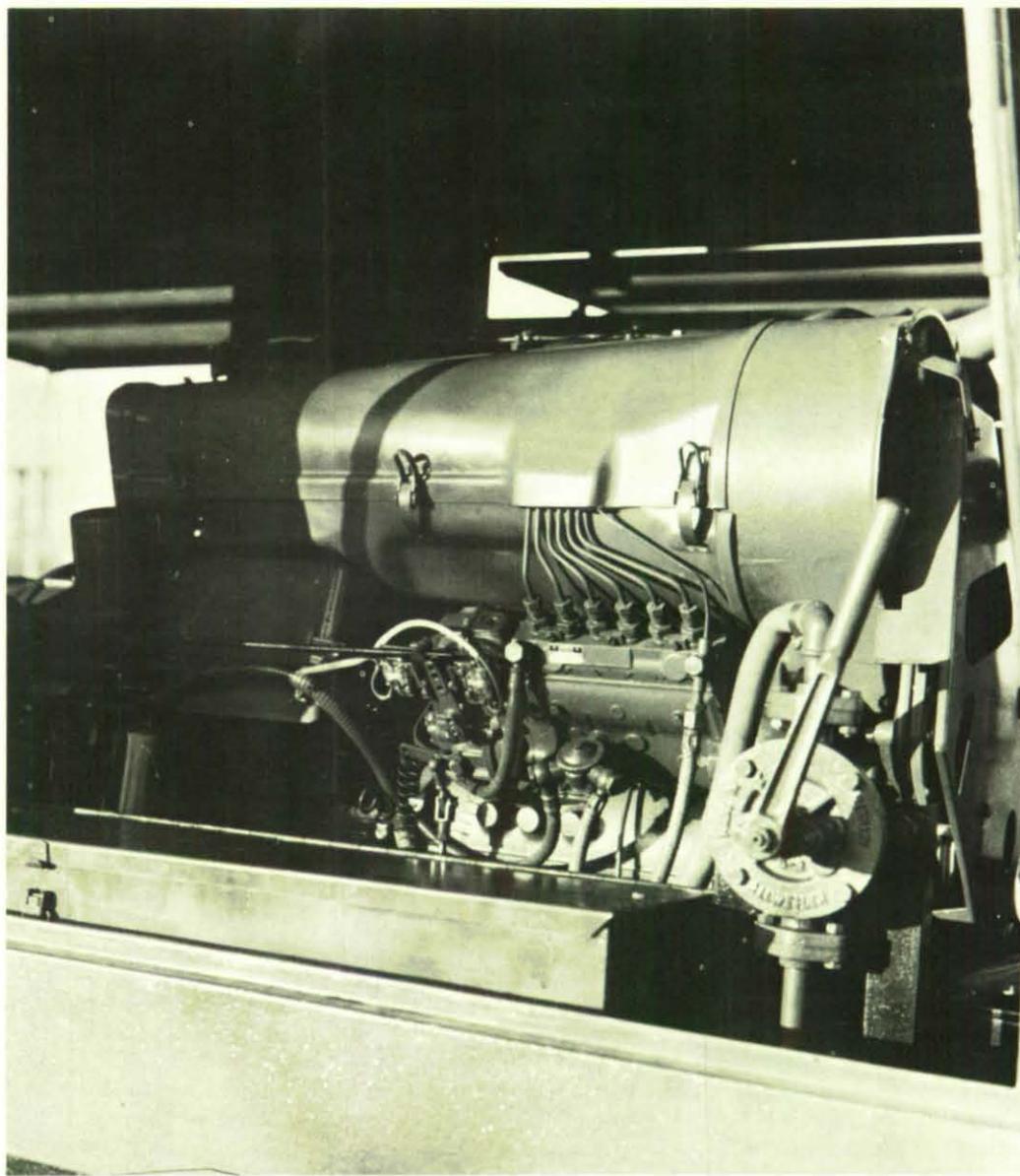
Wie vorher schon erwähnt, gehören Notstromgeräte bis 5 kVA zur bewährten Ausrüstung der Katastrophenschutzorganisationen. Mit ihnen können die Beleuchtungsätze, Elektrowerkzeuge, wie Bohrmaschinen, Bohrhämmer, Schleifhexen, Kreiselpumpen usw. betrieben werden. Sollen aber größere Räumlichkeiten beheizt oder gar Notunterkünfte und Hilfskrankenhäuser mit elektrischer Energie versorgt werden, so reicht die Leistung dieser Notstromaggregate nicht mehr aus. Es müssen nun

leistungsstärkere Einheiten eingesetzt werden. Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk hat diese Tatsache erkannt und für die Versorgung größerer Objekte mit elektrischer Energie im Katastrophenfall vorgesorgt.

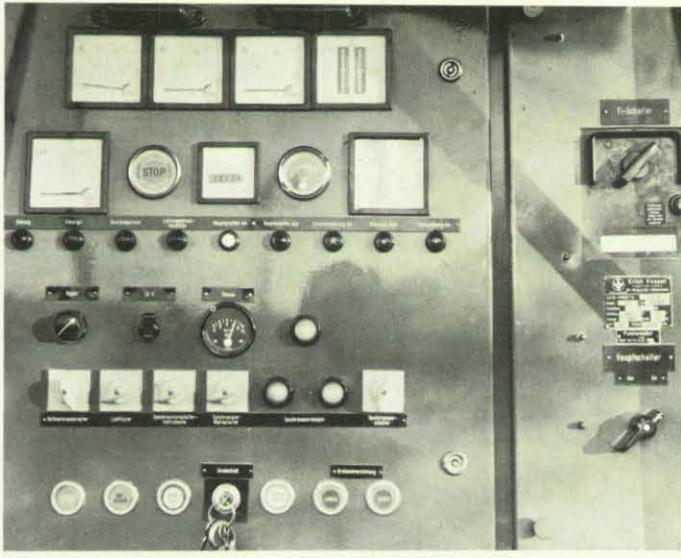
Anfang vergangenen Jahres wurden vier 50-kVA-Notstromaggregate beschafft. Drei dieser Maschinen wurden Lehrgangsteilnehmern an einem Schaltanlagen-Lehrgang für Helfer der E-Gruppen des Instandsetzungsdienstes an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler vorgestellt.



In dem mit sechs Schwingtüren verschließbaren Aufbau des fahrbaren Notstromaggregates ist alles Zubehör praktisch und zweckmäßig untergebracht.



Der 6-Zylinder-Dieselmotor leistet 67 PS. Im Vordergrund die Handpumpe, die das Füllen des 120 l Diesel fassenden Tanks aus Brennstoffbehältern erleichtert.



Auf der Schalttafel sind alle Armaturen und Bedienungselemente leicht überschaubar angeordnet.

Die Antriebsmaschine ist ein 6-Zylinder-Dieselmotor und gibt eine Leistung von 67 PS ab. Motor und Generator sind starr durch ein Zwischengehäuse verbunden. Die Kraftübertragung zwischen Motor- und Generatorwelle erfolgt über eine elastische Kupplung. Dieser Maschinensatz ist auf einen Grundrahmen mit Schwingmetallzwischenlagen aufgebaut und auf einen geschlossenen zweiachsigen Anhänger verlastet. Der geschlossene Aufbau besitzt sechs Schwingtüren, die beim Betrieb des Generatorsatzes geöffnet werden müssen, um eine gründliche Kühlung zu gewährleisten. Das flexible Auspuffrohr ist jeweils vor dem Betrieb zu montieren und gehört wie Kleinwerkzeug, Erdungsvorrichtung, Reservekanister und Betriebsstoffpumpe zum Zubehör.

Eingebaute Flutlichtanlage

Von besonderem Vorteil ist der ausfahrbare Teleskopmast für eine Flutlichtanlage mit vier Halogen-Scheinwerfern à 1000 Watt. Ein weiteres augenfälliges Merkmal ist die eingebaute elektrische Schalttafel. Auf der Schalttafel sind alle für den Betrieb und für die Überwachung des

Sicherheitsstromkreises erforderlichen Meßgeräte, Betriebs- und Überwachungsanzeigeleuchten sowie Schaltknöpfe, Zündschloß, Hauptschalter und Fehlerstromschutzschalter in übersichtlicher Reihenfolge aufgebaut. Gestartet wird der Stromerzeuger mittels Zündschloß über einen elektrischen Anlasser, der im Stromkreis einer eingebauten 24-Volt-Batterie liegt. Eine Lichtmaschine sorgt bei Betrieb für die ständige Aufladung der Batterie.

In einem zweiten Kasten, dem Anschlußkasten, seitlich unter dem Aufbau angebracht, befinden sich die Anschlußvorrichtungen für die abzugebende elektrische Leistung und, was für alle Notstromerzeuger gleich welcher Bauart von erheblicher Wichtigkeit ist, die Erdungsklemme. An der Erdungsklemme wird die Erdungsvorrichtung angeschlossen. Erdungsvorrichtungen bestehen gewöhnlich aus dem Erdungsspieß und einer kupfernen, blanken, flexiblen Erdungsleitung. Bei größeren Leistungen, wie hier bei dem 50 kVA-Gerät, ist der Spieß mit einer Erdbohrvorrichtung an der unteren Spitze ausgerüstet. Die Erdung ist

sehr wichtig und darf nie vergessen werden. Eine gute Erdung schützt den Menschen vor auftretenden Fehlerspannungen, die durch fehlerhafte Verbindungen, z. B. zwischen spannungsführenden Teilen und den nicht zum Stromkreis gehörenden Gehäuseteilen, Aufbauteilen, kurz gesagt, allen zum Notstromerzeuger gehörenden metallischen Teilen, auftreten können. Der Erdungsspieß ist in ein Erdreich mit genügend großem Erdungswiderstand, d. h. in feuchten Böden, einzubringen. Erscheint der Boden zu trocken, so ist das Erdreich um den Erdungsspieß mit Wasser einzuschlämmen. An der Tür des Anschlußkastens liegt ein Sicherheitskontakt. Der Hauptschalter auf der Schalttafel kann nur eingeschaltet werden, wenn diese Tür fest verschlossen ist.

Parallel geschaltete Aggregate

Die Lehrgangsteilnehmer waren beeindruckt von der Perfektion dieser modernen und unfallsicheren Notstromaggregate. Besonders interessierte die eingebaute Synchronisierereinrichtung. Durch sie können mehrere Aggregate gleicher Bauart untereinander oder mit einem vorhandenen Notnetz parallel geschaltet werden. Mit dieser Parallelschaltung ist man in der Lage, einen zweiten und dritten Notstromerzeuger durch ein Verbindungskabel an den hierfür vorgesehenen Klemmen zum ersten Aggregat zuzuschalten, wenn dieses voll ausgelastet ist. Eine Gesamtleistung, die verlangt wird, verteilt sich dann zu gleichen Teilen auf die parallel geschalteten Aggregate. Ist eine Zwischenverteilung vorhanden, vergleichbar mit einer Baustellenverteilung, die beispielsweise für eine Stromstärke von 400 A ausgelegt ist, könnte sogar

noch ein viertes Aggregat hinzugeschaltet werden. Hier wäre eine Leistung von 200 kVA erreicht, mit der ein Wohnblock oder eine kleine Siedlung in etwaigen Katastrophenfällen eingespeist werden könnten. Zur Synchronisierung selbst müssen insbesondere drei Grundsätze beachtet werden:

1. Die Generatoren müssen spannungsgleich sein.
2. Die Frequenzen der Maschinen müssen genau übereinstimmen.
3. Die Phasenfolge und die Phasenlage der erzeugten Drehspannung müssen unbedingt gleichlaufend sein.

Spannungsgleichheit kann über die Handsteuerung der Erregerspannung eingeregelt werden und wird über ein Doppelvoltmeter verglichen. Die Frequenzen der Maschinen werden über die elektro-mechanischen Drehzahl-einstellungen abgestimmt und am Doppelzungenfrequenzmesser abgelesen. Die Phasenlage wird durch die Synchronisierlampen und das Nullvoltmeter angezeigt. Erst wenn alle drei dieser Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind, kann der Synchronisierungsschalter betätigt werden. Das muß schnell geschehen, und es gehört ein geübtes und zuverlässiges Auge dazu, weil der synchrone Zustand an den Meßgeräten abgelesen wird und sich betriebsbedingt nur für Sekundenbruchteile einstellt. Dieser Schaltvorgang muß immer wieder geübt werden, auch wenn jeder, der diese Schaltung vornimmt, die dazugehörigen theoretischen Vorgänge bereits beherrscht.

Es wäre wünschenswert, wenn es nicht bei der Beschaffung nur dieser vier 50 kVA-Notstromerzeuger bliebe. Ihr gezielter Einsatz bei Katastrophen durch vorher daran auszubildende Helfer der E-Gruppen könnte die Not der betroffenen Bevölkerung lindern helfen.

Umfangreich und vielseitig

Katastrophenschutzübung in Dortmund



Bei der Katastrophenabwehrleitung und der technischen Einsatzleitung im Einsatzleitungszentrum erhalten die alarmierten Einheiten ihre Einweisung.



Die ersten Einsatzfahrzeuge der beteiligten Katastrophenschutzorganisationen treffen ein.

Einer Katastrophenschutz-Vollübung der Stadt Dortmund, an der Helfer des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), des Malteser Hilfsdienstes (MHD), der Johanniter Unfall-Hilfe (JUH), des Technischen Hilfswerks (THW) und der freiwilligen Feuerwehr teilnahmen, lag folgende Ausgangslage zugrunde:

Auf dem Gelände an der Hagener Straße 401 befindet sich in einem vierstöckigen Geschäftshaus eine „Chemikalien-Gesellschaft mbH.“. Sie produziert und vertreibt Chemikalien aller Art. Die Belegschaft umfaßt 300 Arbeitskräfte. Gearbeitet wird in drei Schichten. In den frühen Morgenstunden kam es aus bisher ungeklärter Ursache zu einer Explosion, die zum Einsturz der beiden oberen Stockwerke führte. Nach ersten Schätzungen befanden sich etwa 100 Personen in diesem Gebäude.

Als Folge dieser Explosion geriet ein Einfamilienhaus in unmittelbarer Nähe in Brand.

Die öffentlichen Dienste (Berufsfeuerwehr und Polizei) sind bereits an anderen Stellen zur Schadensbekämpfung eingesetzt.

Die Fernmeldeverbindungen sind unterbrochen worden. Die Gefahr, daß schädigende Dämpfe, Schwebstoffe oder Flüssigkeiten sich zumindest auf Teile des angrenzenden Freigeländes ausgebreitet haben, ist nicht auszuschließen.

Den von der Katastrophenschutzleitung (Stadtdirektor Sträter)



Der Brandschutzdienst bringt eine Angriffsleitung in die oberen Stockwerke.



Bergungsdienst beim Bergen eines Verletzten mit Hilfe eines Schleifkorbes.



Unmittelbar am Unfallort wird ein Verletzter nach seiner Bergung dem Sanitätsdienst übergeben.

alarmierten Helfern der Bergungs- und Sanitätsbereitschaften sowie der ABC-Bereitschaft, den Fernmeldezügen und den E-, W- und A-Gruppen des Instandsetzungsdienstes zeigte sich folgendes Bild:

Hilferufe und Stöhnen von Verletzten und Verschütteten (dargestellt von DRK-Helfern) drangen aus der Halle ins Freie. Nach Auskunft der Betriebsleitung hielten sich z. Z. der Explosion 100 Beschäftigte in der Werkshalle auf. Einige, z. T. verletzt, befanden sich — unter Schockwirkung



Vom Sanitätsdienst, der sich aus Helfern des DRK, ASB und MHD zusammensetzt, werden die Verletzten zur Sammelstelle transportiert.



In den Sanitätszelten der Sanitätsbereitschaften erhalten zunächst die Schwerverletzten schnellstens die erforderliche ärztliche Versorgung.

stehend — im Freien, ein großer Teil mußte sich jedoch noch, vermutlich verletzt, eingeschlossen im Betrieb befinden.

Durch die starke Druckwelle war offensichtlich in der Wohnung des Hausmeisters ein in Betrieb befindlicher Kohleofen umgestürzt.

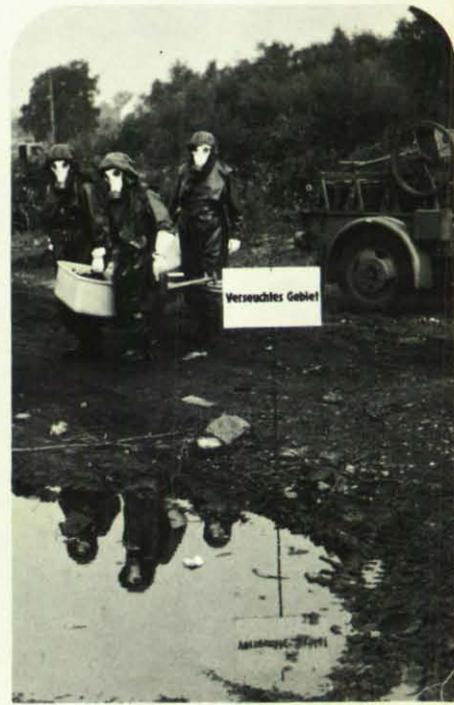
Das Einfamilienhaus brannte in voller Ausdehnung. Der Hausmeister sowie dessen Familie konnten sich mit eigener Hilfe in Sicherheit bringen.



THW-Gruppenführer Kirschner läßt prüfen, ob alle Winkel des Gebäudes nach Verletzten durchsucht wurden.

Die Lagerhalle war ebenfalls durch die Druckwelle stark beschädigt, brannte jedoch nicht. Bei näherer Betrachtung wurde aber festgestellt, daß zahlreiche Behälter mit Phosphorsäureester umgestürzt und undicht geworden waren. Die Flüssigkeit ergoß sich aus den Behältern auf das Freigelände.

Auch an der Lagerhalle am Bahnkörper, in der chemische Beiprodukte in flüssiger und fester Form aufbewahrt wurden, stellten sich größere Gebäudeschäden heraus. Die hier in großen Mengen lagernden Waren mußten unbedingt ausgelagert und abtransportiert werden, da die Gefahr von Undichtigkeiten an Behältern nicht ausgeschlossen werden konnte. Der Abtransport über die Hauptzufahrt war nicht möglich, da Rettungs- und Versorgungsfahrzeuge den Weg voll in Anspruch nahmen.



Phosphorsäureester-Behälter waren undicht geworden. JUH-Helfer dekontaminierten das Gelände.

Ab 8.30 Uhr fand die Alarmierung und die Einweisung der Katastrophenschutzkräfte in ihre Aufgaben statt, die im einzelnen wie folgt durchgeführt wurden:

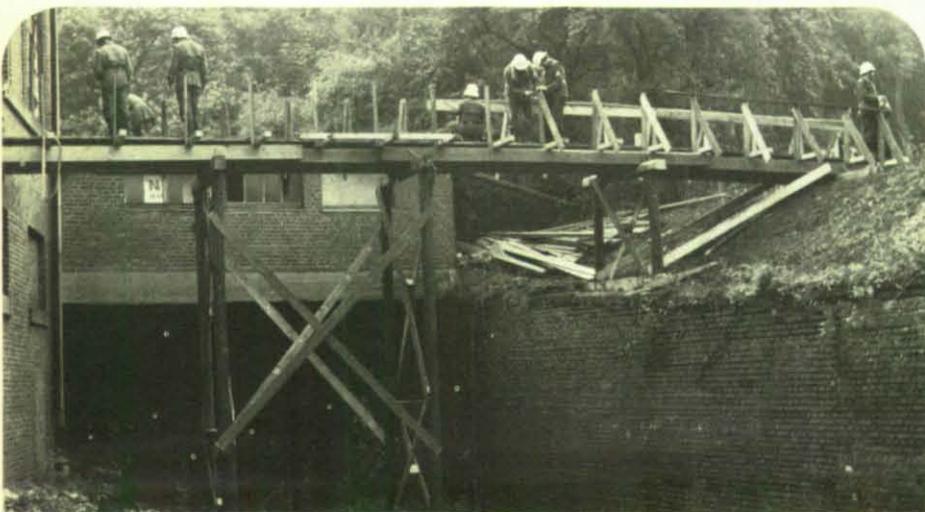
1. Bergungsbereitschaft (THW): Bergung von Verletzten aus der Werkshalle und Übergabe an den Sanitätsdienst, Bau einer Behelfsbrücke (Böschung Lagerhalle), Notstromversorgung, Bau einer Waschanlage und Errichtung einer Toilettenanlage.



Helfer der JUH im mit Phosphorsäureester verseuchtem Gelände.



Der THW-Ortsbeauftragte und Präsident der Handwerkskammer, Baumeister Walter Derwald, erkundigt sich bei der Elektro-Gruppe des Instandsetzungszuges nach dem Fortgang der Reparaturarbeiten am zerstörten 380-V-Ortsverbindungskabel.



THW-Helfer beim Bau der Behelfsbrücke von 4 t Tragfähigkeit zum erhöht liegenden Nachbargelände. Die Brücke war erforderlich, um chemische Produkte abtransportieren zu können.

2. Sanitätsbereitschaften des DRK: Auslegen von 80 Verletzten-darstellern, Einrichten einer Verletzten-sammelstelle, Erste-Hilfe-Leistung an Verletzten nach Übernahme von der Bergung, Abtransport zur Verletzten-sammelstelle, Versorgung der Verletzten und Verpflegung der Teilnehmer.

3. Sanitätsbereitschaft des ASB: Einrichten einer Verletzten-sammelstelle und Betreuung Verletzter.

4. Sanitätsbereitschaft des MHD: Erste-Hilfe-Leistung an Verletzten nach Übernahme von der Bergung und Abtransport zur Verletzten-sammelstelle.

5. Brandschutzdienst (FFW): Brandbekämpfung an der Werkshalle — kein offenes Feuer —, Brand-

bekämpfung an der Hausmeister-wohnung und Versorgung der Trinkwasseraufbereitungsanlage und der Waschanlage mit Wasser.

6. ABS-Bereitschaft der JUH: Dekontaminierung des gemäß Lageplan gekennzeichneten Geländes und Abstellen von Parkplatzwachen und Verkehrsposten.

Um 10.30 Uhr gaben die Schiedsrichter bereits die ersten Zwischenberichte an die Übungsleitung.

Um 14.00 Uhr fand die Schluß-besprechung statt, in der festgestellt werden konnte, daß die Übungsaufgaben zur vollen Zufriedenheit erfüllt wurden, was nicht zuletzt auf der ausgezeichneten Zusammenarbeit der Katastrophenschutz-Organisationen untereinander beruhte.



Im DRK-Küchenwagen sorgt Helferin Sophie Bernstein vom DRK-Kreisverband wie immer für das leibliche Wohl aller Beteiligten.

Kampf dem Methodik-Muffel!

Zu Beginn einer neuen Reihe

Deutschlands findige Werbebüros haben bereits einige „Muffel“ erfunden, um mit diesem Wort titulierte Menschen in ihrem Sinne abzuwerten. Man erinnere sich nur an den Krawattenmuffel, die Erstschofung dieser Industrie. Ein Muffel ist ein altmodischer, unangenehmer Mensch, der unbedingt etwas an sich tun, der sich umstellen, der sich Neues anschaffen muß, um diesen „Muffel-Geruch“ zu vertreiben. Das Wort hat bereits seinen Platz im Sprachschatz erhalten. Nun wieder eine neue Kreation? Was ist das — ein Methodik-Muffel?

Zunächst ist zu klären, was unter Methodik zu verstehen ist. Im Rahmen dieser Reihe ist damit die Lehre von der Anwendung verschiedener Ausbildungsmethoden gemeint. Die richtige Methodik zu beherrschen, ist jedem Ausbilder zu wünschen. Ein methodisch richtig vorbereiteter und durchgeführter Unterricht macht allen Beteiligten Freude. Niemand langweilt sich, jeder lernt das, was er lernen soll; kurz: alle haben dabei einen Gewinn — und das ist nicht zuletzt ein gutes Werbemittel. Es spricht sich weiter: „Da kann man was lernen — es macht richtig Spaß!“

Nun dürfte klar sein, was ein Methodik-Muffel ist: ein Ausbilder, der einfach nach „Schema F“ vorgeht, sich schlecht oder gar nicht vorbereitet und nichts von Methodik weiß. Er wird langweilig wirken und wahrscheinlich keinen großen Lernerfolg bei den Helfern erzielen. Solche Ausbilder dürfte es künftig nicht mehr geben. Deshalb soll im „ZS-Magazin“ einmal eingehend die Methodik der Ausbildung behandelt werden.

Ein solches Vorhaben muß jedoch, um nicht unglaubwürdig und unwirksam zu sein, selbst methodisch richtig

gestaltet werden. Längere Aufsätze werden zwar gelesen, aber am Ende ist der Anfang oft schon fast wieder vergessen. In kurzen „Spots“ dagegen werden die Grundsätze der Methodik nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ vermittelt. Dem Vergessen durch häufige Wiederholung vorzubeugen, ist einer der Grundsätze der Lehrmethodik. Unsere Aktion will — ähnlich den „Anti-Muffel-Aktionen“ der Werbebranche — immer wieder methodisch richtiges Verhalten ins Bewußtsein — letztlich sogar ins Unterbewußtsein — bringen. Nur ist diese Aktion im Gegensatz zu anderen Werbe-Kampagnen mit keinerlei Kosten verbunden.

Wer sich einen umfassenden Überblick zu dem Thema „Methodik der Ausbildung“ verschaffen will, dem sei folgendes Schrifttum empfohlen:

✱

LSHD-Dv 40: Methodik der Ausbildung. Zu beziehen über die THW-Ortsverbände.

✱

W. Niggemeyer: Ausbildungslehre für alle Ausbildungskräfte, herausgegeben vom Bundesverband für den Selbstschutz, Verlag Offene Worte, Bonn, 6,— DM.

✱

E. Dill: Methodikfibel, Verlag Offene Worte, Bonn, 5,40 DM. Kluge: Unterrichten und Befehlen im Feuerwehrdienst (Die Roten Hefte, Band 2), W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart, ca. 2,— DM.

✱

I. Folge
Der Mensch lernt, indem das Gehirn Reize von außen über die Sinnesorgane erhält, also durch Hören,

Sehen, Tasten, Schmecken usw. Diese Reize werden zunächst elektrisch fixiert — sie gehen ins sogenannte Kurzzeit-Gedächtnis ein. Später werden die Reize chemisch fixiert — sie gehen ins sogenannte Langzeit-Gedächtnis ein. Der menschliche Wille kann diesen Vorgang in etwa steuern.

Wer nicht lernen will, nicht interessiert ist, lernt wenig. Wer sich aber sagt: „Das muß ich mir merken“ — der gibt dem Gehirn damit den ersten Impuls für die chemische Fixierung des zu Lernenden. Fest im Langzeit-Gedächtnis haftet nur, was häufig wiederholt oder mit entsprechendem Nachdruck gelehrt wird.

Folgerungen für den Ausbilder:

1. Der Ausbilder muß Interesse wecken. Wie man das erreicht? Durch eine gute Einleitung, die den Zuhörer anspricht und für das Thema aufgeschlossen macht. Erst dann ist er bereit, das Vorgetragene zu behalten.

2. Wichtige Punkte sind mit entsprechendem Nachdruck zu betonen, damit der Lernende sich sagt: „Das muß ich mir merken!“

3. Nur durch häufiges Wiederholen geht letztlich Wissen ins Langzeit-Gedächtnis ein. Deshalb ist am Ende jeder Ausbildung (in den letzten 5 Minuten etwa) eine Wiederholung durchzuführen. Das soll aber kein Vortrag des Ausbilders sein, sondern ein schnelles Frage- und Antwortspiel.

Hierbei hat der Unterrichtsleiter gleichzeitig eine Kontrolle, ob der Lehrstoff „sitzt“. Unklarheiten können dabei noch beseitigt werden.

Lehrgangs- zeitplan 1973

An der Katastrophenschutzschule des Bundes Außenstelle Hoya (H)

Lfd. Nr.	Lehrgangsart	von	bis
H 101	Sonderlehrgang für Aubofahrer	22. 10.	26. 10.
H 102	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau II	22. 10.	26. 10.
H 103	Sonderlehrgang (Fortbildung) Behelfsbrückenbau — Leiter —	22. 10.	26. 10.
H 104	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	5. 11.	9. 11.
H 105	Sonderlehrgang Aubo-Prüflehrgang	5. 11.	9. 11.
H 106	Sonderlehrgang Stegebau	5. 11.	9. 11.
H 107	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	12. 11.	16. 11.
H 108	Sonderlehrgang für Aubofahrer	12. 11.	16. 11.
H 109	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau I	12. 11.	16. 11.
H 110	Sonderlehrgang I für Kraftfahrer - allradgetriebene Kraftfahrzeuge -	12. 11.	16. 11.
H 111	Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser	26. 11.	30. 11.
H 112	Sonderlehrgang für Aubofahrer	26. 11.	30. 11.
H 113	Sonderlehrgang Stegebau	26. 11.	30. 11.

Beim
BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ,
bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts,
ist ab 1. 4. 73 die Stelle des (r)

Leiters(-in)

der BVS-Dienststelle Hof — Landesstelle
Bayern —

neu zu besetzen.

Anforderungen:

Möglichst langjährige Mitarbeit im BVS oder in anderen
Zivilschutzorganisationen. Bewerber mit entsprechender
abgeschlossener BVS-Fachausbildung und Kenntnissen auf
dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung werden bevorzugt.

Geboten werden:

Vergütung nach Verg.-Gr. IVb BAT; zusätzliche Altersver-
sorgung, Beihilfe bei Krankheit und Unterstützung in Not-
fällen, Zuschuß zum Mittagessen; Trennungsgeld und Um-
zugskosten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.
Soweit möglich, ist der Verband bei der Wohnraumbeschaf-
fung behilflich. Bewerbungen mit ausgefülltem Personal-
bogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild sowie
Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweise sind bis zum
28. Februar 1973 zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ
— Bundeshauptstelle —
5 Köln 41, Eupener Straße 74

H 114	Sonderlehrgang Retten aus Wassergefahren	3. 12.	7. 12.
H 115	Sonderlehrgang Aubo-Prüflehrgang	3. 12.	7. 12.
H 116	Sonderlehrgang Behelfsbrückenbau II	3. 12.	7. 12.
H 117	Sonderlehrgang (Fortbildung) Behelfsbrückenbau — Leiter —	3. 12.	7. 12.
H 118	Sonderlehrgang I für Kraftfahrer - allradgetriebene Kraftfahrzeuge -	3. 12.	7. 12.
H 119	Sonderlehrgang Vermessungs- grundlagen	10. 12.	14. 12.
H 120	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer — Fahrgastbeförderung —	10. 12.	14. 12.

Persönliche Darlehen

kurzfristig — mittelfristig — langfristig

für alle Beamten, Berufs- und Zeitsoldaten, Angehörige des öffentlichen
Dienstes und der freien Wirtschaft

langfristig als Vorauszahlung — in bar — einer Lebensversicherung —
kurz- und mittelfristig in Verbindung mit einer Lebensversicherung. Keine
Bürgen oder dingliche Sicherheiten. Fordern Sie kostenlose unverbindliche
Auskunft mit Angaben von Familienstand, Kindern unter 18 Jahren, Netto-
gehalt, Beruf, Geburtsdatum, Höhe des Darlehnswunsches.

Beamten-Anschaffungshilfe E. Andermann KG
5 Köln 60, Eschenbachstraße 54, Am Bilderstöckchen, Telefon 73 65 29

Beim

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ,
bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts,
sind folgende Stellen neu zu besetzen:

a) Fachgebietsleiter / -in II 2

(Ausbildung) bei der BVS-Landesstelle
Rheinland-Pfalz in Mainz
— Verg.-Gr. IV a BAT — ab 1. Juli 1973,

b) Sachbearbeiter / -in

im Organisationsreferat der Bundeshaupt-
stelle des BVS in Köln
— Verg.-Gr. IV b BAT — ab 1. Juli 1973,

c) Fachbearbeiter / -in II 2

(Ausbildung) bei der BVS-Landesstelle
Rheinland-Pfalz in Mainz
— Verg.-Gr. V b BAT — ab 1. Januar 1973,

d) Fachbearbeiter / -in

bei der BVS-Dienststelle Stuttgart
— Verg.-Gr. V b BAT — ab 1. März 1973.

Anforderungen:

Möglichst langjährige Mitarbeit im BVS oder in anderen
Zivilschutzorganisationen. Bewerber mit entsprechender
abgeschlossener BVS-Fachausbildung und Kenntnissen
auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung werden
bevorzugt.

Geboten werden:

Zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe bei Krankheit und
Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen;
Trennungsgeld und Umzugskosten entsprechend den ge-
setzlichen Bestimmungen.

Soweit möglich, ist der Verband bei der Wohnraum-
beschaffung behilflich.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, hand-
geschriebenem Lebenslauf, Lichtbild sowie Ausbildungs-
und Tätigkeitsnachweisen werden bis zum 15. März 1973
erbeten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ
— Bundeshauptstelle —
5 Köln 41, Eupener Straße 74

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel. Es war eine gute Idee, daß die „Kieler Nachrichten“ alle Institutionen, die Beratungsstellen gleich welcher Art unterhalten, aufforderte, ihnen zur Veröffentlichung Namen, Anschrift, Telefonnummer und Sprechzeit mitzuteilen. So kann die Redaktion auch Anfragen aus dem Leserkreis beantworten. Es haben sich nach einem nochmaligen Aufruf in der Zeitung nahezu alle in Frage kommenden Stellen gemeldet. Manche von ihnen waren bisher kaum jemandem bekannt. Für den BVS war es eine willkommene Gelegenheit, sich in die inzwischen veröffentlichte, alphabetisch geordnete Aufstellung einzuschalten.

*

Der Malteser-Hilfsdienst bildet in Kiel Frauen und Mädchen zu Schwesternhelferinnen aus. Ein Lehrgang mit 40 Teilnehmerinnen wurde in den letzten Monaten des vergangenen Jahres durchgeführt, jeweils an den Wochenenden als „offener Lehrgang“. Neben der umfangreichen theoretischen Unterweisung durch Arzt und Lehrschwester war ein 100-Stunden-Praktikum an Krankenanstalten zu absolvieren. Im Franziskaner-Kloster am Theodor-Heuss-Ring legten dann alle Beteiligten mit gutem Erfolg vor einer Ärztin die Abschlußprüfung ab.

Tönning. In ihrer letzten Sitzung 1972 beschloß die Gemeindevertretung des Kirchspiels Tönning, künftig die Arbeit des BVS tatkräftig zu unterstützen. Bald danach konnte in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Husum ein Selbstschutz-Grundlehrgang beginnen. Durch eine Pressenotiz war die Bevölkerung auf dieses Vorhaben noch besonders hingewiesen worden.

Meimersdorf. In dem vor etwa zwei Jahren in die Landeshauptstadt Kiel eingemeindeten Vorort konnte einen Tag vor Heiligabend die Freiwillige Feuerwehr als „Weihnachtsgeschenk“ ein modernes Lösch- und Gerätefahrzeug von Stadtrat Wurbs, Dezernent für die Feuerwehr, in Empfang nehmen. Jedoch wünschte der Stadtrat der mit ihrem Oberbrandmeister Paul Jäger angetretenen 22köpfigen Mannschaft, daß das

vielseitig verwendbare Fahrzeug möglichst wenig eingesetzt werden möge. Die Meimersdorfer Freiwillige Feuerwehr verfügt jetzt über zwei gut ausgestattete Löschfahrzeuge. Um Garagenplatz für das neue Fahrzeug zu schaffen, wurde das Spritzenhaus erweitert.

Scholderup. Die BVS-Dienststelle Schleswig führte in dem zum Amt Tolk gehörenden Scholderup eine Informationsveranstaltung durch. Unter den zahlreichen Teilnehmern befanden sich vor allem Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und des DRK aus dem gesamten Amtsbereich. Fachgebietsleiter Peter-Hinrich Hansen sprach über „Das Wesen des Selbstschutzes und die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz“. Wenn man vom Selbstschutz spreche, so begann er seine Ausführungen, brauche nicht unbedingt an den Verteidigungsfall gedacht zu werden, sondern zunächst einmal an durch Naturgewalten oder Technik ausgelöste Katastrophen und nicht zuletzt an die Unfälle des Alltags. Um hier Menschenleben wie auch wertvolles Gut retten zu können, komme es auf die spontane Hilfe an. Hierfür möglichst viele Menschen in Selbstschutzlehrgängen wie auch danach in weiterführenden Lehrgängen auszubilden, sei Aufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz neben der Information der Bevölkerung über den gesamten Komplex der Zivilverteidigung. Bei der lebhaften Ansprache, in der es u. a. um die Ausrüstung eines Schutzraumes und das Verhalten in ihm, den Selbstschutz im ländlichen Bereich sowie den Schutz gegen moderne Kampfmittel ging, konnten auf gezielte Fragen weitgehend befriedigende Antworten gegeben werden. Am Schluß dankte der BVS-Beauftragte für das Amt Tolk, Nicolaus Erichsen, allen Besuchern für ihr gezeigtes Interesse.

Plön. Aufgrund der Erfahrungen des Kreisfeuerwehrverbandes hinsichtlich der Nachrichtenübermittlung bei der letzten Katastrophenschutzübung auf Kreisebene kam der erste Fernmeldezug, den die Feuerwehren in Schleswig-Holstein stellen, zustande. Die hier zusammengeschlossenen 25 Männer werden von den Wehren Preetz, Schellhorn,

Rethwisch, Kühren und Pohnsdorf gestellt. Neben ihrem üblichen Feuerwehrdienst lassen diese Einsatzkräfte sich für ihre Spezialaufgabe zusätzlich zweimal monatlich theoretisch und praktisch ausbilden. Diese Spezialeinheit soll bei Katastrophen Fernmeldeverbindungen zwischen der Einsatzleitung und den eingesetzten Hilfskräften herstellen. Stationiert wird der Fernmeldezug in Preetz.

Frauen aus sechs Vereinen

In Hohenhorst in der Haseldorfer Marsch hatten sich 190 Landfrauen aus sechs Vereinen des Kreises Pinneberg zu einer gemeinsam mit dem Bundesverband für den Selbstschutz durchgeführten Informationsveranstaltung zusammengefunden, die durch Gesangsvorträge und Rezitationen umrahmt wurde. Kreisvorsitzende Lindemann (Elmshorn) konnte als Gäste u. a. Kreisbauernvorsteher Kühl, Oberdeichgraf Früchtenich sowie Vertreter der Gemeinde begrüßen.

In den Eingangsworten wurde auf die ständige Bedrohung durch Naturgewalten — ganz besonders im Bereich der unmittelbar hinter den Deichen gelegenen Haseldorfer Marsch — hingewiesen. Seit jeher wurden hier von den Bewohnern Opfer gefordert. Durch anhaltende Wachsamkeit und Einsatzbereitschaft der Marschbewohner konnten in den letzten Jahren ähnliche Gefahren wie bei der Sturmflut im Jahre 1962 abgewendet werden.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Referat von Regierungsdirektor a. D. Dr. Dopathka (Kiel) über die „Notwendigkeit der Mitwirkung des Einzelnen im Katastrophenschutz und Zivilschutz“. Zu Beginn seiner Ausführungen stellte der Vortragende betont die Bedeutung der Frau — auch und gerade auf dem Lande — im Rahmen des Katastrophen- und Zivilschutzes heraus.

Das Referat wurde mit großem Interesse und viel Beifall aufgenommen. Es wurden dann auch noch mancherlei Fragen gestellt und beantwortet.

„Vorsorge schützt vor Sorge“

Bei der von der BVS-Dienststelle Neumünster während des vergangenen Jahres geleisteten Öffentlichkeitsarbeit tritt die Sonderschau im Rahmen „Norddeutscher Baumarkt 1972“ besonders in Erscheinung. Das Motto „Vorsorge schützt vor Sorge“ erwies sich als schlagkräftiger Appell an alle Besucher der Ausstellung. Bisher war beim „Baumarkt“ vor allem der Schutzraumbau herausgestellt worden. Diesmal war der Bogen über mehrere Themen gespannt. Er umfaßte gleichzeitig alle Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um vor Sorge zu schützen. Schon vier Wochen vor Eröffnung hatte man nach einem sorgfältig aufgestellten Plan mit dem Aufbau der Sonderschau begonnen. Der Eingang wurde zu einem nicht zu übersehenden Blickfang, der die Besucher zu einer Besichtigung in die Halle einladen sollte. Große Transparente aus wetterfestem Sperrholz mit den Aufschriften „Vorsorge schützt vor Sorge“, „Zivilschutz-Katastrophenschutz-



Hier der Eingang zur BVS-Sonderschau auf dem „Norddeutschen Baumarkt“ in Neumünster.



Junge Besucher der Ausstellung sehen Filme über den Selbstschutz in einer Ecke der Halle.



Blick in eine Koje der BVS-Sonderschau. Im Vordergrund das „Phantom“.

Selbstschutz“ und „Information“ sowie dem BVS-Emblem auf blauem Untergrund waren angebracht. Als weiterer Blickfang war ein Unfallwagen mit einer Notlage verdeutlichenden Puppen aufgestellt. „Können Sie helfen?“, wurden die Betrachter durch ein an einem Stützpfiler befestigtes Schriftbild gefragt. In der Halle konnte dann die eigentliche BVS-Sonderschau besichtigt werden, die zu beiden Seiten eines langen, lichten Ganges in Kojen aufgebaut war. Folgende Themen wurden hier veranschaulicht und erklärt: Schutzraumbelüftung und -abschirmung, Selbstschutzgeräte, Behelfsschutzbau in Holz, Beton und



„Können Sie helfen?“ Eine eindringliche Demonstration am Eingang.

Fertigbauteilen. Die Bergungskoje enthielt Modelle der Schadensklassen, Darstellungen aus der Arbeit mit Rettungshunden, Modelle von Abstützungen, Knoten und Bunden sowie entsprechendes Selbstschutzgerät. In der ABC-Koje wurde Strahlenschutz gezeigt. Entsprechende Schautafeln, verschiedene ABC-Ausbildungsmittel der Bundeswehr und Schnittmodelle vervollständigten die Aussage dieser Koje.

Weiterhin konnten sich die Besucher anhand von Geräten, Modellen und Schautafeln über Lebensmittelbevorratung, Sofortmaßnahmen am Unfallort und Brandschutz orientieren. Reges Interesse erweckte das „Planspiel für Führungskräfte“, das ständig vor einem Mitarbeiter interpretiert wurde. Besonderer Beliebtheit erfreute sich in der Halle eine Ecke, wo man sich auf Kinostühlen sitzend — ein Geschenk des Zivilschutzes der Stadt Neumünster — Filme über Selbstschutz und Katastrophenschutz ansehen konnte. Während des Baumarktes wurde das Filmvorführgerät 2900 Minuten — beinahe 50 Stunden — eingesetzt. Wer nach der Besichtigung noch Fragen hatte, konnte am Informationsstand Antwort erhalten wie auch mit Schrift- und Bildmaterial versehen werden.

Insgesamt waren während der acht Tage des „Baumarktes“ 30 Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Neumünster eingesetzt worden. Während dieser Zeit wurden in der Halle 10 000 Besucher gezählt, etwa $\frac{1}{10}$ der Gesamtbesucherzahl des Baumarktes.

Es ist sehr günstig, daß für den „Baumarkt“ die Ausstellungshalle nicht jedesmal angemietet zu werden braucht, denn sie gehört zu den Räumen der Dienststelle Neumünster im großen Komplex „Holstenhalle“. Somit kann sie fortlaufend der Information und Ausbildung dienen. So war es möglich, daß die Abschlußklasse der Schule eines Kieler Vorortes einige Zeit danach noch durch die Halle wie auch anschließend durch das Übungsgelände geführt werden konnte. Der Rektor hielt diese Besichtigung für wichtig, da die Schüler gerade einen von einer fahrbaren Ausbildungsstelle durchgeführten Selbstschutz-Grundlehrgang absolviert hatten.

Mit guten Vorsätzen ins neue Jahr

Zwecks Kontaktaufnahme mit den Helferinnen der Hamburger BVS-Dienststellen hatte das Fachgebiet II 5 (Frauenarbeit) zu einer Arbeitsbesprechung in das Clubhaus der Hamburger Frauenverbände eingeladen. In einem festlich geschmückten Raum des Clubhauses hieß Frau Fietzke die Vertreterinnen der einzelnen BVS-Dienststellen willkommen und gab einen Überblick über das seit ihrem Amtsantritt auf dem Sektor Frauenarbeit im BVS bisher Geschehene.

Sie schilderte die Vortragsreihe mit Professor Dr. Bühl, die Besprechung mit Referatsleiter Hoffschild (Bundeshauptstelle), mit Landesstellenleiter Müller und Mitarbeitern der Landesstelle sowie mehrere Besprechungen mit dem Fachgebietsleiter II 4 (Öffentlichkeitsarbeit) mit dem Ziel, die Frauenarbeit in enger Zusammenarbeit mit dem Fachgebiet II 4 zu gestalten. Nach dieser kurzen Zusammenfassung hatten die Vertreterinnen der BVS-Dienststellen Gelegenheit, sich vorzustellen und aus ihrer Arbeit zu berichten.

Während einer Kaffeetafel überbrachte Fachgebietsleiter II 4 Bochert zunächst die Grüße des Landesstellenleiters. In seinem anschließenden Referat ging er davon aus, daß in zunehmendem Maße die Mitverantwortung der Frau in Staat und Gesellschaft nicht nur mehr Rechte, sondern auch mehr Pflichten mit sich bringe. „Frauen in allen Aufgaben des BVS“ sollte 1973 in den Mittelpunkt gestellt werden. Um diese Aufgaben sinnvoll lösen zu können, müßte die Arbeit im BVS unter der neuen Leitung von Frau Fietzke dazu führen, immer mehr Helferinnen in Funktionen einzusetzen.

Eine bereits begonnene Ausbildung sei so abzuschließen, daß eine aktive Mitarbeit in der Ausbildung oder Öffentlichkeitsarbeit möglich ist.

Gerade in der Öffentlichkeitsarbeit bieten sich viele Möglichkeiten der Mitarbeit an. Es geht vor allem

darum, vermehrt Kontakte zu Frauenverbänden und Organisationen herzustellen, um mit Vorträgen und Aufklärungsveranstaltungen weitere Bevölkerungsgruppen mit unserem Anliegen vertraut zu machen. Eine Tätigkeit als Berater in Ausstellungen und bei Werbungen auf Straßen und Plätzen sollte in zunehmendem Maße von Helferinnen wahrgenommen werden, denn die steigende Zahl solcher Veranstaltungen und Vorfürhungen macht es notwendig, die Helferin im BVS mehr als bisher herauszustellen und einzusetzen.

Um unseren gesetzlichen Auftrag in der Öffentlichkeit besser erfüllen zu können, müssen ganz besonders die Frauen in unserer Bevölkerung mehr an die Idee des Selbstschutzes herangeführt werden; denn „die Sorge um den Menschen in einer ihn bedrohenden Not, die Hilfe für den Bürger in der Katastrophe, die Vorsorge für den Unglücksfall — diese Probleme stellen sich der Bevölkerung heute wie in der Zukunft. Wir alle haben die Aufgabe, die Not der Katastrophe und des Unglücks nach besten Möglichkeiten so rasch und so umfassend wie erforderlich zu lindern.“

Die Frau muß sich deshalb beispielsweise Kenntnisse erwerben, die sie befähigen, die Betreuung von alten und kranken Menschen, Wöchnerinnen und Säuglingen zu übernehmen. Als erfahrene Hausfrau oder Mutter wird sie ihre Notbevorratung sinn- und zweckmäßig unter Berücksichtigung der Diät- und Säuglingsnahrung zusammenstellen und Überlegungen anstellen über ihre Kochmöglichkeiten, wenn einmal Strom und Gas ausfallen sollten. Sie wird für praktische Schutzbekleidung, Verbandmaterial, Dokumentensicherung usw. sorgen. Vielfältig sind die Aufgaben, die in den Bereich der Frau fallen. Verständnis und Bereitschaft, sich informieren zu lassen und vorsorglich Maßnahmen zu treffen, können mithelfen, den Selbstschutz in unserer Bevölkerung so auszubauen, daß im Ernstfall jeder in der Lage ist, sich zunächst einmal selbst zu helfen oder in der Nachbarschaft tätig zu werden. Nach diesem Referat begann die

lebhafteste Aussprache, deren Ergebnis Frau Fietzke wie folgt zusammenfaßte: „Eine Großstadt bietet viele Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Der BVS muß sich Mühe geben, reizvolle Themen und Aufgaben zu stellen. Bis zum nächsten Treffen wollen alle an Vorschlägen arbeiten. Es wurde der Wunsch geäußert, sich doch vierteljährlich zusammenzusetzen.“

Möge dieser Anfang auf fruchtbaren Boden für meine Tätigkeit im BVS gefallen sein. Mein Wunsch: Viele Frauen für diese wichtige Aufgabe gewinnen und mehr Aktivität in der Presse! Unglück schläft nicht! Wer weiß schon, ob er nicht morgen die Hilfe des BVS dankbar annimmt.“

Seit über 20 Jahren dabei

Längst ist die eindrucksvolle Veranstaltung der BVS-Landesstelle Hamburg zum 20jährigen Bestehen des BLSV/BVS aus der Erinnerung vieler gewichen. Dennoch gibt es Monat für Monat Helferinnen und Helfer, die auf eine 20jährige Zugehörigkeit zum BLSV/BVS zurückblicken können und nicht nur starkes Interesse am Verband bekunden, sondern zum Teil noch aktiv tätig sind.

Diese Tatsache nehmen wir zum Anlaß, um aus dem Kreis der langjährigen Mitarbeiter heute 5 Helfer vorzustellen, die in diesen Wochen und Monaten 20 Jahre dabei sind, denen unser Dank gilt und die, trotz der wechselvollen Geschichte unseres Verbandes der Idee des Helfens treu geblieben sind.

Adolf Jantzen, geb. 2. 8. 1892. BLSV seit November 1952. November 1961: BLSV-Ehrennadel. Ehrenamtlicher Se-Revierleiter, Se-Bezirksleiter und Teilabschnittsstellenleiter. Jetzt Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord.

Friedrich Körber, geb. 9. 8. 1897. BLSV seit Gründung. Kreisstellen-

leiter, Abschnittsleiter und Hauptsachgebietsleiter II (Personalangelegenheiten). Ausgeschieden am 31. 8. 1962 wegen Erreichung der Altersgrenze. August 1962: BLSV-Ehrennadel.

Erich Stein, geb. 4. 2. 1904. BLSV seit 1952. Seit dem 1. 10. 1953 bei der Landesstelle hauptamtlich angestellt. Leiter der Landesschule Hamburg, Fachgebietsleiter Ausbildung und Dienststellenleiter. 1962: Ehrennadel. Im Februar 1969 wegen Erreichung der Altersgrenze ausgeschieden. Jetzt ehrenamtlicher Leiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Eimsbüttel.

Ernst Kaack, geb. 20. 12. 1909. BLSV seit 1952. Hauptamtlicher Geräteverwalter der Landesstelle und Landesschule Hamburg. Ab 1963 Sachbearbeiter III, ab 1. 8. 1968 Sachbearbeiter im Fachgebiet I. 1969 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden. Jetzt BVS-Bbeauftragter eines ZS-Unterabschnitts.

Gerhard Holzmann, geb. 14. 12. 1924. Bau-Ingenieur. BLSV seit November 1952. Nach Einarbeitung im Stab des Hauptsachgebietsleiters V der Landesstelle bis zum Jahre 1968 Bausachbearbeiter in der Unterabschnittsstelle Alstertal. Ab 1. 8. 1968 ehrenamtlicher Fachbearbeiter Bau der BVS-Dienststelle Hamburg-Wandsbek.

Diese Helfer gehören mit zu den Männern der ersten Stunde, die damals schier unmögliche Aufgaben übernahmen. Ging es doch darum, die Bevölkerung auf mögliche Gefahren hinzuweisen, die niemand sehen wollte, die aber dennoch da waren. Vor über 20 Jahren waren es nur wenige, die einen bescheidenen Anfang machten und unter persönlichen Opfern sich der Aufgabe des Selbstschutzes verschrieben. Sie gehören aber auch zu den Männern, die in 20 Jahren Höhen und Tiefen des Verbandes mit durchstanden und erleben durften, wie aus dem bescheidenen Ursprung seit der Gründung des BLSV bis zum

heutigen Tage die Aufgaben im „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ festgelegt wurden und der Verband zu einer bundesunmittelbaren Körperschaft des öffentlichen Rechts wurde.

Unruhe und Unsicherheit auf unserer Erde und die immer wiederkehrenden, durch den technischen Fortschritt häufiger werdenden Katastrophen, verlangen die Mitarbeit vieler freiwilliger Helfer.

Aus den bescheidenen Anfängen ist heute ein großer, organisatorisch gut gegliederter Verband geworden, dessen Arbeit davon ausgeht, den Mitbürgern im Notfall Hilfe zu bringen, sie für den Notfall auszubilden, und die Augen nicht vor den Gefahren dieser Welt verschließt, sondern darauf vorbereitet ist, Gefahren zu begegnen. Unser Dank gilt den Helferinnen und Helfern, deren unermüdete Mitarbeit den BLSV/BVS zu dem mitgeformt haben, was er heute ist.

KuBo

Bremen



Schuldirektor erklärt BVS-Ausstellung

Eine informative Ausstellung in der Städtischen Berufsschule Bürgerpark — durch die Initiative der beiden jungen BVS-Helfer Udo Fietz und Günter Goerke, unter Leitung des BVS-Fachlehrers Manfred Moh gestaltet — war für die Dienststelle Bremerhaven Auftakt für die Durchführung weiterer Se-Grundlehrgänge mit Schülern dieser Berufsschule.

Unter Verwendung von Ausrüstung und Gerät eines Se-Zuges und fünf großer Stelltafeln mit Hinweisen, Informationen und Zeichnungen über Gefahrensituationen im Alltag — bei Katastrophen oder im Verteidigungsfall — gaben den Besuchern einen umfassenden Überblick und Anregungen für Selbstschutzmaßnahmen, insbesondere zum Besuch von Se-Grundlehrgängen. Anlässlich des Besuchs der Fachgebietsleiter II 1, Singer, und II 4, Freese, führte der Leiter der Berufsschule seine beiden Gäste selbst durch die Ausstellung und gab die

erforderlichen Erläuterungen, wie er sie selbst durch die beiden ehrenamtlichen jungen BVS-Helfer erhalten hatte.

Schule Ritterhude aufgelöst

Die Auflösung der BVS-Landesschule in Ritterhude nahm der Bremer Innensenator Helmut Fröhlich zum Anlaß, die Helfer aufzufordern, ihre selbstlose Arbeit auch in der Zukunft unbeirrt fortzusetzen: „Sie dienen dadurch der Erhaltung des Friedens und damit den Interessen der gesamten Bevölkerung.“

Der Innensenator, der der Verpflichtung von Helfern der Landesstelle beiwohnte, unterstrich ausdrücklich die Bedeutung der Tätigkeit der Helfer. Der BVS gebe durch seine Aufklärungsarbeit und die Ausbildung im Selbstschutz jedem Bürger die Möglichkeit, sich über die zweckmäßigste Verhaltensweise bei Unfällen und Katastrophen, sei es im Frieden oder im Verteidigungsfall, zu informieren. Die Arbeit der Helfer —



Stätte der Begegnung und des Lernens: die BVS-Landesschule Ritterhude.

das müsse einmal ganz klar gesagt werden — diene dem Interesse aller Bürger. Sie hätten eine lebenswichtige Aufgabe übernommen, und niemand solle glauben, daß nicht auch er selbst einmal in eine Notlage

geraten könnte, in der er allein auf seine eigenen Erkenntnisse oder auf die Hilfe anderer angewiesen sei. Beispiele dafür waren neben dem Orkan vom 13. November 1972 die Sturmflutkatastrophe 1962 und seien gleichfalls die ständigen Verkehrs- und Betriebsunfälle.

„Ich weiß, daß Sie in der Vergangenheit mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten“, sagte Senator Fröhlich. Schuld daran hatten gesetzlich bedingte Änderungen, der Mangel an Haushaltsmitteln sowie die Umorganisation des Verbandes und nicht zuletzt das geringe Interesse der Bevölkerung für Fragen der Zivilverteidigung.

Die Entspannungsmaßnahmen der Bundesrepublik könnten nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Verteidigung nicht außer acht gelassen werde. Eine Verteidigung ohne ausreichenden Schutz der Zivilbevölkerung sei aber sinnlos und unglaubwürdig zugleich.

Schon 1968, bei der Umwandlung des BLSV in den heutigen BVS, sollte die Bremer Landesschule, die 1955 gegründet worden war, geschlossen werden. Sie durfte jedoch bis Ende 1972, wie Landesstellenleiter Hans Umlauf bei der Verpflichtung der Helfer sagte, noch für die Ausbildung weiter genutzt werden, wovon hauptsächlich Bedienstete von Behörden und Betrieben profitierten. Die landschaftlich reizvolle Lage auf dem hohen Ufer der Hamme mit Blick auf Bremen und die Weite des Blocklandes könnte aber nicht über die Realitäten hinwegtäuschen. Und leider liege der Standort verkehrsmäßig so ungünstig, daß beispielsweise auf Abendkurse ganz verzichtet werden mußte und die Schule daher



Besichtigung des Übungsgeländes. Von links: Fachgebietsleiter Behrman, Landesstellenleiter Umlauf, Innensenator Fröhlich und der Leiter der Finanzkasse Bremen, Kaiser.

nicht voll ausgelastet werden konnte. Man sei in Bremen über die Auflösung der Schule in dem alten Gebäude, das verhältnismäßig hohe Unterhaltungskosten erfordere, auch gar nicht sehr böse. Seit Januar findet die Selbstschutzausbildung in der Bremer Katastrophenschutzschule in Lesum statt. Außerdem will man die Ausbildung durch Inanspruchnahme von Räumen in den verschiedensten Teilen Bremens mit Unterstützung durch den Innensenator in die Wohngebiete hineingetragen. Dabei solle keine Möglichkeit der Propagierung und Ausweitung der Idee des Selbstschutzes, der ureigenstes Anliegen jedes Bürgers sein muß, ausgelassen werden.

ABC der Selbsthilfe

Durch Brände verschiedenster Art entstanden 1971 im Bundesgebiet Verluste an Volksvermögen in Höhe von rund 1,7 Milliarden Mark. Nur 30 Prozent aller Brände erschienen unvermeidbar, die übrigen durch leichtsinnige oder fahrlässige Handlungen verursacht. Mit diesen eindrucksvollen Zahlen unterstrich Fachgebietsleiter Freese vor über 70 Damen und Herren im Gemeindesaal in Bremen-Hemelingen die Bedeutung der Bekämpfung von Entstehungsbränden durch Selbsthilfe.

Die Landesstelle Bremen hat dieses Thema „ABC der Selbsthilfe“ für eine Reihe von Vorträgen gewählt, die sie jetzt in allen Tagesstätten vor Mitbürgern, Frauenorganisationen und -verbänden in der Hansestadt hält. Schon der Auftakt in Bremen-Hemelingen bewies das große Interesse, das der Brandbekämpfung mit einfachen Mitteln entgegengebracht wird.

Der Mensch sei auch in der modernen Wohnung von einer Fülle von lauernden Gefahren umgeben, sagte Freese. Es beginne beim Tauchsieder und führe bis zur Bekleidung. Seitdem Kunststoffasern in der Textilindustrie verarbeitet wird, lebe der Mensch geradezu „hautnah gefährlich“. Es genügt ein wenig Zigarettenglut, um Bekleidung aus Chemiefaserstoffen in Brand zu setzen. Gefahr drohe seit „Struwelpeters-Zeiten“ auch von der kindlichen Freude am „Zündeln“.

In der Diskussion, an der sich die Besucher mit großem Eifer beteiligten, wurde vor allem die Frage



Frau Barbara Lange erprobt einen Pulverlöcher.

erörtert, was bei einem Brand in der Wohnung in Selbsthilfe bis zum Eintreffen der Feuerwehr getan werden kann. Landesstellenleiter Umlauf stellte in seinen Ausführungen heraus, daß die Jugend naturgemäß einen größeren Schwung zur Brandbekämpfung mitbringe, dafür verfügen die älteren Jahrgänge über die ebenso notwendige Erfahrung in der Erkenntnis von Gefahrensituationen. Vor Beginn der Veranstaltung hatte Frau Barbara Lange, Leiterin einer Tagesstätte der Inneren Mission, Gelegenheit, im Garten Anwendung und Löschdauer eines Pulverlöschers zu erproben.

Dr.-Ing. Erich Zimmermann zum Gedenken

Der Senior der Bremer BLSV/BVS-Helferschaft, Dr.-Ing. Erich Zimmermann, verstarb im Alter von 91 Jahren. Der ehemalige Marinebaudirektor war ehrenamtlicher Lehrer des Reichsluftschutzbundes. Beim Aufbau des Bundesluftschutzverbandes half er die Ortsstelle Bremen gründen. 1960 wurde ihm die Ehrennadel des BVS verliehen. Durch Verleihung des Bundesverdienstkreuzes I. Klasse im Jahre 1962 wurde seine ehrenamtliche Tätigkeit für den zivilen Bevölkerungsschutz, vor allem seine Lehrtätigkeit im BLSV, gewürdigt.

Mit Dr.-Ing. Zimmermann trat ein überzeugter Ideologe des Zivilschutzes ab, bekannt wegen seiner brillanten Kommentare und seiner treffenden Kritik, gepaart mit realen Empfehlungen. Er vertrat die Aufgaben unseres Verbandes bewußt und zielstrebig in der Öffentlichkeit weit über die Landesstelle Bremen hinaus.

Schüler lernen helfen

Viele Schüler, die vielleicht noch vor einem Jahr hilflose Zeugen eines Unfalls waren, wissen heute viel besser Bescheid, auf welche Sofortmaßnahmen es in solchen Fällen ankommt. Sie wurden durch die Fahrbare Informations- und Beratungsstelle des BVS während der Schulzeit in Informationsvorträgen und Diskussionen darüber aufgeklärt, daß es Sinn hat, sich für Katastrophen aller Art und für den Schutz des Nächsten Kenntnisse zu erwerben. Im letzten Jahr haben sie in ihren Schulen oder in ihrer Freizeit an Erste-Hilfe-Kursen oder an Se-Grundausbildungen teilgenommen, die durch Mitarbeiter des BVS durchgeführt wurden.

In wachsendem Maße zeigen sich auch die Lehrer an dieser Aufgabe interessiert und erwerben die notwendigen Kenntnisse.

In einigen Schulen beabsichtigen die Schulleiter, Selbstschutzübungen durchzuführen. Sie begrüßen es auch, daß viele BVS-Dienststellen die Abgangsklassen im Selbstschutz ausbilden und stellen dafür Schulstunden zur Verfügung.

Informations-Palette 1973

Die Landesstelle Niedersachsen hat Seminare und Ausstellungen geschaffen, die durch das Ansprechen von speziellen Gruppen oder eines gemischt zusammengesetzten Kreises den Mitarbeitern in der Öffentlichkeitsarbeit einen besseren Stand bei ihrer Arbeit verschaffen sollen.

Informationsseminare

Ein Tagesseminar (3 bis 4 Tage): Für Pädagogen, Behördenbedienstete, aufgrund fördernder Erlasse des Kultusministers bzw. des Ministers des Innern; auch für Führungskräfte aus allen Bereichen und für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Der BVS trägt Fahrkosten, Unterkunft, Verpflegung.
Wochenendseminare: Für Führungskräfte und Persönlichkeiten des



Die Rundzeltausstellung „Das Wesen des Selbstschutzes“ wirbt für eigene Schutzmaßnahmen. Gebräuchlich z. B. bei „Tagen der offenen Tür“, Festwochen oder Messen.



Kleiner Ausschnitt aus der Rathausausstellung „Hilfe durch Selbstschutz“. Werbung insbesondere für Teilnahme an der Selbstschutzausbildung, insbesondere dem Selbstschutz-Grundlehrgang.

öffentlichen Lebens, z. B. aus Vereinen, Verbänden, Parteien oder anderen Personengruppen, die innerhalb der Woche nicht an einem Seminar teilnehmen können. Der BVS trägt Fahrkosten, Verpflegung, Unterkunft.

Alle Seminare können bei unterschiedlicher Zielsetzung variabel gestaltet werden. Als Themen sind z. B. möglich:

Die Zivilverteidigung aus der Sicht der Friedensforschung und Konfliktanalyse.

Die Zivilverteidigung im Lagebild heutiger Krisen und Konflikte.

Die Zivilverteidigung als Bestandteil

moderner Gesamtverteidigung. Das militärische Kräfteverhältnis zwischen Warschauer Pakt und NATO. Das Spannungsverhältnis zwischen freiheitlicher Grundordnung und innerer Sicherheit.

Waffenwirkung und Schutzmöglichkeiten.

Der Verteidigungswert unserer Gesellschaft.

Selbstschutz als Aufgabe von Bürger und Staat.

Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes in der Gemeinde.

Der Selbstschutz in Behörden und Betrieben.

Anmeldungen für Seminare nimmt die Landesstelle der BVS jederzeit entgegen. Termine stehen ausreichend zur Wahl.

Ausstellungswesen

Zur Unterstützung der Hauptverwaltungsbeamten hat der BVS Ausstellungen im ständigen Einsatz. Verschieden in Gestaltung und Ausführung werben sie u. a.

1. für die Teilnahme an der Selbstschutzausbildung, insbesondere dem Selbstschutz-Grundlehrgang,
2. für die freiwillige, ehrenamtliche Mitarbeit im Zivilschutz und im Katastrophenschutz,
3. um Verständnis für staatliche Maßnahmen zur Gefahrenvorsorge und Gefahrenabwehr,
4. für eigene Schutzmaßnahmen in Haus und Familie.

Kosten, Vorbereitung, Durchführung übernimmt der BVS im Auftrage des Hauptverwaltungsbeamten, der die Ausstellung vor einem von ihm eingeladenen Personenkreis eröffnet. Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“: Werbung im Sinne o. g. Positionen 1, 3 und 4 in Rathäusern, Sparkassen, Kreisverwaltungen oder ähnlichen Gebäuden mit Publikumsverkehr.

Rathausausstellung „Hilfe durch Selbstschutz“: Wie oben, Werbung insbesondere für Position 1. Ausstellung im Großraumbus „Gefährliche Umwelt“: Werbung für Positionen 1 und 4 auf Marktplätzen, auf Schulhöfen oder bei Veranstaltungen aller Art.

Kunstaussstellung „Der Mensch in der Gefahr“ Zeichnungen des Künstlers Henry Moore von Menschen während der Bombennächte in London. (Keine

Werbung, Förderung des Gefahrenbewußtseins).

Zeltausstellung „Eine Gemeinschaft für die Gemeinschaft“: Werbung für Position 2 und 3 bei Messen und Festen.

Rundzeltausstellung „Das Wesen des Selbstschutzes“: Werbung für die Positionen 1 und 4 bei „Tagen der offenen Tür“, Festwochen oder Messen.

Messestand „Vorsorge in Grün“: Werbung für Vorsorge auf dem Bauernhof (Position 4). Geeignet für Messen im ländlichen Raum.

Klein- oder Schaufensterausstellung „Katastrophen überall“: Für kleine Ausstellungsräume oder Schaufenster. Eine Werbung im Sinne der Positionen 1, 3 und 4.

Ehrennadel für die Post

Wenig bekannt in der Öffentlichkeit wird der Selbstschutz der Deutschen Bundespost (SeDBP) sein. Aber Unbekanntes muß nicht unbedingt unbedeutend sein. Denn die Zahlen, die wir am 7. Dezember während einer schlichten Feierstunde in der BVS-Schule in Voldagsen erfahren konnten, klangen eigentlich sehr beachtlich.

Grund für diese Feier war die Ehrung

der beiden „Motoren“ für den SeDBP in Niedersachsen, Postoberamtmann Heidorn, Bezirksschutzleiter der Oberpostdirektion Hannover, und Postoberamtmann Alper, Bezirks-selbstschutzleiter der Oberpost-direktion Braunschweig. Denn ebenso wie der Selbstschutz der Bevölkerung muß auch der Selbstschutz der Post freiwillig aufgebaut werden. Kein Bediensteter kann zur Teilnahme gezwungen werden. Und damit beginnt auch die Anerkennung für den unermüdlchen Einsatz der beiden Herren für ihren nicht leichten Stand bei Personalmangel und Überlastung in den Postämtern, der es eben nicht selbstverständlich machte, daß der Selbstschutz der Deutschen Bundespost einen Aufbaustand erreicht hat, der für den Selbstschutz der Bevölkerung noch lange unerreichbar bleiben dürfte.

Die Anwesenheit der verantwortlichen Referenten der beiden Oberpost-direktionen, Oberpostdirektor Troll (Hannover) und Oberpostdirektor Wihgrab (Braunschweig), würdigte dabei sicher insbesondere die Tatsache, daß auch im Hause der Oberpostdirektion kein Zweifel darüber herrscht, daß nicht Verfügungen und Erlasse den Selbstschutz endgültig aufgebaut haben, sondern besonders das persönliche Engagement der mit diesen Aufgaben betrauten Herren.

Es sollte uns, die Mitarbeiter des BVS, auch ein wenig stolz machen, daß beide Herren immer wieder betonten, ein wesentlicher Faktor ihres Erfolges sei die Unterstützung

durch den BVS und die Zusammenarbeit mit seinen Ausbildungskräften gewesen: „Wir haben unsere Selbstschutzkräfte geworben, aber Sie sorgen dafür, daß sie auch bleiben.“

Zwei Helfer geehrt

Die Helfer Max Radzio und Heinrich Spörel der Dienststelle Oldenburg des Bundesverbandes für den Selbstschutz wurden anläßlich einer Arbeitstagung an der BVS-Landes-schule in Voldagsen geehrt. Landesstellenleiter Walter Jörn zeichnete sie mit der Ehrennadel des Verbandes aus. Beide Mitarbeiter erhielten diese Auszeichnung für vorbildliche Erfüllung freiwillig übernommener Aufgaben bei der Unterrichtung, Ausbildung und Aufklärung der Bevölkerung im Selbstschutz.



Max Radzio gehört dem Verband seit dem 1. 2. 1952 an und war der erste der von dem damaligen Bezirksstellenleiter Bruno Pranke geworbenen Helfer in Oldenburg. Er arbeitete von 1956 bis 1967

hauptamtlich für den BVS. Nach seiner Pensionierung stellte er seine Kraft weiterhin als Selbstschutzlehrer und Filmvorführer zur Verfügung. Trotz Ausfalls hauptamtlicher Kräfte durch Tod und Verkehrsunfall wurde die Ausbildungsleistung der Dienststelle Oldenburg durch seinen Einsatz im vergangenen Jahr noch gesteigert.



Heinrich Spörel gehört dem Verband seit 1967 an. Zuvor war er bis zu seiner Pensionierung Leiter des Regionalen Aufstellungsstabes des Luftschutzdienstes für

Oldenburg und Ostfriesland. Unter oft schwierigen Bedingungen hat Spörel im gesamten Verwaltungsbezirk Oldenburg, an Schulen und auf Übungsplätzen zahlreiche Selbstschutz-Grundausbildungen und Selbstschutz-Fachlehrgänge durchgeführt.



Feierstunde in Voldagsen. V. r.: Landesstellenleiter Jörn, Postoberamtmann Alpers, die Oberpostdirektoren Troll und Wihgrab, BVS-Fachgebietsleiter Schneider und Postoberamtmann Heidorn.

BVS-Stand in der Gruga

Anlässlich der Rennwagenschau (Jochen-Rindt-Schau) in den Ausstellungshallen der Essener Gruga belegte der „Erweiterte Katastrophenschutz“ der Stadt Essen einen sehr günstigen Platz in Halle 7.

reger Publikumsverkehr und großes Interesse der Besucher auch für die Belange der „Zivilen Verteidigung“ festgestellt werden. In Halle 10 hatte die Bundeswehr eine Ausstellung von Waffen und Gerät mit insgesamt 90 technischen Vorführungen eingerichtet.



Der Informationsstand des BVS hatte seinen Platz bei der Schau „Katastrophenschutz Stadt Essen“.

Zwischen chromblitzenden Sportwagen und PS-starken Rennwagen waren die olivgrünen Fahrzeuge des Katastrophenschutzes Blickfang und Angelpunkt. Die günstige Lage veranlaßte eine große Anzahl der insgesamt 148 700 Besucher der Rennwagenschau, auch einen Blick auf die Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände des Katastrophenschutzes zu werfen.

Am Hauptzugangsweg zu dem gegenüberliegenden Restaurant verteilten Helfer an einem Informationsstand fleißig Informationsschriften und Einladungskarten zur Teilnahme an Veranstaltungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Auf diese Art und Weise wurde der Bürger mit wirkungsvollem Werbematerial auf die Notwendigkeit durchzuführender Selbstschutzmaßnahmen hingewiesen und auch mit den bereits bestehenden Einrichtungen und Einheiten des „Erweiterten Katastrophenschutzes“ der Stadt Essen bekannt gemacht. Während der zehn Tage dauernden Ausstellung konnten ein überaus

Wenn der BVS auch nur mit einem Informationsstand vertreten war, so haben die eingesetzten Mitarbeiter und Helfer doch entscheidend dazu beigetragen, die Notwendigkeit durchzuführender Maßnahmen des Selbstschutzes und des „Erweiterten Katastrophenschutzes“ einer Vielzahl von Besuchern näherzubringen. Hier wurde mit einem geringen Aufwand ein relativ großer Werbeerfolg registriert.

Erfolgreicher Test

In einem Informationsvortrag der Dienststelle Dortmund bei der Firma Opländer GmbH wurde u. a. über das Gesetz zur Erweiterung des Katastrophenschutzes gesprochen. Die leitenden Herren standen dem Selbstschutz positiv gegenüber, konnten sich jedoch keine konkrete

Vorstellung von einem Grundlehrgang machen. Für 12 Stunden drückten sie darum selbst wieder die „Schulbank“. Nach Beendigung des Lehrgangs waren sich alle Beteiligten einig, daß die Unterrichtung der Werksangehörigen sinnvoll und notwendig sei. Auf Empfehlung der leitenden Herren der Firma konnte die Dienststelle bereits über 100 Personen zur Teilnahme an einem Selbstschutzlehrgang vormerken.

Wenn's im Bataillon brennt

Die Dienststelle Siegburg führte, vertreten durch die Mitarbeiter Friedrichs und Dziendziol, bei der Bundeswehr einen Brandschutzlehrgang durch. Die Verantwortung über die Soldaten hatte Leutnant Sperber. Der Ablauf dieses Fachlehrgangs wurde von Unteroffizier Hanes, einem Teilnehmer, wie folgt geschildert:

„Für fünf Tage war ein reichhaltiges Programm angesetzt. Es ist einleuchtend, daß bei eventuellen Bränden auch Menschenleben gefährdet sein können. Daher stellte man an den Anfang Maßnahmen der Ersten Hilfe. Gleich am Montagmorgen zeigte man uns einen Lehrfilm über lebensrettende Sofortmaßnahmen. Einem der Kameraden wurde dabei übel, so daß wir an ihm gleich die eben erworbenen Kenntnisse ausprobieren konnten.

Um einen Brand erfolgreich bekämpfen zu können, muß man die zur Brandbekämpfung notwendigen Geräte genau kennen. So übten wir die Handhabung der Tragkraftspritze und ihres Zubehörs, bis uns alles in Fleisch und Blut überging. Am 4. Lehrgangstag konnte man sein theoretisches Wissen in einer schriftlichen Prüfung beweisen. Zum Abschluß kam dann die große Bewährungsprobe, bei der auch Major Stahl anwesend war. Zunächst war ein brennendes Holzhaus zu löschen. Schnell war man mit zwei C- und einem B-Strahlrohr zur Stelle und hatte damit den Brand rasch unter Kontrolle. Zwei

brennende Personenwagen waren mit Schaumlöschern zu retten. Da auch diese Aufgabe schnell gelöst war, konnte der Brandschutzlehrgang mit zufriedener Miene des vertr. Btl.-Kdr's zu Ende geführt werden. Allen Soldaten wurden Bescheinigungen über den absolvierten Lehrgang ausgeschrieben.

Der Lehrgang war für alle Beteiligten sehr erfolgreich und interessant. Er ist jedoch „für die Katz“, wenn nicht wenigstens zwei- oder dreimal im Jahr Übungseinsätze durchgeführt werden, um die erworbenen Kenntnisse frischzuhalten.“

Info-Tagung in Körtlinghausen

Die BVS-Schule auf Schloß Körtlinghausen führte eine Info-Tagung für Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen durch. Eingeladen hatte Regierungspräsident Schlensker (Arnsberg) zusammen mit Oberst Brüning (VBK Arnsberg) und der BVS. Der Sinn dieser Veranstaltung war, den Lehrkräften die Probleme und Möglichkeiten der Gesamtverteidigung unter besonderer Hervorhebung der Zivilverteidigung nahezubringen. Nach der Begrüßung durch den Regierungspräsidenten, Generalmajor Dr. Roos (WBK III Düsseldorf) sowie Schulleiter Awisus wurde von Oberstleutnant Kuhn die militärische Lage in Mitteleuropa aus der Sicht der NATO dargestellt. In der sich anschließenden Diskussion wurde den Teilnehmern die Problematik der militärischen Verteidigung im europäischen Raum klar.

Auf dieser Erkenntnis aufbauend, wurde durch den Schulleiter die Notwendigkeit des Selbstschutzes im Rahmen der zivilen Verteidigung erläutert. Die sich anschließenden Demonstrationen von Selbstschutzmöglichkeiten machten den Teilnehmern augenscheinlich die Berechtigung von Selbstschutzmaßnahmen klar. Dieser erste Tag wurde durch viele Gespräche mit den Referenten abgerundet. Der nächste Tag war für einen Besuch bei der Truppe vorgesehen. Bei einer Panzer- und einer Artillerieeinheit konnten die Gäste sich das Gerät ansehen und an der normalen Truppenausbildung teilnehmen. Die Soldaten standen zu Gesprächen (ohne ihre Vorgesetzten) bereit.

Am letzten Tag der Info-Veranstaltung wurde in einer Podiumsdiskussion zwischen Bundeswehr und BVS noch einmal die Situation auf dem Gebiet der Gesamtverteidigung herausgearbeitet. Bei einem Rückblick auf die Tagung kann festgestellt werden, daß alle Beteiligten mit dem Gebotenen sehr zufrieden waren. Es bestand der Wunsch, zusammen mit dem BVS an einigen Gymnasien freiwillige Arbeitsgemeinschaften „Zivilverteidigung“ einzurichten.

Bilanz 1972

Um den Dienststellen ein gleichmäßig ausgerichtetes Arbeitsprogramm mit bestimmter Zielsetzung anzubieten, führte die Landesstelle Anfang vergangenen Jahres für die hauptamtlichen Dienststellenleiter und Facharbeiter sowie für die ehrenamtlichen Dienststellenleiter Arbeitsseminare durch. Im Mittelpunkt stand die VwV-Selbstschutz, wobei jene Abschnitte besonders eingehend Berücksichtigung fanden, in denen die Aufgaben und Tätigkeiten des BVS festgelegt sind. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden den Dienststellen Empfehlungen gegeben, ihre Arbeit vornehmlich auf folgende wichtige Bereiche auszurichten:

- a) Politische Parteien und parteigebundene Einrichtungen einschließlich Gewerkschaften,
- b) Institutionen und Einrichtungen mit unterschiedlicher Zielsetzung im vorpolitischen Raum,
- c) Aktivierung der Kontakte zur örtlichen Presse,
- d) Informationstagungen und -seminare an der BVS-Schule unter Federführung der Landesstelle mit Unterstützung der Dienststellen,
- e) Beteiligung an Wirtschaftsmessen von Industrie, Handel und Handwerk, an „Tagen der offenen Tür“ und anderen sich bietenden Gelegenheiten,
- f) Fortführung der begonnenen Arbeit bei der Gewinnung der Frau für den Gedanken des Selbstschutzes. In Arbeitsgruppen wurden Leitlinien entwickelt, die den Dienststellen als Arbeitshilfe dienen sollten. Es hat sich gezeigt, daß gerade solche Arbeitshilfen, entwickelt aus langjährigen Erfahrungen, für die Dienststellen von beträchtlichem Wert sind. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Landesstelle zwei weitere Arbeitstagungen durch-

geführt, an deren Abschluß jeweils schriftlich formulierte Arbeitsempfehlungen standen, die allen Dienststellen zugeleitet wurden. Das große Interesse der Dienststellen, sich an Messen von Industrie, Handel und Handwerk und anderen Veranstaltungen von Gewicht innerhalb ihrer Gemeinde zu beteiligen, war für die Landesstelle Anlaß, eine Arbeitstagung „Öffentlichkeitsarbeit“ mit alleinigen Schwerpunkt „Ausstellungen“ anzusetzen.

Ein weiterer Anlaß zur Durchführung einer Arbeitstagung „Öffentlichkeitsarbeit“ war die Herausgabe des „Weißbuches zur zivilen Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland“ Ende Mai 1972, da dem BVS als einzige Institution die Aufgabe zufiel, die Öffentlichkeit über die im Rahmen der zivilen Verteidigung getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen zu informieren.

In welchem Umfang wurden nun die gegebenen Arbeitsempfehlungen von den Dienststellen in die Tat umgesetzt? Vorab einige kleine, aber wesentliche Hinweise: Die hauptamtlich besetzten Dienststellen sind äußerst knapp besetzt. Ausfälle durch Krankheit können die Arbeit einer Dienststelle erheblich beeinträchtigen; nur ein geringer Teil der Dienststellen verfügt über ehrenamtliche Mitarbeiter, die tagsüber eingesetzt werden können; neben der Öffentlichkeitsarbeit verlangt der Sektor „Ausbildung“ seinen Anteil an Arbeitskraft und Arbeitsstunden einer Dienststelle; von ehrenamtlich besetzten Dienststellen können nur begrenzte Leistungen erwartet werden.

Die Landesstelle ist mit den Leistungen außerordentlich zufrieden. In vielen Fällen wurde die äußerste Grenze erreicht.

Die für das Jahr 1972 ausgewiesene Zahl von 3038 Vortragsveranstaltungen darf unter der Berücksichtigung der in den Vorbemerkungen gegebene Hinweis von der Zahl her als recht beachtlich angesehen werden. Von diesen Veranstaltungen fanden statt: 1920 in Schulen (Abschlußklassen Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Berufs- und Berufsfachschule); 280 vor Organisationen und Verbänden; 482 in Behörden und Betrieben; 353 vor der Bevölkerung aufgrund von Plakaten, Veröffentlichungen in der Presse und ausgegebenen Handzetteln; 3 vor Mitgliedern von Parteien.

Die Bemühungen um die Gewinnung der Frau für den Gedanken des

Selbstschutzes haben die Dienststellen auch im Jahr 1972 fortgesetzt. Erfreulich bleibt festzustellen, daß die von der früheren hauptamtlichen Mitarbeiterin an der Landesstelle, Frau Thiele, auf Informations-tagungen geschaffene Kontakte fortgeführt und vertieft wurden, und die von ihr gegebenen Anregungen und Empfehlungen bei vielen Dienststellen noch nachwirken. Die Frauenverbände sind aufgrund der in Körtlinghausen gemachten guten Erfahrungen wiederholt an die Dienststellen und an die Landesstelle herangetreten mit der Bitte, sie für weitere Informationstagungen vorzumerken, da sie neue Personenkreise für den Gedanken der Selbsthilfe gewonnen hätten. Informationstagungen und Informationsseminare an der BVS-Schule oder auf Orts- und Kreisebene standen ebenfalls in ausreichender Zahl auf dem Arbeitsprogramm. In beachtlichem Umfang wurden Seminare für Behördenselbstschutzleiter oder deren Vertreter von Stadt

und Kreis durchgeführt. Zentrales Thema war hier die VwV Selbstschutz. Das Innenministerium NRW war immer bereit, von der zuständigen Abteilung einen Gastreferenten zu entsenden. Dies war auch sinnvoll, da nur von hier aus verbindliche Auskünfte zu Sach- und Fachfragen gegeben werden konnten.

Insgesamt wurden an der BVS-Schule 13 Informationstagungen und -seminare mit etwa 400 Teilnehmern durchgeführt. Hinzu kommen eine Reihe von Informationstagungen auf Orts- und Kreisebene. Die Kontakte zur Presse wurden entsprechend der Empfehlung der Landesstelle in verstärktem Umfang gepflegt. Halbjährige Leistungsberichte, die Herausgabe des Weißbuches sowie Sonderveranstaltungen der Dienststellen boten sich an, die örtliche Presse zu informieren. Die Redaktionen haben die Berichte gern aufgenommen und ausnahmslos positiv über das Wirken des Verbandes in der Gemeinde berichtet.

Das Ausstellungsprogramm der Landesstelle begann mit dem Einsatz bei der Henry-Moore-Ausstellung im Foyer des Stadttheaters in Oberhausen im Januar und endete Ende Dezember in Münster mit dem Einsatz der Tafelausstellung der Bundeshauptstelle „Der Mensch in der Katastrophe“. Dazwischen lag die Beteiligung des BVS an Messen von Industrie, Handel und Handwerk. Besonders zu erwähnen ist der Einsatz der Sonderschau der Bundeshauptstelle „Rund um den Katastrophenschutz“ in Wuppertal, die von Bundesinnenminister Genscher eröffnet wurde.

Im Geschäftsjahr 1972 sprach Prof. Dr. Bühl (Karlsruhe) in 43 Vortragsveranstaltungen in 27 Orten speziell vor Landtags- und Kreistagsabgeordneten, Ratsmitgliedern kommunaler Gemeinden, Schulleitern und Lehrerkollegien, Professoren und Chefärzten von Krankenanstalten, vor Behörden und Betrieben sowie vor Dozenten und Studierenden von Fachhochschulen.

RHEINLAND~PFALZ



BVS beim „Tag der offenen Tür“ dabei

Zum Tag der offenen Tür anlässlich des Jubiläums der Feuerwehr von Zweibrücken betonte Stadtamtmann Karl Höhn, daß die Zusammenarbeit aller Organisationen in Zweibrücken, deren Ziel die Hilfe in Not ist, in den letzten Jahren hervorragend gewesen sei. Dies gelte für das Technische Hilfswerk, den Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz, die Wasserwacht und die Rettungshundestaffel ebenso wie für den Bundesverband für den Selbstschutz. Alle hätten ihr Teil zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen, ob bei der Ausstellung im Saal des Feuerwehrhauses oder der Schauübung auf dem Exerzierplatz.

Oberbürgermeister Dr. Fichtner ließ sich von den BVS-Helfern ebenfalls eingehend beraten. Dem Selbstschutz, der Notbevorratung und dem Schutzraumbau galt sein besonderes Interesse. Er meinte abschließend, es sei bedauerlich, daß die Baumeister und Architekten des Zweibrücker Raumes so wenig über den Schutzbau wüßten. Er wünschte eine baldige Information und Aufklärung der Architekten

und Baumeister durch einen Bauberater des BVS.

Am Abend kamen Helferinnen und Helfer aller Organisationen und ein ansehnlicher Teil der Zweibrücker Bevölkerung zu einem großen Abschlußball in der Festhalle zusammen. Ein großes Tanzorchester der Feuerwehr und eine Tanz- und Gesangsgruppe sorgten für die Unterhaltung.

Mitarbeiter im Selbstschutz geehrt

Ein herzliches „Dankeschön“ sagte der Oberbürgermeister von Neustadt an der Weinstraße, Dr. Brix, vier Männern, die seit 1956 im Bundesverband für den Selbstschutz ehrenamtliche Arbeit in der Information und Ausbildung leisten und dafür mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet wurden: Fritz Renner und Hans Preßmann (Neustadt) sowie Fritz Scherer und Hilmar Schurig (Bad Dürkheim). Hier würden Bürger geehrt, „die neben ihrem Beruf, neben Familie und Privatleben sich für die Allgemeinheit einsetzen“, sagte der Oberbürgermeister in einer

kleinen Feierstunde im Rathaus. Das sei heute durchaus keine Selbstverständlichkeit. Wer darüber spottete, kenne den Notfall nicht. Die vier Helfer erhielten die Ehrennadel in Würdigung der um den zivilen Bevölkerungsschutz erworbenen Verdienste und als Dank für die Mithilfe bei der Erfüllung der dem Bundesverband für den Selbstschutz gestellten Aufgaben, wie es im Urkundentext heißt. Fritz Renner und Hans Preßmann sind BVS-Fachbearbeiter, Scherer ist BVS-Lehrer und Schurig BVS-Beauftragter für Bad Dürkheim und BVS-Lehrer.

Landesstellenleiter Heinz Kunde sagte in seinen Dankesworten an die Ehrenzeichenträger: „Wer es weiß, unter welchen Umständen unsere Mitarbeiter arbeiten müssen, um alle Aufgaben zu erfüllen, die unserem Verband gestellt sind, kann unser besonderes Hochgefühl verstehen, wenn vier Helfer mit dieser Auszeichnung bedacht werden.“

Zum Abschluß erklärte Fritz Renner, auch im Namen seiner Kollegen, daß sie nach wie vor mit besten Kräften zum Wohle der Gemeinschaft tätig sein wollen.

Umfassende Aufklärung

Die BVS-Dienststelle Fulda hatte ins Propsteihaus Petersberg zu einer ganztägigen Tagung eingeladen, an der Vertreter von Betrieben, Behörden und Schulen der Bezirke Fulda und Hünfeld teilnahmen. Der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle, Heinz Baumgart, unterstrich die Bedeutung der Verbandsarbeit für die Zivilbevölkerung, die umfassend aufgeklärt und unterwiesen werden müsse. Es gelte, das in der breiten Öffentlichkeit mangelnde Interesse für Fragen des Selbstschutzes zu wecken und möglichst viele Menschen zu überzeugen, daß es nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse liege, über selbstschutzmäßiges Verhalten und Maßnahmen bei Unglücksfällen, Katastrophen und allgemeinen Notzeiten unterrichtet zu sein. Zu Fragen des Schutzraumbaues nahm Bauberater Karl Heinz Leuchtmann Stellung. In der Zivilverteidigung sei der Schutzraumbau das Primäre, aber nach dem Gesetz eine freiwillige Angelegenheit der Bevölkerung. Deren Interesse für den privaten Schutzraumbau sei bedauerlicherweise sehr gering, obwohl solche Bauvorhaben vom Bund finanziell unterstützt würden. Es sei unverständlich, daß die für diesen Zweck bereitgestellten staatlichen Mittel nicht voll ausgeschöpft würden.

Über Aufklärungs- und Unterweisungsveranstaltungen wurden die Tagungsteilnehmer von Ingeborg Piehl von der BVS-Dienststelle Fulda unterrichtet. Sie sprach auch über Lebensmittelbevorratung für den Katastrophen- und Verteidigungsfall und appellierte besonders an die Frauen, sich in selbstschutzmäßigem Verhalten, schon im Interesse der eigenen Familie, ausbilden zu lassen.

Mehr als 100 Lehrgänge

Die BVS-Dienststelle Darmstadt kann auf ein arbeitsreiches Jahr 1972 zurückblicken. Erstmals wurden mehr als 100 Lehrgangsvorstellungen

durchgeführt. In ihnen wurden 1802 Teilnehmer in selbstschutzmäßigem Verhalten ausgebildet. An weiteren 61 Aufklärungsveranstaltungen nahmen 1850 Personen teil. Auf der Ausstellung „DIHAGA 72“ war die Dienststelle mit einem eigenen Ausstellungsstand vertreten, an dem 16 000 Besucher gezählt wurden, die sich über die Aufgaben des BVS unterrichteten.

Die Dienststelle unterhält auch im Bau-Musterhaus eine ständige Ausstellung „Zivilschutz heute“, in der sich auch eine Multivisionswand und ein Musterschutzraum befinden. Die Ausstellung wurde bisher von 6000 Interessenten besucht. Für das Jahr 1973 hat die Dienststelle Darmstadt wieder eine große Lehrgangsfolge anzubieten, um weitesten Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit zur Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet des Selbstschutzes zu geben.

Jahresabschluß in Groß Gerau

Wie immer ist in der Dienststelle Groß-Gerau die letzte Arbeitsgemeinschaft im Jahr der Rückschau gewidmet und endet mit einem gemütlichen Beisammensein. Die Leistung der ehrenamtlich besetzten Dienststelle kann sich 1972 sehen lassen: 24 Grundausbildungen mit 581 Teilnehmern und 6 Sonderlehrgänge mit 74 Teilnehmern wurden durchgeführt sowie 35 Aufklärungsveranstaltungen mit 839 Teilnehmern. Diese Leistung wurde in 17 Arbeitsgemeinschaften zusammen mit der Dienststelle Rüsselsheim mit 107 Teilnehmern geplant und vorbereitet. Es gab also für jeden genug zu tun. Dienststellenleiter Rühl konnte Fachgebietsleiter Baumgart begrüßen, der die Grüße des Landesstellenleiters überbrachte. Beim gemütlichen Teil waren der Bürgermeister der Kreisstadt, der 1. Beigeordnete des Landkreises und Vertreter der Organisationen anwesend. Alle überbrachten Grüße und wünschten weiter gute Zusammenarbeit für das Jahr 1973. Bei Musik und guter Laune fand der Abend einen guten Abschluß.

Verwaltungsbedienstete informiert

Bedienstete der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen aus dem Landkreis Wetterau wurden in einer zweitägigen Informationstagung des BVS über Fragen des Selbstschutzes informiert. Der Leiter der BVS-Dienststelle Friedberg, Aloys Wagner, leitete die Tagung, auf der folgende Themen behandelt wurden: „Die Wirkungen moderner Angriffswaffen und ihre Gefahren für die Zivilbevölkerung“, „Aufgaben und Ziele der zivilen Verteidigung“, „Die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung im Verteidigungsfall“, „Die Aufgaben des Zivilschutzes im Rahmen der zivilen Verteidigung“, „Die Aufgaben der Gemeinden bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes“, „Wesen und Aufgaben des Selbstschutzes.“ Ferner wurde der Film „Die Antwort“ gezeigt und der Ablauf eines Selbstschutzgrundlehrganges demonstriert.

Die Beamten und Angestellten, die an dieser Informationstagung teilnahmen, erfuhren, welche Vorstellungen der Gesetzgeber entwickelt und gesetzlich verankert hat, um für die Zivilbevölkerung einen höchstmöglichen Schutz in Katastrophenfällen sicherzustellen.

Dienstjubiläum

Landesstellenleiter Ernst Heldmann überreichte im Auftrag der Bundeshauptstelle dem hauptamtlich Bediensteten der Landesstelle Hessen, Werner Schmitt, die Urkunde für 25jährige Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst. Im Jahre 1955 trat er bei der Landesstelle ein und leitet seit dem Jahre 1962 als Fachgebietsleiter die Geschäfte des Fachgebietes II 1 (Organisation und Helferbetreuung). Sein umfangreiches Fachwissen und seine verbindliche menschliche Art haben ihm unter seinen Kollegen und vor allem auch in dem großen Kreis der ehrenamtlichen Helfer viele Freunde gebracht, die seinen Rat und seine Hilfsbereitschaft zu schätzen wissen.

Lehrgang am Seenforschungs-Institut

Die Angehörigen des Staatl. Instituts für Seenforschung und Seenbewirtschaftung, Abt. Eugen-Kauffmann-Institut, in Langenargen am Bodensee, nahmen fast vollzählig an einem Lehrgang des BVS teil. Besonderen Anklang fand das Thema „Brand-schutz im Selbstschutz“, und so wollte man am Strand des Bodensees zum Abschluß des Lehrgangs eine Lösch-übung durchführen. Leider war uns an diesem Tag das Wetter nicht hold, so daß wir versprechen mußten, zu einem anderen Zeitpunkt eine Löschübung nachzuholen.

550 Schüler unterwiesen

Im November und im Dezember wurden in Baden-Baden durch die Fahrbare BVS-Ausbildungsstätte Karlsruhe von den Fachlehrern Tietz

und Berger sowie durch die Fahrbare BVS-Schule I des Landes Baden-Württemberg von den Fachlehrern Nies, Kalwa und Gerwinka weitere 15 Schulklassen in 7 Lehranstalten in Selbsthilfe unterrichtet.

Durch die Aufgeschlossenheit des Stadtschulamtes sowie der Rektoren der einzelnen Schulen wurde es ermöglicht, daß je eine 9. Klasse der Hauptschule Oos, Hindenburgschule, Klosterschule Lichtental, zwei Klassen Theodor-Heuss-Schule, drei Klassen Realschule, vier Klassen der Klosterschule vom Hl. Grab und erstmals die Hauptschule Steinbach mit drei Klassen an dieser Aktion teilnehmen konnten.

Es versteht sich von selbst, daß die von der BVS-Dienststelle sorgfältig vorbereitete Unterrichtung wie im vergangenen Jahr ein Erfolg war.

Wenn man sich die Zahl der Verkehrstoten und -verletzten auf

unseren Straßen vor Augen hält, so kommt man zu der Überzeugung, daß jeder einzelne von uns nicht genug von Selbsthilfemaßnahmen wissen kann. Um so mehr ist im Hinblick auf diese Tatsache zu bewerten, daß einige Hundert junge Menschen der Stadt mit Selbsthilfe-praktiken vertraut gemacht werden konnten, die dann sich selbst und ihren Mitmenschen in der Stunde der Not helfen können.

Die gemeinnützige Arbeit 1972 der BVS-Dienststellen in ihrem Bemühen, den Mitbürgern Selbsthilfe-Kenntnisse zu vermitteln, drückt sich in folgenden Zahlen aus: Es konnten 22 Grund-Lehrgänge mit 551 Teilnehmern und je 2 Fach-Lehrgänge „ABC-Schutz“ und „Sanitätsdienst“ (16 bzw. 20 Stunden) mit 36 und 33 Teilnehmern durchgeführt werden. Die Gesamtteilnehmerzahl betrug somit bei 26 Lehrgängen insgesamt 620 Personen.

Bayern

Brandschutz bei der Post

Wer der Meinung sein sollte, daß die Damen und Herren der Bundespost nur in der Lage seien, z. B. Briefe und Pakete zu versenden, der wurde eines besseren belehrt, als die Betriebsangehörigen des Postamtes Bad Kissingen nach einer Unterweisung auf dem Gebiet des Brandschutzes das erworbene Wissen und Können eindrucksvoll unter Beweis stellten.

Planspiel „Schnelle Flut“

Ein funktionierender Katastrophenschutz setzt eine stete Einsatzbereitschaft der einschlägigen Organisationen voraus. Um diese Einsatzbereitschaft sicherzustellen, müssen in regelmäßigen Abständen Übungen durchgeführt werden, die auf Katastrophen der verschiedensten Art abgestellt werden.

Bei einem Planspiel „Schnelle Flut“,

das vom Verteidigungsbezirkskommando 62 Regensburg in Pfreimd durchgeführt wurde, nahm man an, daß die Pfreimdtalsperre am „Tage X“ von Saboteuren gesprengt und ein weiter Landstrich dadurch überflutet worden sei. Bei der Überlegung, welche Hilfsmaßnahmen in diesem Falle von den in Frage kommenden Organisationen, in letzter Instanz auch vom Bundesgrenzschutz und der Bundeswehr ergriffen werden können, wurde auch der Einsatz von Selbstschutzkräften erörtert.

Anerkennung für den BVS

Kontaktfreudigkeit und gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Behörden, Ämtern, Verbänden und Organisationen bilden die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Dies haben die Dienststellen des BVS in Bayern im Laufe der Jahre immer wieder bewiesen, nicht zuletzt die BVS-Dienststelle Aschaffenburg, deren Leistungen auf dem Gebiete der Öffentlichkeitsarbeit wie der Ausbildung für sich sprechen. Als die Kreisgruppe Aschaffenburg des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr ihr letztes Biwak des vergangenen Jahres veranstaltete, war dazu traditionsgemäß auch die BVS-Dienststelle Aschaffenburg eingeladen, vertreten durch Dienststellenleiter Sommer. Im Rahmen einer kleinen Feier am Lagerfeuer erhielt Josef Sommer aus der Hand des Vorsitzenden eine Ehrenurkunde, in der es heißt, daß er sich durch besonders aktive Mitarbeit bei den Veranstaltungen der Kreisgruppe, insbesondere bei der Ausbildung im Selbstschutz, Verdienste erworben habe. Die Dienststelle Aschaffenburg darf in dieser Anerkennung ihrer Arbeit ein Stück Öffentlichkeitsarbeit sehen, zumal dieser Feier nicht nur Gäste, sondern auch Pressevertreter beiwohnten.



Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen

Am 19. Dezember überreichte der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul

Landesbehörden vorangetrieben. Trotz zeitweiliger gesundheitlicher Schwierigkeiten hat er sich stets für die Belange des THW in Rheinland-Pfalz und speziell für das Wohl der ihm anvertrauten Helfer voll und ganz eingesetzt.

Er war Inhaber des THW-Helferzeichens in Gold und in Gold mit Kranz. Der OV verliert in ihm einen guten Kameraden und einen zuverlässigen Helfer.

Ortsverband Miesbach

*



Der Präsident des BzB, Dr. Kolb, beglückwünscht Dipl.-Ing. Sulitze.

Wilhelm Kolb, dem früheren Landesbeauftragten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Rheinland-Pfalz, Dipl.-Ing. Herbert Sulitze, das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande.

Seit Helmut Sulitze am 1. 6. 1966 Landesbeauftragter des LV VII wurde, hat er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für den weiteren Aufbau des THW in Rheinland-Pfalz eingesetzt. So kam es in dieser Zeit zur Gründung mehrerer neuer Ortsverbände sowie Schaffung neuer Unterkünfte. Daß die Musterplanung für THW-Unterkünfte in Fertigbauweise in Zusammenarbeit mit den zuständigen Baubehörden im Bereich des LV VII durchgeführt wird, ist wesentlich auf seine persönliche Initiative zurückzuführen. Weiterhin hat sich Sulitze sehr stark beim Aufbau des im Raum Germersheim stationierten THW-Hochwasser-Alarmzuges engagiert, der sich schon bei verschiedenen Hochwassereinsätzen hervorragend bewährt hat.

Nach Erlass des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes hat er die Überleitung des LSHD und die Einordnung der LS-Bergungseinheiten durch Verhandlungen mit den zuständigen

Nachruf

Der Ortsverband Rosenheim trauert um den Helfer

Martin Hölldobler,

der im Alter von 63 Jahren nach kurzer Krankheit starb. Hölldobler war seit Gründung des Ortsverbandes Rosenheim als Helfer und Gruppenführer tätig. Vor dem 2. Weltkrieg war er bereits jahrelang bei der Technischen Nothilfe und den jungen Helfern ein gutes Vorbild. Hölldobler war Inhaber des THW-Helferzeichens in Gold. Der OV Rosenheim verliert in ihm einen stets hilfsbereiten und einsatzfreudigen Helfer.

Ortsverband Rosenheim

*

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied im Alter von 75 Jahren

Philipp Zarusky

vom OV Miesbach. Zarusky hat seit seiner Zugehörigkeit zum OV Miesbach die Verwaltungsgeschäfte in vorbildlicher Weise geführt. Sein Eintritt beim OV Miesbach erfolgte am 25. 1. 1957. Bei den Helfern war er beliebt und wegen seiner steten Einsatzbereitschaft Vorbild zugleich.

Das Technische Hilfswerk trauert um den Ortsbeauftragten des Ortsverbandes Traunstein,

Eugen Bürk.

Eugen Bürk war ein hervorragender Vorgesetzter und Kamerad, der sich jederzeit für die Belange des THW eingesetzt hat.

Neben seinen fachlichen Eigenschaften sind sein offener und lauterer Charakter und die Fähigkeit, sich mit den Jugendlichen besonders gut zu verstehen, zu erwähnen.

Er war Inhaber des THW-Helferzeichens in Gold und in Gold mit Kranz.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Ortsverband Traunstein

*

Durch einen tragischen Verkehrsunfall verloren wir am Morgen des 17. Dezember unseren Kameraden

Jürgen Laas

im Alter von 22 Jahren. Der OV Bad Homburg sowie der OV Mellrichstadt, bei dem der Verstorbene berufsbedingt über ein Jahr tätig war, verlieren in ihm einen guten Kameraden, dessen Andenken sie stets in Ehren halten werden.

Ortsverband Bad Homburg

*

Noch viel zu jung, im Alter von 29 Jahren, verstarb unerwartet an Herzversagen unser Kollege und Gruppenführer, der Fernmelder

Rolf Küstermann.

Wir verlieren in ihm einen Helfer, der pflichtbewußt jederzeit dem OV Grünberg zur Verfügung stand und überall beliebt war.

Ortsverband Grünberg



Bergungs- und Instandsetzungsdienste in der Bewährung

Der 13. November 1972 forderte von den THW-Männern Hamburgs schnelle Entschlüsse. Noch bis 10 Uhr schien es, als ob der Sturm, der zu dieser Zeit schon einige Stunden über Niedersachsen tobte, den nördlichen Bereich



So wirkte der Orkan in der Gustav-Falke-Straße. Das umgestürzte Gerüst begrub zwei parkende Personenwagen. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Deutschlands nicht erfassen würde. Doch schon 10.30 Uhr fegte der Orkan über Hamburg hinweg. Von dieser Zeit an gingen bei der Feuerwehr-Einsatzleitung (FEL) pausenlos Hilfsersuchen ein. Zunächst konnte man mit den Zügen der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr die erforderlichen Einsätze selbst bewältigen. Gegen 11 Uhr aber wurden die Anforderungen so zahlreich, daß der Einsatz zusätzlicher Kräfte veranlaßt werden mußte. Kräfte des THW wurden von der FEL angefordert, Helfer aller Hilfsorganisationen über den Rundfunk aufgefordert, sich zu ihren Standorten zu begeben. Der LV alarmierte zunächst drei, später weitere drei der insgesamt sieben BV. Gefordert waren kleinere, bewegliche Gruppen, die sich auf ständig wachsende Schadensfälle einstellen mußten. Noch während in den BV die Alarmierung lief, wurden von der FEL die ersten Einsatzaufträge an das THW gegeben. Etwa 75 Minuten nach der Alarmierung konnte die erste Gruppe zum Einsatz rausfahren. Jede Gruppe fuhr mit drei bis fünf Einzelaufträgen hinaus, erledigte diese und meldete sich dann bei der zuständigen regionalen Leitstelle der Feuerwehr. Weitere Einsätze wurden von den

zuständigen Leitstellen übermittelt. Bäume mußten beseitigt werden, Plakatwände waren zu räumen, teilabgetragene Dächer wurden gesichert, immer wieder lose Dachziegel wegen ihrer Verkehrsgefährdung abgeräumt. Ob es nun losgerissene Leuchtreklamen an Geschäftshäusern waren oder



THW-Männer ziehen neue Leitungen in Bendestorf (Landkreis Harburg).

eingestürzte Baugerüste, immer wieder erforderten die neuen Situationen entsprechendes Handeln. Insgesamt waren an diesem 13. November 211 Helfer mit 28 Fahrzeugen im Einsatz, zum Teil von 11 Uhr bis eine Stunde nach Mitternacht. 2 115 Einsatzstunden wurden abschließend gemeldet. Am 14. 11. kam ein Hilfsersuchen aus dem benachbarten Landkreis in Niedersachsen. Dort waren noch einige Dörfer ohne Stromversorgung. Die Betriebsstellen der Überlandwerke konnten dieses Ausmaß von zerstörten Versorgungsleitungen nicht alleine beseitigen. THW-Helfer der OV Niedersachsen waren bereits im Einsatz. Zur Wiederherstellung zerstörter Niederspannungsleitungen wurden

einige Fachgruppen angefordert. Vom 15. bis 17. 11. waren 25 Helfer aus fünf BV im Versorgungsbereich des Überlandwerkes Hittfeld tätig. In annähernd 800 Arbeitsstunden wurden die zerstörten Freileitungen erst vom Windbruch befreit, beschädigte Masten wieder aufgerichtet und die Leitungsdrähte erneut verbunden. Das



Im Landkreis Harburg fiel für viele Gemeinden die Stromversorgung aus. THW-Helfer stellten die Verbindungen wieder her.

stundenlange Arbeiten am Mast war für die Helfer eine wohl großartige Übungssache, aber auch eine sehr ungewohnte Kräftebeanspruchung. „Schnell Strom herbeischaffen“, lautete der Auftrag.

Die dankbaren Reaktionen der Bevölkerung Niedersachsens, nach zwei bis drei Tagen wieder Strom zu haben, waren den Helfern der beste Lohn für die mühevollen Tätigkeit.

Mit Begeisterung waren die Männer der E-Gruppen am Werk, und gleich stark war die Begeisterung der Männer vom Überlandwerk, die erstaunt waren über das Wollen und Können der Helfer; ein bisher bei den Überlandwerken noch nicht hinreichend bekannter Faktor in der Planung für Ausnahmestände. Die umfangreichen Einsätze nach einigen Stunden Sturm über Norddeutschland zeigten, daß auch mühevollen Kleinarbeit bei der Ausbildung erforderlich ist. In diesen Einsätzen haben sich alle Helfer des Bergungs- wie auch des Instandsetzungsdienstes vollauf bewährt.

„Grüne Küste 1972“

Zur Durchführung einer bereits traditionellen Gemeinschaftsübung fanden sich vor einiger Zeit die neun Ortsverbände der Schleswig-Holsteinischen Westküste zu einem Wettkampf zusammen.

Die seit Jahren immer wieder veranstaltete Gemeinschaftsübung „Grüne Küste“, die bisher eine reine Fahrübung für Fahrzeugführer und Kraftfahrer der Ortsverbände war, wurde in diesem Jahr zu einem Leistungsvergleich auch auf dem Gebiete des Katastrophen- und Bergungsdienstes ausgeweitet.

Der Ortsverband Niebüll, der im Jahre 1971 als Sieger des Landes Schleswig-Holstein hervorging und auch an der Endausscheidung in Worms um den Bundespokal teilgenommen hatte, übernahm in diesem Jahr die Ausrichtung dieser Gemeinschaftsübung. Auf Grund der gesammelten Erfahrungen durch die Teilnahme an den vorgenannten Ausscheidungskämpfen hatte der Ortsverband Niebüll eine Wettkampfbasis geschaffen und folgende acht Stationen ausgerüstet und aufgebaut:

1. Station: Arbeiten mit der Motorsäge,
2. Station: Herstellen eines Erdankers,
3. Station: Anheben einer Last von 1,5 t mittels Dreibock und Greifzug,
4. Station: Aufbau einer Notbeleuchtung und Arbeiten mit dem Gesteinsbohrhammer,
5. Station: Arbeiten mit Brennschneidgeräten,
6. Station: Erste-Hilfe am Unfallort, Verletztentransport,
7. Station: Einsatz der 20-t-Hydropresse zum Anheben schwerer Lasten,
8. Station: Übungen mit der Zivilschutzmaske, Überprüfung der persönlichen Ausrüstung.

Als zusätzliche Aufgabe war eine Fahrübung für die Kraftfahrer und Fahrzeugführer vorgesehen. Diese Aufgabe bestand aus:

1. Fahren nach Koordinaten,
2. Technischer Halt,
3. Fahren nach Skizze,
4. Beheben eines Schadens an einem MKW bzw. einem MLW,
5. Fahren nach Karte,
6. Fahren mit Einweiser, Abschleppen, Durchfahren von Engpässen und Ausfüllen eines Fragebogens nach



Gruppenführer Michaelson nimmt hier für den siegreichen Ortsverband Meldorf den Wanderpreis entgegen.



Station „Erste Hilfe am Unfallort und Verletztentransport“.

den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung.

Außer dem Ortsverband Niebüll, der diese Gemeinschaftsübung ausrichtete und daher am Wettkampf nicht teilnahm, hatten sich die Ortsverbände Albersdorf, Büsum, Friedrichstadt, Heide, Hochdonn-Burg, Husum, Meldorf und Tönning zum Leistungsvergleich eingefunden. Jeder Ortsverband erschien mit einem Gruppenführer, einem Truppführer und acht Helfern sowie einem Kraftfahrer mit Beifahrer. Außerdem standen aus den beteiligten Ortsverbänden jeweils zwei Schiedsrichter der Wettkampfleitung zur Verfügung.

Die Wettkampfgruppen der Ortsverbände waren bis 8.30 Uhr auf dem Marktplatz in Niebüll vollzählig erschienen. Hier auf dem Wettkampfbegrüßte der Ortsbeauftragte für Niebüll, Heinz-Günter Fuhrhop, die Teilnehmer.

Nach der Einweisung der Gruppen-

führer und Kraftfahrer in die Aufgaben des Wettkampfes wurden bei strahlendem Sonnenschein die Stationen von den Gruppen durchlaufen. Der Sinn und Zweck dieses großangelegten Wettkampfes war, den gegenwärtigen Ausbildungsstand der Helfer zu überprüfen. Zum anderen sollten die Helfer bei der Durchführung der Aufgaben feststellen, welche Aufgaben von ihnen noch nicht richtig beherrscht wurden, um später im Ortsverband die noch fehlende Ausbildung nachholen zu können. Der Leistungsvergleich bot auch der Bevölkerung von Niebüll die Möglichkeit, einen Eindruck von der Vielfalt der Aufgaben des Technischen Hilfswerks zu gewinnen.

Im Laufe des Tages kamen einige Hundert Zuschauer, die die Wettbewerbe mit Aufmerksamkeit verfolgten.

Schon von weither wurde sichtbar, daß auf dem Marktplatz das Technische Hilfswerk eine Veranstaltung hatte. Viele THW-Fahnen und Spruchbänder schmückten den Platz. Während des Wettkampfes, der bis 14.00 Uhr dauerte, mußten alle acht teilnehmenden Gruppen jeweils die acht verschiedenen Stationen durchlaufen und damit den Beweis ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten auf allen geforderten Gebieten erbringen.

Nach Beendigung des Wettkampfes wurde für alle Teilnehmer ein Mittagessen aus der Feldküche gegeben. Die Erbsensuppe wurde — wie immer — auch dieses Mal von einem THW-Koch zubereitet. In der Zwischenzeit hatten sich die Schiedsrichter zusammengesetzt, um die Auswertung der einzelnen Bewertungsbögen und die Ergebnisse der Gruppen festzustellen.

Gegen 15.30 Uhr stand dann das Ergebnis fest. Der Ortsbeauftragte für Niebüll ließ die einzelnen Wettkampfgruppen antreten und dankte den Ortsverbänden für die Teilnahme an diesem Leistungsvergleich.

Die Siegerehrung wurde durch einen Vertreter des THW-Landesverbandes vorgenommen. Der siegreiche Ortsverband Meldorf erhielt die von allen Ortsverbänden aus dem Betreuungsbereich gestiftete Plakette des Technischen Hilfswerks als Wanderpreis sowie eine Siegerurkunde für den 1. Platz.

Weitere Siegerurkunden wurden auch

für den 2. Platz an den Ortsverband Husum und für den 3. Platz an den Ortsverband Büsum überreicht. Die anderen Ortsverbände erhielten eine Teilnehmerurkunde. Nach der Siegerehrung wurden die Ortsverbände verabschiedet und in ihre Heimatstandorte entlassen.

Damit war der offizielle Teil der Gemeinschaftsübung „Grüne Küste“ beendet. Für die Helfer des ausrichtenden Ortsverbandes begann jetzt allerdings noch einmal die Arbeit, die sie auch bereits am Tage vorher und am frühen Morgen schon voll in Anspruch genommen hatte. Alle Arbeiten, die für die Vorbereitung durchgeführt wurden, mußten nun wieder für den Abbau und die ordnungsgemäße Herrichtung des Platzes vorgenommen werden. In vorbildlicher Weise hatte der Ortsbeauftragte für Niebüll, H.-G. Fuhrhop, die Aufgaben auf seine Unterführer delegiert, so daß sie innerhalb kürzester Zeit durchgeführt werden konnten und auf dem Platz wieder sonntägliche Ruhe und Stille herrschte. Der Leistungsvergleich war sowohl

für den Betreuungsbereich Heide als auch für den ausrichtenden Ortsverband Niebüll ein beachtenswerter Erfolg.

Sturmeinsatz

Während Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen unter den Folgen des Orkans vom 13. November 1972 am meisten zu leiden hatten, blieb Schleswig-Holstein im großen und ganzen von Verwüstungen verschont.

Nur in den an Hamburg angrenzenden Kreisen des Landes ist es zu verschiedenen kleineren und mittleren Sturmschäden gekommen. Der erste Ortsverband, der alarmiert wurde, war Lauenburg. Die Helfer des Ortsverbandes mußten siebenmal ausrücken, um vom Sturm umgedrückte Bäume aus dem Stadtstromversorgungsnetz zu entfernen und verschiedene Objekte mit

Rundhölzern so abzustützen, daß ihnen der Sturm nicht mehr gefährlich werden konnte.

Gegen 11.30 Uhr kamen auch die Helfer der Ortsverbände Elmshorn und Pinneberg zum Einsatz. Sie räumten Straßen, die von umgerissenen Bäumen blockiert wurden, sicherten Dächer und sorgten mit Planen für die Abdeckung, wenn diese bereits beschädigt waren. Die Pinneberger Helfer wurden insgesamt zwölfmal zu Schadensstellen gerufen. Am Tage nach dem Sturm wurden dann auch noch die Helfer des Ortsverbandes Bad Segeberg eingesetzt, um eine Gefahrenquelle zu beseitigen. Während einer heftigen Sturmbö am 13. November war eine total morsche Linde auf das Dach eines Wohnhauses gestürzt. Nachdem der Veteran von den Helfern abgestützt worden war, machten sie sich daran, ihn Stück für Stück abzutragen.

Insgesamt waren am Orkantag 68 Helfer und am Tag danach 9 Helfer des LV Schleswig-Holstein im Einsatz. Sie leisteten zusammen über 600 Einsatzstunden.

Saarland



Ortsverband Mettlach übte

Mit allen Helfern und vier Fahrzeugen — 1 Kombi, 1 MKW, 1 LKW und 1 GWK — führte der Ortsverband Mettlach eine Wasserdienstübung an der Saarschleife bei Dreisach durch, wobei angenommen wurde, daß die Saarbrücke bei Mettlach durch Katastropheneinwirkungen zerstört und ein Ersatzübergang durch Fährenbetrieb zu schaffen sei. Bereits um 9 Uhr am ersten Tage trafen die Helfer einschließlich des benötigten Gerätes an der Übungsstelle ein und begannen mit den Arbeiten. Als am ersten Übungstag der Landesbeauftragte nachmittags die Übungsstelle besichtigte, war die Tonnenfähre schon gebaut und die beiden Anlegerstege vor der Vollendung. Am zweiten Übungstag, der auch der Unterrichtung der jüngeren Helfer im Überwinden von Gewässern mit Behelfsmitteln diente, überzeugten sich Amtsvorsteher Felten, Major Sassner als Vertreter des Standortkommandeurs der Bundeswehr in Merzig sowie einige Bürgermeister

der Anliegergemeinden, Vertreter des DRK und der Polizei sowie Geschäftsführer Werth von dem Ausbildungsstand der Helfer des Ortsverbandes Mettlach. OB Schönfeld erklärte die Übungselemente. Anschließend ließen sich die Gäste mit der Behelfsfähre übersetzen.

Das gemeinsame Mittagessen mit den Gästen, die den THW-Helfern für ihre Arbeit viel Lob spendeten, beendete die Katastrophenschutzübung.

Werbewoche in Berufsschule

Unter der Leitung des ha. Geschäftsführers für den THW-Betreuungsbereich IV — Neunkirchen, Walter Müller, fand in der Berufsschule Ottweiler eine Werbewoche statt, um der Bevölkerung, und hier insbesondere der berufsschulpflichtigen männlichen Jugend, den Gedanken des THW und somit auch des Katastrophenschutzes näherzubringen.

In enger Zusammenarbeit mit dem Landrat für Ottweiler und unter Mitwirkung des zuständigen



GF Müller erklärt Berufsschülern eine Behelfsbrücke am Modell.

Katastrophenschutz-Sachbearbeiters beim Landrat wurden in zwei Schulsälen von Montag bis Samstag Modelle aus allen Arbeitsgebieten des THW ausgestellt. Jeden Tag besuchten sechs Klassen mit den Lehrern die Ausstellung, so daß nach Abschluß insgesamt 36 Klassen mit rd. 1 000 Schülern die Ausstellung gesehen hatten. THW-Einsatzfahrzeuge, auf dem Schulhof abgestellt, ergänzten das Programm. Die werbewirksame Ausstellung, die mit Genehmigung des Ministers für Kultur, Unterricht und Volksbildung

der Regierung des Saarlandes und mit Zustimmung des zuständigen Rektors erfolgte, kann als gelungen bezeichnet werden, da neben dem Informationswert, der vermittelt wurde, Helfer für die Mitarbeit im THW gewonnen wurden, so daß demnächst als Vorstufe für einen zu gründenden Ortsverband in Ottweiler ein Stützpunkt des OV Neunkirchen eingerichtet werden kann.

Auszeichnung für verdiente Helfer

Die im OV Heusweiler zum Jahresende traditionelle Helferversammlung fand auch diesmal, wiederum unter der Leitung von OB Klein, im Schulungssaal der Unterkunft statt, wobei neben den Helfern Amtsvorsteher MdL Quirin, in Vertretung des Landesbeauftragten der Technische Mitarbeiter A. Schillo sowie der zuständige ha. Geschäftsführer F. Diehl teilnahmen. OB Klein ging bei seinen Ausführungen eingehend auf die Arbeit im zu Ende gehenden Jahr ein und hob in diesem Zusammenhang besonders den Bau einer 20 m langen Brücke im Naherholungsgebiet der Gemeinde Obersalbach-Kurhof (ZS-Magazin 8/72) und die Teilnahme beim Schulfest in Heusweiler hervor, wobei bei letztgenannter Veranstaltung den Schülern der Mittelpunktschule Heusweiler und den vielen Gästen, unter ihnen Weihbischof Jakobi der Diözese Trier, die Mannigfaltigkeit der Arbeit im THW demonstriert wurde. A. Schillo, der die Grüße des Landesbeauftragten überbrachte, würdigte anschließend den hohen Ausbildungsstand der Helfer des OV Heusweiler, der von einer guten Kameradschaft — nach dem Vorbild des Ortsbeauftragten Klein — getragen wird. Im Auftrag des Direktors der Bundesanstalt THW übergab er anschließend den Helfern Paul Sauer, Dieter Altmeyer, Helmut Stephan, H.-P. Kessler, Wilfried Klaus, H.-J. Stempel und Herbert Himbert für besondere Verdienste um den Aufbau des THW das Helferzeichen in Gold und die entsprechende Urkunde. Bevor Amtsvorsteher Quirin die Grüße der Gemeinde Heusweiler überbrachte und als Geschenk zur Ergänzung der Feldschmiede einen Amboß übergab, zeichnete OB Klein im Verlauf der Veranstaltung die THW-Helfer Erwin Sander, Paul Sauer, Dieter Altmeyer,

Karl Weingard und Wilfried Kleinbauer für zehnjährige Mitarbeit im THW mit einer Urkunde aus. Im Namen aller THW-Helfer des OV Heusweiler dankte Wilhelm Haus dem Ortsbeauftragten Klein für seine Arbeit im THW, hier insbesondere für das kameradschaftliche Verhalten gegenüber allen Helfern, denn, so fuhr Haus weiter fort, nur dort, wo echte Kameradschaft ist, kann eine freiwillige Organisation fruchtbringend gedeihen.

Gemeinschaftsübung in Wustweiler

Gemeinsam mit der freiwilligen Feuerwehr Wustweiler führte der THW-Ortsverband Illingen eine Katastrophenschutzübung in Wustweiler durch. Es wurde angenommen, daß in der Gemeindehalle während einer Veranstaltung ein Brand ausgebrochen sei und Teile des Gebäudes eingestürzt seien. Es galt mehrere verschüttete Menschen zu bergen, wobei Preßluft-



Ein Helfer des Technischen Hilfswerkes demonstriert hier die Sauerstoffpflanze.

atmer eingesetzt werden mußten. Der THW-Ortsverband Illingen beteiligte sich mit 30 Helfern unter der Leitung des stellvertretenden Ortsbeauftragten Schmitt und des Ausbildungsleiters Schmidt. Während die E-Gruppe die Schadenstelle ausleuchtete, baute die Bergungsgruppe eine schiefe Ebene zum 1. Stockwerk. Mit der Vorführung der Sauerstoffpflanze wurde die Einsatzübung abgeschlossen.

Helferehrung in Neunkirchen

Im Beisein von zahlreichen Gästen, unter ihnen Amtsvorsteher MdL Günter Sahmer, wurde der Kameradschafts-

abend der Helfer des OV Neunkirchen im Kolpinghaus durchgeführt. Ortsbeauftragter Dr. J. Hoffmann, der diese Gelegenheit benutzte, um die Arbeit im abgelaufenen Jahr aufzuzeigen, belohnte die Helfer K.-H. Schug, D. Frick, J. Horn, G. Müller, H. Schug, R. Meininger, N. Busch, W. Thomas, Chr. Kaiser, M. Schöneberger, G. Pfeiffer und D. Schmidt mit einem Buchgeschenk für überdurchschnittliche Dienstbeteiligung bei der Ausbildung, bei Übungen und Einsätzen.



Diese Helfer wurden belohnt.

In Vertretung des Landesbeauftragten überbrachte G. Faß Grüße und gab einen kurzen Überblick über Aufgaben und Ziele des Katastrophenschutzes. Im weiteren Verlauf zeichnete er die Helfer E. Prinz und H. Gluding für besondere Verdienste um den Aufbau des THW mit dem vom Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk verliehenen Helferzeichen in Gold aus.

Ausstellung in Lautenbach

Der THW-Ortsverband Neunkirchen führte an einem Wochenende Anfang Dezember in Lautenbach eine Fahrzeug- und Geräteschau durch, um der Bevölkerung der Ostertal- und Schönachtalgemeinden das gesamte Panorama der Hilfsmöglichkeiten des THW vorzustellen. Aus diesem Grunde wurden auf dem Festplatz je ein GKW, MKW, MLW, LKW sowie Kombi und Gerätesätze, Beleuchtungs- und Bergungsgerät ausgestellt. Verschiedene Vorführungen vor interessierten Zuschauern ergänzten das Programm. Bei jedem Fahrzeug sowie beim Gerät waren Helfer abgestellt, um den Besuchern der Ausstellung Erläuterungen zu geben. Zusammenfassend konnte nach Abschluß der Ausstellung GF Müller feststellen, daß diese wesentlich dazu beigetragen habe, über Aufgaben und Ziel des Technischen Hilfswerks zu unterrichten und neue Freunde und Helfer zu gewinnen.

Neue Beleuchtungsanlage erprobt

Bereits seit Jahren beschäftigt man sich im OV Delmenhorst mit der Entwicklung wirkungsvoller und leicht transportabler, schnell in Position zu bringender Beleuchtungsanlagen, die sowohl bei nächtlichen Katastropheneinsätzen für die Ausleuchtung von Schadensstellen als auch für Arbeitsstellen und bei Veranstaltungen aller Art verwendbar sind.

Hierfür standen bisher zur Verfügung: 6 Stück selbstgebaute Einlampenständer von max. 7,5 m Höhe, ausgerüstet mit je 2 x 500 W-Lampen, und aus der Standardausrüstung 2 Stück Einsatzständer-Fluchtlichtanlagen von 6 m Höhe, ausgerüstet mit je einer 1000 W-Lampe. Eine wertvolle Ergänzung erhielt die Ausstattung des OV, als ein benachbartes Werk der Firma VFW-Fokker einen transportablen Beleuchtungsträger vom Typ Giraffe zur Verfügung stellte, dessen Teleskopmast elektro-hydraulisch bis zu einer Höhe von 6,5 m ausgefahren werden kann. Der Mast trägt eine Scheinwerferbrücke mit 3 Flutlichtscheinwerfern von je 1500 W Leistung. Das weit ausladende Stützgestell kann nach dem Regenschirmprinzip schnell ausgeklappt und durch Spindeln ausgerichtet werden. Hierdurch hält der Mast selbst bei einer Windstärke 7 dem Winddruck nahezu schwankungsfrei stand. Die hohe Beleuchtungsstärke bedeutet eine wesentliche Erweiterung der Kapazität der Ausleuchtungsanlagen des OV.

Bei einer nächtlichen Bergungsübung wurde letzteres Gerät zusammen mit einer fahrbaren Fluchtlichtanlage Giralux der gleichen Firma ausprobiert. Diese ist zusammen mit Hydraulikpumpe und Stromaggregat auf einem Anhänger-Fahrgestell montiert. Der Teleskopmast kann bis zu einer maximalen Lichtpunkthöhe von 10 m ausgefahren werden. Seine Scheinwerferbrücke hat eine Bestückung von 5 Flutlichtlampen von je 2000 W. Der Hauptvorteil des fahrbaren Geräts besteht darin, daß neben einer hohen Stabilität — es kann sogar voll ausgefahren bei Windstärke 8 noch störungsfrei benutzt werden — eine außerordentlich schnelle Einsatzbereitschaft



Der Beleuchtungsträger „Giraffe“ und die fahrbare Fluchtlichtanlage „Giralux“ beleuchten die Schadensstelle.

möglich ist. Noch hinter dem Zugfahrzeug hängend, kann mit dem Ausfahren des Mastes schon begonnen werden, so daß in weniger als zwei Minuten die Anlage einsatzbereit ist. Bei den anderen Geräten sind günstigstenfalls 5 Minuten erforderlich. Bei Tageshelle konnte die Bergung vom Übungsturm — hier eine Leiterhebelbergung — vorgenommen werden.

Ehrungen beim OV Gifhorn

Auf einer gutbesuchten Mitgliederversammlung des Technischen Hilfswerkes in Gifhorn hielt der Orts- und



Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schneider heftet Claus Kronenberg das Helferzeichen in Gold mit Kranz an.

Kreisbeauftragte Claus Kronenberg Rückschau und Ausblick zugleich. In den Mittelpunkt rückte dabei eine Ehrung. THW-Landesbeauftragter Rolf Schneider (Hannover) überreichte Claus Kronenberg für besondere Verdienste die höchste THW-Auszeichnung, das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz.

In der Begründung heißt es, daß Claus Kronenberg unermüdlichen Eifer und beachtliches Können beim Aufbau des Technischen Hilfswerkes an den Tag gelegt habe und dem THW nicht nur in der Stadt Gifhorn, sondern darüber hinaus auch im Landkreis zu einer Stellung verholfen habe, die in der Öffentlichkeit anerkannt wird.

Beachtliche Leistungen sowie erfolgreiche Einsätze im Kreisgebiet und darüber hinaus im Ausland kennzeichnen die Aktivität des Orts- und Kreisverbandes und nicht zuletzt seines Orts- und Kreisbeauftragten. Mit drei Aufrechten hatte Claus Kronenberg 1966 den Ortsverband Gifhorn des THW ins Leben gerufen. Heute kann er mit dem Ortsverband Wittingen auf einen Stamm von 126 Mitarbeitern bauen.

Das Fernziel des Kreisverbandes ist es, die gesetzlich vorgeschriebene Sollzahl von Helfern zu erreichen. Die Ausbildung soll vorrangig behandelt werden und den Helferinnen und Helfern das erforderliche Wissen vermittelt werden, damit sie bei Einsätzen bestehen können. Dem niedersächsischen Innenministerium konnte kürzlich der erste komplette Bergungszug namentlich genannt werden.

35 Helfer aus der „Kronenberg-Truppe“ waren bei der Sturmkatastrophe am 13. November voll im Einsatz. Darunter auch eine Helferin und ein Helfer, die trotz ihres gerade auf diesen Tag fallenden Geburtstages sich von der Notwendigkeit ihres Einsatzes mehr haben überzeugen lassen statt einer eventuellen Geburtstagsfeier: die 18jährige Heike Graßhoff und der wenig ältere Karlheinz Götz. Claus Kronenberg hatte für beide ein Präsent parat. Für seine persönliche Auszeichnung stellte Claus Kronenberg heraus, daß ohne die tatkräftige Unterstützung aller THW-Mitglieder die Leistung des Orts- und Kreisverbandes nicht zustande gekommen wäre.



Wartung der Notbrunnen

Bereits im Oktober wurde mit der Wartung der Notbrunnen durch den THW-OV Gladbeck in Verbindung mit der Stadt Gladbeck begonnen. Es wurden die allgemeinen Wartungsarbeiten (kleine Wartung) im 14tägigen Rhythmus von der RGW-Gruppe durchgeführt. Die kleine Wartung umfaßt:

- Wartung und Sacherhaltung der unterirdischen Anlage.
- Wartung der Brunnenkammer mit der darin eingelagerten Ausrüstung (Standrohr, Kabel, Schaltkasten, eingebauter Hydrant, Entwässerungsventil)
- Probelauf der Anlage mit Wassermessung (Durchlaufmenge)
- Klarpumpen der Anlage (langsames Absetzen der im Wasser befindlichen Schwerstoffe)

Bei den durchgeführten Wartungen wurde zum Beispiel folgendes festgestellt oder in Ordnung gebracht:

- Das Erdreich um die Brunnenkammern hat sich teilweise gesetzt, dadurch wurde ein Ausgleich der Plattierung erforderlich.
- In der Brunnenkammer befindliches Schwitzwasser wurde entfernt, kleinere Rostschäden wurden beseitigt.
- Das Entwässerungsventil wurde durchgespült.
- Bei der Wasserförderung darf der Hydrant nur minimal geöffnet werden, um eine schnelle Senkung des Wasserspiegels und die dadurch hervorgerufene Wasserunreinigung, die schädigend auf die Pumpe wirkt (Sand), zu vermeiden.
- Im Winterhalbjahr ist die oberirdische Anlage von Schnee und Eis freizuhalten; die Verschlussdeckel werden mit Spezialfett versehen.
- Das geförderte Wasser wird sofort in Kanäle abgeleitet.

Sämtliche Brunnenanlagen werden über einen flexiblen Stromanschluß (aufgerolltes Kabel im Schacht) betrieben.

Der hierzu erforderliche Stromanschluß befindet sich am nächstliegenden Gebäude.

Bei Stromausfall können die beim OV Gladbeck befindlichen Stromerzeuger — 5 KVA — über einen Adapter eingesetzt werden.

Der erforderliche Adapter (Perilex auf 25 Amp.-Kupplung) wurde von der Stadt Gladbeck beschafft. Weitere Ausrüstung wie z. B. Werkzeuge, Beleuchtung, zerlegbarer Montagebock (Dreibock), Regenschutzbekleidung usw. wurden zur Verfügung gestellt.

Die für die Wartung der Brunnen eingesetzten Helfer sehen in dieser Tätigkeit eine echte Aufgabe und sind daher sehr daran interessiert. Die anfallenden Kosten werden gemäß den Richtlinien über technische Hilfeleistungen in Rechnung gestellt und von der Stadt Gladbeck erstattet.

Die Hauptwartung (große Wartung), erstmals im Dezember durch die RGW-Gruppe durchgeführt, umfaßt:

- Abbau des Hydranten
- Lösen der Kopfplatte
- Ausbau der Rohre und der Wasserpumpe
- Reinigung und Nachstreichen der Rohre
- Wiedereinbau mit einer Ersatzpumpe.

Das Technische Hilfswerk Aachen leuchtet

Die THW-Geschäftsstelle Aachen erhielt von der BF Aachen den Auftrag, wegen Ausfalls der Stromversorgung nach einem Großbrand in der Waggonfabrik Talbot, Aachen, die Ausleuchtung der Schadensstelle zu übernehmen. Mit sechs Helfern unter Führung von BF Brunkartz wurden mit vier Scheinwerfern 1000 W und sechs Scheinwerfern 100 W die Brandstelle und die Zufahrtswege ausgeleuchtet.

Nach fünf Stunden war die Stromversorgung der Fa. Talbot wieder in Betrieb und der THW-Einsatz konnte beendet werden. Der neue Beleuchtungssatz mit den 1000-W-Scheinwerfern hat sich bei diesem Einsatz bestens bewährt. Die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr war sehr gut.

An zwei weiteren Tagen waren auf Anforderung der Fa. Talbot noch einmal zwei Helfer mit Motorsägen im Einsatz, um im Rahmen der Aufräumarbeiten eine große Anzahl langer Holzbalken innerhalb der Brandtrümmer auf transportfähige Länge zu schneiden.

Betonblock gespalten

Die Detmolder Helfer haben sich an 16 t Beton herangewagt. Ein T-förmiger, auf einer Korkschiene liegender Betonblock wurde mit Bohrlochreihen zunächst perforiert und danach mit hydraulischen Hebern einseitig angehoben. In die Bohrlochreihen des nun freischwebenden Blockes wurden Treibkeile eingesetzt und damit Teile des Blockes gespalten. Der Spalt wurde mit dem Lufthammer verbreitert, damit die im Beton liegenden Armierungseisen mit dem Schneidbrenner abgebrannt werden konnten. Auf diese Weise wurde der gesamte Block in 5 transportable Teile zerlegt.

Erfahrungen: Elektrobohrhämmer und Hydropressen sind in Fällen wie dem geschilderten sehr brauchbar, sie sollten aber durch Aufbruchhämmer mit Preßluftantrieb und 10-t-Stahlwinden (an Stelle der bei uns vorhandenen 5-t-Stahlwinden) zu ersetzen bzw. zu ergänzen sein. Die beiden Einsatzleiter Steinmeyer und Lindau dankten der um eine technische Erfahrung reicher gewordenen Helfergruppe.

Durch Stahlbetonwände

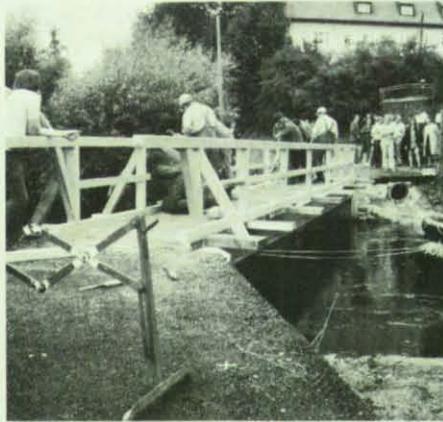
Oberhausener Fachhelfer traten zur Mithilfe bei der Beseitigung eines Bunkers an. Mit der Humbert'schen Sauerstofflanze (Brennrohre 3/8" ϕ und 3,00 m Länge) wurden die Umrißlinien der einzubrennenden Öffnungen perforiert und in den Kern ebenfalls Löcher eingebracht. Verbliebene Stege und die Kernmasse wurden mit Wasser abgeschreckt und der zermürbte Beton mit dem Abbauhammer herausgebrochen. Die hergestellten Öffnungen erlauben nun das Einziehen eines schweren Eisenträgers (IP 30), über den der ca. 50 t schwere Bunker mit Hilfe eines Schwerlastkrans aus dem Erdreich herausgehoben und abtransportiert werden soll. Die Brennarbeiten verliefen ohne Schwierigkeiten. Es wurden 60 Lanzen und 16 Flaschen Sauerstoff (z 96 cbm) verbraucht. So verschwindet ein „Zuckerhut“, wie dieser Bunkertyp im Volksmund genannt wird.

20 Jahre THW in Fritzlar

Das Technische Hilfswerk in Fritzlar beging sein 20jähriges Bestehen mit einer kleinen Jubiläumsfeier und mit einer Tat für die Öffentlichkeit: Die Männer bauten in mehrstündigem Einsatz an einem Samstagnachmittag einen Steg über den Mühlengraben beim E-Werk unterhalb vom hohen Graben und ersparten damit der Stadt einen erheblichen Kostenaufwand, denn der alte Steg mußte dringend ersetzt werden. Weiteres Programm des Jubiläumstages war eine große Einsatzübung zusammen mit dem DRK und der freiwilligen Feuerwehr. Zum Brückenbau und der anschließenden offiziellen Übergabe an Brückenmeister Reinhold Koch hatten sich zahlreiche „Offizielle“, aber auch viele Zuschauer eingefunden, die am Schluß dem THW herzlichen Beifall für das gelungene Werk spendeten. Als erster schritt Bürgermeister Koch über den stabilen und solide gearbeiteten Steg und stellte unter dem Schmunzeln der Fachleute fest: „Er hält“.

THW-Ortsbeauftragter Rudolf Draude hatte zunächst die Gäste begrüßt, unter denen man den früheren Bundestagsabgeordneten Hermann Stahlberg (Schwalmstadt), den 1. Kreisbeigeordneten Heinrich Scherp, Vertreter der Bundeswehr, Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung und Beauftragte des THW sah. Wie Draude betonte, sei man gern der vor drei Monaten an das THW herangetragenen Bitte gefolgt, die Brücke zu bauen. Sie sei nun nach den mit dem Stadtbaumeister erarbeiteten Plänen entstanden.

Bürgermeister Koch dankte herzlich namens der städtischen Körperschaften, lobte die Einsatzbereitschaft des THW in Fritzlar, die sich in verschiedenen Fällen erwiesen habe, und würdigte die Tätigkeit jener Idealisten, die sich in unserer materiell eingestellten Zeit immer noch fänden, ohne nach Lohn oder anderweitiger Bezahlung zu fragen. Gratulationen zum Jubiläum und Anerkennung für geleistete Arbeit sprachen danach Hermann Stahlberg und der erste Kreisbeauftragte aus, wobei Heinrich Scherp auf den Dienst am Mitmenschen hinwies, der THW, Deutsches Rotes Kreuz, Feuerwehr und



Zum Jubiläum ein neuer Steg über den Mühlengraben.

andere Institutionen immer wieder auszeichne.

Der stellvertretende THW-Landesbeauftragte, Heinz Werner, gratulierte namens des Landesverbandes und überreichte Rudolf Draude die Bestellung als Ortsbeauftragter. Bereitschaftsführer Georg Albert aus Homburg würdigte die gute Zusammenarbeit und überreichte Wilfried Schwalm und Herbert Schemann das THW-Helferzeichen in Gold. Die Urkunde für zehnjährige Mitgliedschaft erhielten Peter Korn und Peter Heik.

Für die Ortsverbände Melsungen und Bad Wildungen sprachen abschließend deren Ortsbeauftragte H. Glück und H. Henneberg. Im Rahmen einer Übung baute der Ortsverband Melsungen an der Spitze einen Tonnensteg über die Eder und die THW-Jugendgruppe Fritzlar eine Notbrücke. Dabei führten sie das umfangreiche Gerät und die Ausrüstung vor, das von den Zuschauern besichtigt werden konnte.

Bis zum Knöchel im Morast

Mit Gummistiefeln und wetterfesten Mänteln versehen, traten die Männer des Technischen Hilfswerkes Hanau an, um mit verschiedenen Übungen ihre Leistungen unter Beweis zu stellen. Anlaß war der jetzt abgeschlossene Umzug des Verbandes von Hanau nach Erlensee auf das Gelände des ehemaligen Reußerhofes. Mit einem nicht unbeträchtlichen Aufwand an Eigenarbeit gelang es den

Männern des THW, die ehemalige Zehntscheune dieses Anwesens in ein Gebäude umzuwandeln, das — so Ortsbeauftragter Peuker — den Anforderungen entspreche. Das ehemalige bäuerliche Anwesen Reußerhof ist fast nicht wiederzuerkennen. Während es noch vor kurzer Zeit schien, als sei dieses Gebäude dem Verfall preisgegeben, kann man sich jetzt vom Gegenteil überzeugen: Reger Betrieb kennzeichnet die Szene. Während in der großen Scheune die Vorarbeiten zum Einzug einer Zwischendecke im Gange sind, diskutieren die Männer des Hilfswerks in einem anderen Raum über die Einsätze.

Nicht ganz so reinlich ging es freilich draußen zu. Die THW-Helfer mußten bei ihrer Übung durch das aufgeweichte Erdreich stapfen. Dabei blieb es natürlich nicht aus, daß Gummistiefel und Kleidung mit Lehm verkrusteten. „Im Katastrophenfall können wir uns das Wetter auch nicht aussuchen“, kommentierte man die Übung im Morast.

Während eines gesamten Nachmittags waren die Helfer dabei, Bergungsdienst, Fernmeldedienst und Instandsetzungsarbeiten zu versehen. In dieser Zeit standen folgende Einzelübungen auf dem Programm: Behelfsbrückenbau, Stegebau, Fahrenbau, Bergung aus Höhen und Tiefen, Leitungsbau, Feldvermittlung, Funkübungen und Bau von Beleuchtungseinrichtungen. Der Übung waren Geräteaufbau sowie eine Besichtigung der neuen Unterkunft vorausgegangen.

Schutzhütte gebaut

Wie man notwendige Übungen mit nutzvoller Arbeit verbinden kann, haben in den letzten Wochen wieder einmal die Männer des THW-Ortsverbandes Homburg bewiesen. Sie errichteten am Klimmstein für die Stadt Homburg eine weitere Schutzhütte.

Im Rahmen einer Besichtigung, an der auch der Geschäftsführer des THW, Georg Albert (Homburg), und der Leiter des Stadtbaumeisteramtes, Günter Jelinek, teilnahmen, dankte Bürgermeister Horst Gunkel den Helfern für die gute Arbeit.

Schwierige Aufgabe gelöst

Im Andernacher Krankenhaus mußte im Zuge der Modernisierung eine Aufzugtüre vergrößert werden, es war eine Türöffnung in einer 40 cm starken Betonwand um ca. 30 cm zu erweitern. Die Arbeiten mit den üblichen Werkzeugen wie Kompressor oder Bohrhämmer durchzuführen war wegen der starken Geräuschbelastung nicht möglich, man mußte eine andere Lösung finden. Die Bauleitung beauftragte den Ortsverband Andernach des THW mit der Durchführung dieser Aufgabe. Helfer des THW hatten vor einigen Wochen im Krankenhaus schon eine derartige Aufgabe auf ihre Art gelöst.

Damals mußte ein Betonfundament in der Größe von 1 m³ ohne Geräuschbelastung zerlegt werden. Mit entsprechenden Schutzanzügen aus Asbest und den erforderlichen Spezialgeräten ausgerüstet, gingen die Helfer der Betonwand zu Leibe. Bei dem neuartigen Verfahren werden mit Sauerstoffflanzen in den Beton in Abständen von je 5 cm Löcher im Schneidtrennverfahren gebrannt, dann werden die abzutrennenden Teile mit Spezialkeilen abgesprengt.

Die Helfer des THW haben die ihnen gesetzte Aufgabe ohne Geräuschbelastung, die im Krankenhaus unter allen Umständen vermieden werden mußte, ausgeführt. Es hat sich hier bewiesen, daß die freiwilligen Helfer des Ortsverbandes Andernach seit der Gründung die Zeit ausgenützt und einen hohen Ausbildungsstand erreicht haben. Der Ortsverband verfügt zur Zeit über rund 30 einsatzfähige Helfer sowie die erforderlichen Fahrzeuge und Geräte, unter anderem auch ein Motorboot für den Hochwasser-einsatz.

Die Helfer des Ortsverbandes Andernach werden, bedingt durch die Lage am Rhein, in der Bundesschule Hoya im Fahren auf dem Wasser, Retten aus Wassernot, Fährenbau, Behelfsbrückenbau und als Aubo-Fahrer ausgebildet. Die allgemeine Ausbildung für Katastrophenschutz wird an den Übungsabenden und in der Katastrophenschutzschule Ahrweiler durchgeführt.

Probe für den Ernstfall

Flugzeugabsturz im Industriegebiet

Der Opel-Kreisel im Industriegelände glich am Freitagabend einem Katastrophengebiet! Flugzeugwracks, eingestürzte Häuser, Tote, Schwerverletzte, Baumsperrn, Brand und Rauch beherrschten das Bild. Ein gespenstisch realistisches Feld des Schreckens. Zum Glück handelte es sich nicht um einen Ernstfall, sondern nur um die „fast lebenschte Szenerie“ für eine Übung der Helfer des Technischen Hilfswerks.

Und hier der Einsatzplan: Um 20.47 Uhr löste die Autobahnpolizei Alarm aus, um 21 Uhr waren die Helfer des THW Kaiserslautern bereits am angegebenen Katastrophenort. Die Rettungsmannschaft rückte mit drei Gerätewagen, sechs Mannschaftswagen und 57 Mann an. Weitere zwölf Helfer hatten in der Unterkunft in der Mainzer Straße Bereitschaft auf Abruf.

Die Aufgabe lautete: „Flugzeugabsturz am Opel-Kreisel“. 1. Bergung der Verletzten und Toten, 2. Bergung von Eingeschlossenen aus beschädigten Häusern mit Mauerdurchbrüchen und Bergung von Verletzten durch Brennschneider. Sinn und Zweck der Übung war, den Ausbildungsstand zu testen und Mängel zu erkennen, die in der zukünftigen Ausbildung berücksichtigt werden müssen. Außerdem sollte die Einsatzinitiative der Gruppenführer getestet werden.



ASB-Helfer hatte für diese Übung den Sanitätsdienst übernommen.

Die Männer erfüllten ihre Aufgabe mit viel Verantwortungsbewußtsein. Sie brachten die Verletzten zu den Krankensammelstellen, wo sie von Helfern des Arbeiter-Samariter-Bundes weitertransportiert wurden. Die Rauchbomben gaben auch Gelegenheit, den Einsatz mit Atemschutzgeräten zu üben. Während der Aktion war ein direkter Funkverkehr zur Mannschafunterkunft in der Mainzer Straße zunächst nicht möglich. Erst bei Mitbenutzung der Relais-Station Donnersberg kam die Verbindung zustande. Der Flugplatz Ramstein stellte Flugzeugteile zur Verfügung, so daß alle Probleme eines Absturzes simuliert werden konnten. Die Einsatzleitung am Katastrophenort hatte Gruppenführer Hans Weil. Die Oberaufsicht oblag dem Ortsbeauftragten des THW, Heinz Kraus, der auch der „Rheinpfalz“ Rede und Antwort stand. Gegen 24 Uhr wurde der Alarm abgeblasen. In der Mannschafunterkunft in der Mainzer Straße fand dann noch eine ausführliche Manöverkritik statt.

Übung mit praktischen Nutzung

Im Rahmen der jährlich durchgeführten Alarmübung des OV Mainz wurde ein Brückenschlag im Stromberger Waldgebiet durchgeführt. Bei dieser Übung hatten die Junghelfer die Möglichkeit, sich an einem praktischen Objekt weiterzubilden.

Gleichzeitig wurde die Funkgruppe eingesetzt, die bei dieser Übung ihre funktechnische Ausbildung durchführen konnte.

Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Forstamt Stromberg wurde dieses Objekt an den OV herangetragen und anläßlich der Alarmübung in die Praxis umgesetzt. An dieser Alarmübung, die für alle Helfer unvorbereitet stattfand, haben insgesamt 50 Helfer teilgenommen. Ein zünftiger Eintopf erwärmte die Gemüter, und die Arbeiten wurden mit viel Elan durchgeführt. Für manchen Helfer war diese Arbeit ungewohnt, dennoch kehrten alle befriedigt wieder zurück, in dem Bewußtsein, bei dieser Arbeit etwas Nützliches getan zu haben.

Flugzeugabsturz simuliert

„Im Steinbruch nahe dem Betonwerk in Simonshofen ist ein Sportflugzeug abgestürzt. Zwei Verletzte befinden sich noch in den Wrackteilen, ein Passagier sprang mit dem Fallschirm ab und stürzte wahrscheinlich in den Fischweiher.“

Dies war der Lagebericht, den der Zugführer des THW-Ortsverbandes Lauf, Günther Ziegler, erhielt, als er nach der Alarmierung im Einsatzhaus in der Glockengießergasse eintraf.

Um zu überprüfen, ob die freiwilligen Helfer des Technischen Hilfswerkes aus den Landkreisen Lauf und Hersbruck im Notfall einsatzfähig sind, war vom Landratsamt eine Übung anberaumt worden, bei der der Absturz eines Sportflugzeuges angenommen wurde. Der Leiter des Referates Katastrophenschutz, Purzer, traf sich mit dem Ortsbeauftragten des THW, Bereitschaftsführer 52./LS-BB-BYL Adalbert Weniger, im Kolonnenhaus der Glockengießergasse, um pünktlich um 21 Uhr Alarm geben zu können. Bei dieser Übung konnte gleich das neue Alarmsystem ausprobiert werden, das sich nach Aussagen des Bereitschaftsführers als sehr wirkungsvoll herausstellte. Schon nach 40 Minuten waren 24 Helfer eingetroffen, von denen einer sogar einen beträchtlichen Weg zurückzulegen hatte. Zugführer Günther Stiegler erhielt den Einsatzbefehl und konnte daraufhin die Einteilung für den Einsatz vornehmen. Als erstes Fahrzeug rückte der Kleinbus mit dem Zugführer aus. Ihm folgte der Gerätewagen mit drei Mann Besatzung. Drei Mannschaftswagen und ein Funkkommandofahrzeug schlossen sich an. Beim Steinbruch und am Fischweiher angelangt, galt es, schnell die Beleuchtung aufzustellen, um sicher und mit weniger Zeitverlust arbeiten zu können. Während der Scheinwerfer installiert wurde, gingen einige Helfer schon daran, eine Schleifsäge an ein Aggregat anzuschließen. Anfänglich bei dem Licht von Taschenlampen, dann unterstützt durch den großen Scheinwerfer, wurden die beiden „Verletzten“, die sich in den Wrackteilen (altes Auto) befanden,



„Flugzeugwrack“ bot Gelegenheit, alle THW-Tätigkeiten auszuüben.

herausgesägt, nachdem sie gegen die entstehende Hitze durch Asbestdecken geschützt worden waren.

Zur gleichen Zeit stellte die zweite Gruppe am Fischweiher Suchscheinwerfer auf, mit deren Licht sie die Wasseroberfläche nach dem „Fallschirmspringer“ abtastete. Nachdem dieser ausgemacht war, wurde das Schlauchboot zu Wasser gelassen und der „Verletzte“ geborgen.

Gegen 22 Uhr gab Bereitschaftsführer Weniger das Ende der Übung bekannt.

Sieger war das Rote Kreuz

Mit 8:6 Toren gewann die Rosenheimer Feuerwehr gegen eine Mannschaft des THW-OV Rosenheim. Tatsächlicher Gewinner dieser Veranstaltung war jedoch das Rote Kreuz, das die Einnahmen in Höhe von 1944,24 DM als Grundlage für die Anschaffung eines Rettungswagens erhielt.

Die Idee, über eine solche „Starbegegnung“ Geld für ein Rettungsfahrzeug zu „erspielen“, stammt von unserem bewährten Kameraden Horst Hantschel vom OV Rosenheim. Bürgermeister Steinbeißer, diesmal ohne Amtskette, dafür aber im Eishockeydreß, dankte den Beteiligten für Idee und Einsatz.

Gemeinsam geübt

In der Donaustadt ist das gute Zusammenspiel zwischen den Hilfsorganisationen eine Selbst-

verständlichkeit. Dies zeigte sich bei einer gemeinsamen Übung, an der sich der THW-Ortsverband Günzburg, die Freiwillige Feuerwehr und die Wasserwacht des Roten Kreuzes beteiligten. Einsatzleiter war Oberbürgermeister Rudolf Köppler, unterstützt von Oberbrandmeister Huber, THW-Ortsbeauftragtem Harry Bendl und WW-Bereitschaftsführer Bauer.

Übungslage: Ein Unwetter zog über Günzburg. Auf dem Zeltplatz bei den Kiesweihern westlich der Heidenheimer Straße tobte der Sturm. Bäume stürzten zu Boden, das Feuer einer Kochstelle breitete sich rasch im trockenen Gras aus. Zelte, Sträucher und ein Auto brannten. Ein PKW-Fahrer versuchte, dem Chaos zu entfliehen — vergebens. Er rutschte mit seinem Wagen eine Böschung hinab und versank im See. Sämtliche Zufahrtswege waren abgeschnitten.

Die Feuerwehr rückte aus; aber dicke Bäume lagen auf den Wegen und versperrten die Fahrbahn. Das THW wurde alarmiert, Motorsägen kreischten auf, fraßen sich in das Holz der sperrigen Bäume. Zu gleicher Zeit wurde die Wasserwacht gerufen. Nach kurzer Zeit war der Weg für die Feuerwehr frei, sie löschte die brennenden Zelte. Wasserwacht und THW setzten Boote zu Wasser, um die Zeltplatzbewohner zu retten.

Taucher bargen den Autofahrer aus dem Weiher und brachten später an dem versunkenen Wagen Seile an, damit ein GKW ihn herausziehen konnte. Inzwischen hatte das THW einen Anlegesteg errichtet. Die Wasserwacht kümmerte sich um die (geschminkten) Verletzten. Oberbürgermeister Köppler äußerte sich anerkennend. „Der Ablauf der Übung war einwandfrei. In acht Minuten war die Baumsperre beseitigt, nach 22 Minuten der Brand gelöscht. 32 Minuten dauerte es, bis die Boote alle Zeltplatzleute geborgen hatten, und innerhalb von 20 Minuten stand der Anlegesteg!“ Die Koordination zwischen den Organisationen habe sich als fruchtbar erwiesen.

Frohgelaut nutzten die Helfer und Gäste die abschließende Brotzeit aus, um sich näher kennenzulernen und sich über dienstliche Probleme zu unterhalten.

Helfenkönnen ist besser

Viele Zuschauer verfolgten gelähmt den Einbruch eines fünfjährigen Jungen auf dem dünnen Eis des Schäfersees in Berlin-Reinickendorf.



Rettete ein Kind: Günter Kroll.

Ein Elfjähriger, der gerade am Rand des Sees seine Schlittschuhe auszog, hörte die gellenden Hilfeschreie des Ertrinkenden. Ohne zu überlegen, sprang er mit den Kleidern in das eiskalte Wasser, um den kleinen Jungen zu retten. Doch das ging über seine Kräfte. Nun waren zwei Kinder in höchster Lebensgefahr.

Eine Frau, die von einer nahen Kohlenhandlung aus die Feuerwehr alarmieren wollte, traf dort unseren THW-Helfer Günter Kroll. Der Ladenbesitzer und unser Helfer ergriffen kurzentschlossen von dem Kohlenplatz zwei lange Bretter und rannten zum See. Die Holzbohlen vor sich her schiebend, robbten sie zu der Einbruchsstelle im Eis.

Sie zogen beide Knaben aus dem See, doch für den kleineren schien die Hilfe zu spät gekommen zu sein. Sofort begann jedoch Kroll mit der Mund-zu-Mund-Beatmung. Es half nichts. Trotzdem versuchte er auch noch eine Brustkorbmassage. Nach einiger Zeit begann der Junge wieder zu atmen. Ein Schrei der Freude erlöste die Zuschauer von ihrer Spannung. Gelerntes und gekonntes Helfen waren maßgebend für den Erfolg dieser Rettungstat. Es hat sich hier wieder einmal ganz deutlich gezeigt, wie entsetzlich hilflos und unentschlossen viele Menschen oftmals einem Unglück gegenüberstehen.

Drei Tage im Einsatz

Anlässlich der Sturmkatastrophe vom 13. 11. 1972 war das THW auf Anforderung des Senats eingesetzt. Die Alarmierung war wie folgt: 12.44 Uhr erteilte die Feuerwehr erste Aufträge an das THW; 12.49 Uhr wurden erste Erkundungen durchgeführt.

Und nun ging es Schlag auf Schlag. Schon zwei Stunden später wurde auf Grund der Schadensmeldungen durch den Senat Weisung gegeben, daß alle erreichbaren Helfer eingesetzt werden sollten.

Die Hilfeersuchen, die über Notruf bei der Feuerwehr in den ersten Stunden eingingen, waren unübersehbar. Alle verfügbaren Hilfskräfte mußten eingesetzt werden, um zuerst das Ausmaß des Schadens festzustellen, um dort gezielte Kräfte einzusetzen, wo akute Gefahren für Menschen und Sachen vorlagen. Die Erkunder waren vor die schwierige Entscheidung gestellt, ob und wie weit eine direkte Gefahr bestehe oder ob die Durchführung der Schadensbehebung gegebenenfalls auch noch zurückgestellt werden konnte. Die Bilanz für den 1. Einsatztag für das THW war folgende: 102 Aufträge wurden uns von der Feuerwehr übertragen und erkundet, davon wurden 46 durchgeführt und 56 vorerst abgelehnt, da sie nicht so dringend waren.

In Absprache mit der Feuerwehr wurde nach Mitternacht der Einsatz unterbrochen, da durch die schweren Einsatzarbeiten die Kraft und Konzentration bei den Helfern nachließen und dadurch die Unfallgefahren ganz erheblich anstiegen. Der Einsatz wurde am 14. 11. 1972 ab 7.30 Uhr mit 170 Helfern fortgesetzt, während am ersten Tag 230 Helfer im Einsatz waren. Die Feuerwehr hatte über Nacht weitere Schadensstellen erkundet, so daß wir an die Mehrzahl der Stellen gleich Einsatzgruppen entsenden konnten.

Von den 91 Aufträgen des zweiten Tages wurden 72 durchgeführt, während 19 Aufträge z. T. von den Betroffenen in eigener Hilfe schon selbst erledigt wurden bzw. nochmals zurückgestellt werden mußten. Nachdem am Abend des zweiten Tages bei der Feuerwehr immer noch 1 900 unerledigte Aufträge lagen,

wurde das THW aufgefordert, sich noch einen weiteren Tag einzusetzen. Mit 143 Helfern gingen wir in den dritten Einsatztag. Von 66 Aufträgen wurden 49 erledigt, die restlichen 17 waren in Eigenhilfe schon erledigt. An diesem — für uns letzten — Einsatztag waren auch recht schwierige Schadensstellen zu bearbeiten, die wegen des großen Kräfte- und Gerätebedarfs in den ersten Tagen nicht durchgeführt werden konnten.

Die anfallenden Arbeiten waren sehr vielseitig, wobei jedoch die Beseitigung umsturzgefährdeter, schon umgestürzter oder entwurzelter Bäume dominierte. Häufig waren auch Aufträge an und auf Dächern, Abtragen von Schornsteinen, Abstützungen und Sicherung von Gebäuden und Wohnungen nach Absturz von Schornsteinen, Entfernen von abgerissenen Dachteilen und Ziegeln, die auf die Straße und auf Gehwege zu stürzen drohten, und dergleichen mehr. Viele dieser Aufträge wurden in engster Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr durchgeführt, die uns im Einzelfalle dann eine Drehleiter mit Bedienungspersonal zur Verfügung stellte. In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß die Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr, und zwar auf allen Ebenen, vorbildlich war. Am 3. Einsatztag um 20 Uhr wurde der Ausnahmezustand aufgehoben und die Helfer in ihre BV entlassen. Die eingesetzten Helfer haben insgesamt 167 Aufträge erledigt und hierbei 7 702 Einsatzstunden geleistet. Die eingesetzten Fahrzeuge haben zusammen 6 691 km zurückgelegt. Erfreulicherweise hatten wir nur einen leichten Unfall bei den eigenen Kräften zu verzeichnen.

Irgendwelche Schäden bei Dritten, die bei diesen schwierigen Bergungsaufgaben durchaus im Bereich des Möglichen gelegen hätten, wurden nicht verursacht.

Der THW-Landesverband Berlin hat seinen bisher größten und zeitlich längsten Einsatz gehabt. In Rundfunkinterviews und in der Presse wurde die Mithilfe bei der Schadensbekämpfung gewürdigt. Noch während des Einsatzes hat der Innensenator in einem Brief an den THW-Landesbeauftragten den Dank des Bürgermeisters von Berlin an die eingesetzten Helfer ausgesprochen.



Zehn Jahre OV Weinsberg

Das Jubiläum wurde begangen mit einer Geräteschau und der Vorführung dieser Geräte. Gezeigt wurde Abseilen Verletzter, Abstützen, das Erstellen einer Ringgasleitung und die Wirkung der Sauerstoffpflanze. Zum offiziellen Beginn begrüßte Ortsbeauftragter Hans Rupp die Zuschauer und die Ehrengäste und schilderte die Entstehung des THW-Ortsverbandes Weinsberg. Begonnen wurde mit 18 Helfern. Anfangs erfolgte die Ausbildung mit dem benachbarten OV Heilbronn. Zwei Jahre danach, der Stützpunkt war inzwischen Ortsverband geworden, wurden auch Geräte und Bekleidung zugeteilt. Dem Ortsverband wurde außerdem eine größere Verantwortung übertragen. So wurden die Helfer des Ortsverbandes u. a. in Weißbach beim Brand der Fa. Hornschuch, bei der Sturmkatastrophe in Pforzheim, beim Dambruch in Rot und bei der Hochwasserkatastrophe in Tunesien eingesetzt. Die Zahl von 51 aktiven Helfern ermöglichte auch den Bau der Trimmstrecke auf der Weinsberger Gemarkung, die im vergangenen Jahr der Bevölkerung übergeben wurde. Nach der Ansprache überreichte Ortsbeauftragter Rupp Harri Scholtysek und Harry Riegg wegen besonderer Verdienste um den Ortsverband das goldene Helferabzeichen. Danach richtete Bürgermeister Klatte einige Worte an die Zuschauer und Helfer.

„Tag der offenen Tür“

Die I. Bergungsbereitschaft des Katastrophenschutzes (THW Ellwangen) hatte die Bevölkerung zu einem „Tag der offenen Tür“ eingeladen, um ihr zu zeigen, über welches Gerät sie verfügt und wie dieses eingesetzt werden kann. Der Einladung waren zahlreiche Besucher gefolgt.

Die Männer der Bergungsbereitschaft hatten — unter Leitung von Bereitschaftsführer Büchler — das Gerät übersichtlich aufgebaut. Als erste Besucher konnte Büchler am Samstagmorgen den Gemeinderat und Vertreter der Stadtverwaltung, an der Spitze Oberbürgermeister Karl Wöhr, begrüßen. In der Fahrzeughalle

hatte man die Ausrüstungsgegenstände aus den Mannschafts- und Gerätewagen aufgebaut. Eine Fülle von Werkzeug und Gerät lag bereit. In der Halle waren ferner Brücken- und Stegmodelle (z. B. ein Tonnensteg, ein Hängesteg und eine Acht-Tonnen-Holzbrücke mit verschiedenen Unterstützungen) aufgebaut.

Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die neue Unterkunft der Bergungsbereitschaft im wesentlichen von eigenen Kräften und mit eigenen Mitteln instandgesetzt und ausgebaut worden ist und immer noch an der weiteren Einrichtung und deren Verbesserung gearbeitet wird. Im Hofraum vor der Halle hatten die THW-Männer ihre Fahrzeuge aufgestellt, die von den vielen Besuchern eingehend besichtigt wurden.

Selbstverständlich hatte man auch den Versorgungszug aufgebaut und für die Besucher einen schmackhaften Eintopf bereitgehalten. Fast 400 Portionen wurden ausgegeben, zur Freude des Küchenchefs Harald Kunscher.

Der Abend galt der Geselligkeit. Im inneren Schloßhof hatten sich auch die Gäste aus Eßlingen, Crailsheim und Mühlacker eingefunden, die Männer der Freiwilligen Feuerwehr waren erschienen und zahlreiche Mitglieder des Roten Kreuzes waren anwesend. Ebenso Vertreter der Bürgergarde und der DJK-SG Ellwangen, die herzlich willkommen geheißen wurden. Daß die Bergungsbereitschaft Ellwangen (Jagst) einen guten Ruf hat, bewies die Anwesenheit vieler Prominenter, so z. B. Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Abelein, Landtagsabgeordneter Dr. Eugen Volz und der Landrat des Kreises Aalen, Gustav Wabro.

OV Karlsruhe auf Mot-Marsch

Das Technische Hilfswerk unternahm einen Mot-Marsch und überbrachte bei dieser Gelegenheit eine große Heimwerker-Ausrüstung den Korker Anstalten für die Werkstatt der Epilepsie-Kranken.

An diesem Marsch nahmen ein GWK, ein LKW, sechs MLW und ein Kombi teil. Die ehrenamtlichen Helfer sollten hierbei mit den schweren Fahrzeugen auf längeren Strecken, im

Gebirge und auf morastigem Boden vertraut gemacht werden. Die Fahrt war in drei Teile gegliedert: Kolonnenfahrt, Einzelfahrt auf gebirgiger Strecke und Fahren im Gelände.

Am Samstagmorgen verließ der Konvoi die Stadt in südlicher Richtung und fuhr zuerst nach Rastatt. Von hier ging es weiter über die Bundesstraße 36 durch Iffezheim, Stollhofen nach Kork. Bei dieser Kolonnenfahrt überwachten die Zugführer Hinz und Morlock die vorgeschriebenen Abstände der Fahrzeuge untereinander, die Geschwindigkeit und die Beachtung der Straßenverkehrsordnung.

In Kork wurde eine Pause eingelegt und den Korker Anstalten der vorgesehene Besuch abgestattet. Aus Spenden der Helfer des Technischen Hilfswerkes überbrachten sie einen großen Heimwerker-Satz mit reichlichem Zubehör für die Werkstatt der Anstalt. Der Direktor, Pfarrer Geiger, und die Oberin, Schwester Barner, dankten für die wertvolle Ergänzung der Werkstatt. In dieser „beschützenden Werkstatt“ werden die Kranken unter Anleitung eines Werklehrers beschäftigt. Die Korker Anstalten, die vor 70 Jahren als Heim für Epilepsie-Kranke gegründet wurden, haben heute noch ein Akut-Krankenhaus und ein Altenpflegeheim. Mit einem kurzen Abriss der Geschichte des Hauses und einigen Erklärungen zum Krankheitsbild der Epilepsie ergänzte Direktor Geiger die Ausführungen. Zum Abschied wurde jedem Helfer eine Broschüre über die Arbeit der Korker Anstalten überreicht.

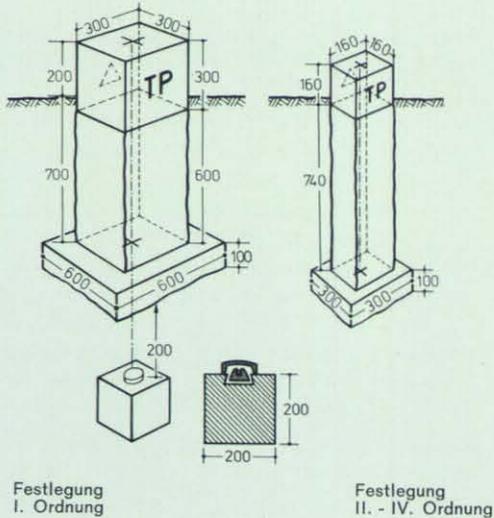
Nach diesem Aufenthalt führen die Fahrzeuge einzeln über die Strecke Appenweier, Bühl, Neuweier, Baden-Baden nach Baden-Oos. Die Route wurde den Fahrern nicht bekanntgegeben, sondern sie mußten diese anhand von Marschzahlen auf der Karte suchen. Nach der Mittagspause in Baden-Oos ging es im Kolonnenmarsch zurück nach Karlsruhe in die Bannwaldallee. Hier auf dem aufgewühlten Gelände der zukünftigen Südtangente konnten die Fahrer ihre Geschicklichkeit nochmals unter Beweis stellen. Nach Rückkehr in die Unterkunft am späten Nachmittag dankte Zugführer Morlock für die guten Fahrleistungen der Helfer.

[42] **Festpunkt (Trigonometrischer Festpunkt):** Die durch Triangulation bestimmten und vermarkten Punkte heißen

Trigonometrische Festpunkte,
Trigonometrische Punkte oder
Dreieckspunkte.

Sämtliche Punkte eines Dreiecksnetzes bilden das Festpunktfeld. Die Trigonometrischen Punkte (T.P.) können **Tief- oder Hochpunkte** sein, die wiederum einer Unterteilung in Trigonometrische Punkte I. bis IV. Ordnung unterliegen.

Abb. 26

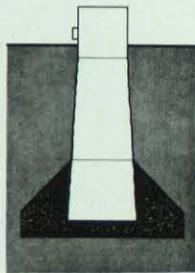


Bodenpunkte

Bodenpunkte werden in der Regel durch unter der Erde verlegte quadratische Granitplatten vermarktet, auf deren Oberfläche ein Kreuz ein-

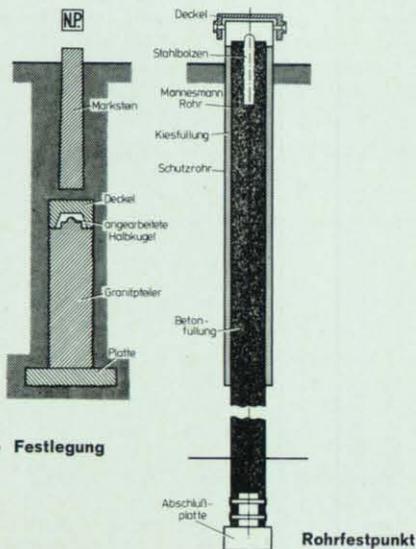
30

Abb. 29



Pfeilerbolzen

Abb. 30



Höhenfestpunkte

[34] **Theodolit**

Der Theodolit dient zum Winkelmessen in der Horizontalen und Vertikalen.

Er besteht aus einem spielfrei gelagerten Zielfernrohr, das sich in der Vertikalen und in der Horizontalebene schwenken läßt. Die Schwenkwinkel werden am Vertikal- und Horizontalkreis abgelesen.

Man verwendet den Theodoliten zum Messen eines Winkels, welcher durch die zwei Zielpunkte und den Aufstellungsort als Scheitelpunkt bestimmt wird. Um das Gerät auf die Ziele einstellen zu können, sind im Gesichtsfeld des Fernrohres Striche und Einstellmarken angebracht. Die Winkel werden an Glasteilkreisen mit einem Skalenwert bis zu 5' abgelesen. Der Nullwert des Höhenwinkels wird an einer Röhrenlibelle eingestellt.

Bei besonderen optischen Einrichtungen (z. B. Koinzidenzablesung) ist die Meßgenauigkeit $\pm 1''$, d. h. auf 200 km Radius = $\pm 1,00$ m Bogenlänge.

27

gemeißelt ist. Als Tagesmarke steht auf der Platte ein Granitpfeiler. Platte und Pfeiler werden nach den Himmelsrichtungen ausgerichtet. Der Pfeiler ist auf der Südseite mit „T.P.“ beschriftet.

Das Zentrum von **Hochpunkten** liegt in sorgfältig ausgewählten Teilen dauerhafter Gebäude (z. B. in Kirchturmspitzen). Die Sicherung von Hochpunkten erfolgt im allgemeinen durch Bolzen, Turmbolzen oder durch Vermarkung in der Erde (terrestrische Sicherung).

[43] **Geoid:** Der Begriff Geoid wird in der Geodäsie und in der Geophysik zur Definition der Gestalt der Erde gebraucht. Die Erde ist ein abgeplatteter Körper, der durch Rotation einer Ellipse um ihre kleinere Achse entstanden ist.

Die Oberfläche des Geoids ist überall konvex und schneidet die Richtung der Schwerkraft senkrecht. Das Geoid kann daher weder eine Kugel noch ein Ellipsoid sein.

[44] **Geodäsie:** Wissenschaft, die sich mit der Vermessung der Erdoberfläche beschäftigt. Man unterscheidet:

Höhere Geodäsie = Ausmessen und Berechnen der gesamten Erdoberfläche (auch Landesvermessung)

Niedere Geodäsie = Feldmessung

[45] **Geodät:** Ausgebildeter Vermessungsingenieur (Feldmesser).

[46] **Geodätisches Institut** (Institut für angewandte Geodäsie): Einrichtung, die sich mit der wissenschaftlichen Erforschung des Vermessungswesens auf allen Gebieten befaßt. Der Sitz ist Frankfurt/Main.

[47] **Geodimeter:** Elektro-optisches Entfernungsmeßgerät.

6.3. Allgemeine und mathematische Grundbegriffe Begriffe in der Vermessung

[35] **Absteckung:** Unter Absteckung versteht man die richtige Übertragung der geometrischen Lage und Höhe von Punkten und Linien in das Gelände (z. B. für die Bauplanung). — Gegenstand der Absteckung sind unter anderem die Achsen und Begrenzungslinien von Straßen, Bahnen oder Wasserläufen, die Grundrisse von Gebäuden, die Parzellierung von Bauland oder die Abgrenzung von landwirtschaftlichen Nutzflächen.

[36] **Aufnahme:** Als Aufnahme werden die örtlich vorzunehmenden vermessungstechnischen Maßnahmen bezeichnet, die zur geometrisch richtigen Darstellung von Punkten, Linien, Formen, Bedeckungen oder sonstigen interessanten Einzelheiten des Geländes in Karten oder in einem Koordinatensystem zu treffen sind. Das Ergebnis dieser Maßnahmen dient u. a. als Unterlage bei Kataster- oder Sondervermessungen, bei Höhenmessungen verschiedener Art oder bei Meßtischaufnahmen.

[37] **Aufnahme, linear:** Die lineare Aufnahmemethode stellt eine Stückvermessung dar, bei welcher festzulegende Punkte und Linien lediglich durch gemessene Strecken oder Winkel erfaßt werden. Sie besteht aus einer sinnvollen Kombination des orthogonalen (rechtwinkligen) Aufnahmeverfahrens und des Einbindeverfahrens. Die Grundlage der linearen Aufnahme ist ein Messungsliniennetz, das auf einem Polygon- oder Standliniennetz aufbaut.

[38] **Bodenpunkt:** s. unter „Festpunkte“!

[39] **Doppelprisma:** Ein Doppelprisma besteht aus zwei Winkelprismen, die so übereinander angeordnet sind, daß mit ihrer Hilfe außer dem Abstecken rechter Winkel auch das Einfluchten auf

28

[48] **Gemarkung:** Eine begrenzte Fläche, die sich häufig mit dem Gebiet einer Gemeinde deckt (Gemeindeflur).

[49] **Grenzstein:** Amtliches, im Boden stehendes Markierungszeichen zur Festlegung eines Grenzpunktes. Der Stein ist am Kopf mit einem Kreuz markiert.

[50] **Handriß:** In den Handriß werden Aufnahme- maße als Ergebnis der Stückvermessung vor Ort (Punkte, Linien, Objekte) annähernd maßstabsgerecht eingetragen. Dabei sind Maßangaben, die sich auf Punkte einer Messungslinie beziehen, **senkrecht**, Einzelmaße **parallel** zur bezogenen Strecke zu beschriften.

Abb. 27



Handriß

[51] **Höhe:** Lotrechte von einem höherliegenden Punkt auf eine Grundlinie oder Grundfläche.

[52] **Höhenfestpunkte:** Durch Nivellement ermittelte Höhenpunkte werden von der Landesvermessung als Höhenfestpunkte festgelegt. Sie beruhen auf der Basis des Amsterdamer Pegels, d. h. der Höhe des mittleren Meeresspiegels in Amsterdam (N.N.). — Der höchste Punkt, auf den

einer in zwei Punkten begrenzten Geraden und somit das Abstecken gestreckter Winkel möglich wird.

[40] **Feinnivellement (Präzisions-Nivellement):** Feinnivellements werden zwecks Einhaltung enger Fehlergrenzen mit sog. **Feinnivelliers und präzisen Nivellierlatten** durchgeführt. Feinnivelliers besitzen hervorragende optische und feinmechanische Eigenschaften. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, besonders genaue Ergebnisse zu erzielen, wenn das am besten geeignete Meßverfahren gewählt wird und günstige Meßbedingungen vorliegen.

Feinnivellements müssen nach einer internationalen Vereinbarung aus dem Jahre 1912 folgende Bedingungen erfüllen:

- Das Verfahren ist zweimal durchzuführen,
- beide Nivellierungen sind in entgegengesetzter Richtung vorzunehmen,
- die zweite Nivellierung hat (möglichst) an einem anderen Tage zu erfolgen,
- die mittleren zufälligen Fehler der Doppelmessung eines Kilometers müssen kleiner als $\pm 1,5$ mm sein,
- die mittleren systematischen Fehler der Doppelmessung eines Kilometers **müssen** kleiner als $\pm 0,3$ mm sein.

[41] **Feldbuch:** Das Feldbuch besteht aus einer Sammlung von Vordrucken und Formblättern, in welche die durch Messungen gefundenen Meßzahlen und sonstige Zusammenhänge eingeordnet sind. Aus den Angaben im Feldbuch gehen ferner Ort, Datum und Beobachter sowie die von ihm benutzten Instrumente und alle Umstände hervor, welche die Messungen beeinflussen haben (z. B. Witterung, Sichtverhältnisse etc.).

29

sich die Höhenangabe bezieht, ist ausgeprägt geformt. Über ihm kann eine Nivellierlatte mit ihrer senkrecht zur Längsachse stehenden Aufsatzfläche unmittelbar aufgestellt werden.

Im deutschen Haupthöhennetz können Höhenfestpunkte durch

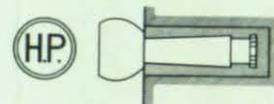
- Höhenmarken (H.M.),
- Mauerbolzen (M.B.),
- Pfeilerbolzen (P.B.),
- Unterirdische Festlegung (U.F.) oder
- Rohrfestpunkte

gekennzeichnet bzw. dargestellt sein.

Höhenmarken wurden bis zum Jahre 1944 angebracht. Sie bestehen aus einem schmiedeeisernen Schaft und einem gußeisernen Kopf mit Inschrift. Die Anbringung erfolgte in etwa 1,00 m Höhe, und zwar an solchen Gebäuden, die aufgrund ihrer Bestimmung oder Konstruktion als besonders dauerhaft anzusprechen waren.

Mauerbolzen sind aus Schmiedeeisen, Leichtmetall oder Bronze gefertigt und tragen auf der Kopffläche die Bezeichnung „H.P.“ oder „Niv.P.“, bisweilen lediglich eine Ziffer.

Abb. 28



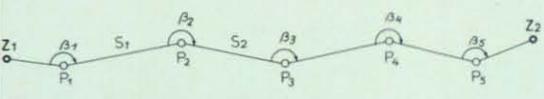
Mauerbolzen

Pfeilerbolzen bestehen aus einem 90 bis 110 cm langen, vierseitigen Granitpfeiler mit seitlichen Höhenbolzen. Sie ähneln dem Mauerbolzen und werden in Beton gesetzt, wenn geeignetes Mauerwerk oder fester Fels fehlen.

Die neue Berechnung von 1955 ergab, daß der Normalhöhenpunkt (NHP) um 54,638 m über NN liegt.

65] **Polygonierung:** Verfahren zur Bestimmung von Punkten bei Lagemessungen und Geländeaufnahmen. Es umfaßt die Erkundung, Vermarkung, Messung und Berechnung einzelner Polygonzüge oder eines ganzen Polygonnetzes. Ein Polygonzug (auch Streckenzug genannt) besteht aus einer Reihe zu vermessender Punkte, deren Lage durch horizontale Strecken und Winkel festgelegt wird. Die Brechungspunkte heißen Polygonpunkte, die Winkel Brechungswinkel und die Strecken Polygonseiten.

Abb. 34



Beispiel eines offenen, beiderseits angeschlossenen Polygonzuges

66] **Schrägmessung:** Entfernungsmessungen mit Hilfe von Meßlatten oder von Meßbändern können horizontal oder schräg durchgeführt werden. Bei Schrägmessungen muß bei jeder einzelnen Latte- oder Bandlage die Umrechnung auf die Horizontale erfolgen. Dazu bedient man sich bei einer Meßlattenmessung des Gradbogens und bei einer Meßbandmessung des Gefällmessers. Auch bei optischen Geräten ist eine Schrägmessung möglich. Hierzu müssen die Entfernungen mittels gemessener Höhenwinkel auf die Horizontale reduziert werden.

67] **Strickkreuz (Fadenkreuz):** Das Strich- oder Fadenkreuz befindet sich bei Ziel- oder Meßfernrohren in der Bildebene des Objektivs. Es dient zum Anvisieren von Punkten oder Meßlatten.

Unterirdische Festlegung: Sie besteht aus einer Platte, einem Pfeiler und einem Schutzdeckel aus Granit. Die Platte ruht in gewachsenem Boden. Pfeiler und Platte sind aufeinander abgeschliffen. Am oberen Ende des Pfeilers befindet sich eine Granit- (früher Achat-) Halbkugel, auf welcher die Nivellierlatte aufgesetzt werden kann. Ein Markstein dient zur Kennzeichnung und Auffindung des unterirdisch verlegten Höhenfestpunktes. Der Stein ist am oberen Ende (über Tage) mit der Beschriftung „N.P.“ versehen.

[53] **Kataster:** Amtliches Verzeichnis zum Nachweis von Liegenschaften.

[54] **Katasteramt:** Den Nachweis von Liegenschaften führende Behörde. Zum Nachweis zählen u. a. Flurakten, Flurstücksgrenzen, Flurstücknummern, Lagebezeichnung sowie Beschreibung der Nutzungsart und Ertragsfähigkeit des Bodens.

[55] **Katasterbuch:** Das Katasterbuch ist der beschreibende Teil des Nachweises. Es wird vom Katasteramt geführt und beinhaltet Eigentümerangaben, Flächen- und Schätzungsergebnisse zu den Flurstücken.

[56] **Koordinatensystem:** Verfahren zur Vermessung und Berechnung von Grundstücken und Grundstückgrößen.

[57] **Koordinate:** Größe, welche die Lage eines Punktes auf einer Fläche oder im Raum eindeutig festlegt. Zur Lagebestimmung eines Punktes wird in der Regel ein rechtwinkeliges System (Koordinatensystem) verwendet, das zweiachsig für die Bestimmung von Punkten in der Ebene und dreiachsig für die Raumpunktbestimmung angelegt ist.

[58] **Lagemessung:** Die Aufgabe der Lagemessung ist die Übertragung vermessener Punkte und Linien auf eine Ersatzfläche, z. B. auf einen Glo-

Flächenberechnung

79] Die **Linie** ist eine eindimensionale geometrische Ausdehnung, deren Länge durch die Grundeinheit „Meter“ angegeben wird. Vielfache und Teile des Meters werden durch Vorsatzzeichen gekennzeichnet, und zwar:

Table with 2 columns: Unit and Conversion. Rows: Kilometer (km) = 1 000 m, Meter (m) = 10 dm = 100 cm, Dezimeter (dm) = 10 cm = 100 mm, Zentimeter (cm) = 10 mm, Millimeter (mm) = 0,1 cm = 0,01 dm = 0,001 m

80] Die **ebene Fläche** stellt aus mathematischer Sicht mit der Länge und Breite einen zweidimensionalen Raum dar. Sie wird in der Berechnung mit der Einheit „Quadratmeter“ angegeben. Vielfache und Teile des Quadratmeters werden durch Vorsatzzeichen gekennzeichnet:

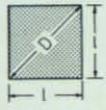
Table with 2 columns: Unit and Conversion. Rows: Quadratkilometer (km²) = 1 000 000 m², Quadratmeter (m²) = 100 dm² = 10 000 cm², Quadratdezimeter (dm²) = 100 cm², Quadratzentimeter (cm²) = 100 mm², Quadratmillimeter (mm²) = 0,01 cm² = 0,0001 dm²

81] Die Bezeichnungsweise der **Begrenzungslinien von Flächen** hängt von der Form der Fläche ab.

Die Begrenzungslinien werden gekennzeichnet:
Grundlinie (g) oder Länge (l),
Breite (b) oder Höhe (h).

Außer diesen festgelegten Bezeichnungen sind auch andere Abkürzungen üblich, z. B. mit den Kleinbuchstaben des lateinischen Alphabets.

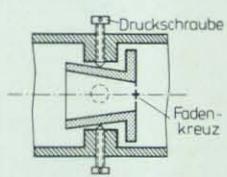
82] Die Fläche (Formelzeichen A nach DIN 1304) rechnet man aus den Begrenzungslinien.



Quadrat
A = l x l = l²
l = √A
D = 1,4142 x l

Ältere Geräte sind mit Fadenkreuzen aus präparierten Spinnfäden ausgestattet, bei neueren Geräten sind die Strickkreuze auf Glasplatten (Strichplatten) aufgebracht. Mittels Druckschrauben lassen Strickkreuze sich vertikal verschieben.

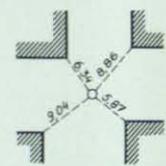
Abb. 35



Fadenkreuz

[68] **Sicherungsmessung:** Einmessung zur Sicherung wichtiger, gefährdeter und später schwer auffindbarer Vermessungspunkte. Einmessungen werden in Lagepläne oder Skizzen eingetragen. Sie dienen der Kontrolle jeder Messungsgröße im einzelnen.

Abb. 36



Sicherungsmesser

[69] **Signale, trigonometrische:** Sichtbarmachung trigonometrischer Punkte (T.P.) zwecks Anzielung bei Vermessungen. Die Signale bestehen aus einem Beobachtungs- und einem Signalgerüst. Sie werden so weit nach oben gesetzt (z. B. auf Bauwerke), daß sie aus jeder gewünschten Richtung und Entfernung beobachtet werden können.

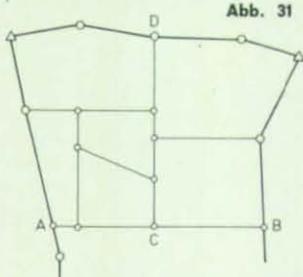
bus oder auf ein Kartenblatt. Die Lage der Punkte zueinander wird durch Koordinaten bestimmt.

[59] **Landesvermessung:** Die Landesvermessung ist Teil der Geodäsie. Sie baut auf den Ergebnissen der Erdmessungen, schafft die Grundlagen für die gesamte Landesvermessung und ist eine landeshoheitliche Aufgabe.

[60] **Messen** bedeutet das Vergleichen einer physikalischen Größe (z. B. einer Länge, eines Druckes, einer Stromstärke) mit einer festgesetzten Einheit (Meter, Torr, Ampere) und die Bestimmung ihrer Maßzahl (d. h. des Zahlenwertes).

Diese gibt an, wie oft die Einheit in der betreffenden Größe (Meßgröße) enthalten ist.

[61] **Messungsliniennetz:** Nach der Linear-Methode werden zur Stückvermessung gerade Linien gebraucht, auf denen die Meßpunkte rechtwinkelig oder durch Einbindung aufgenommen werden. Verbinden Messungslinien bekannte Punkte, so liegen sie geometrisch fest. — Messungslinien dürfen sich nicht kreuzen. Es wird vom Großen zum Kleinen gemessen. Die Gesamtheit der Messungslinien bildet das Messungsliniennetz.



Messungsliniennetz

[70] **Sondervermessungen:** Vermessungsaufgaben, die nicht zum Bereich des kommunalen Vermessungswesens oder des Landesvermessungswesens zählen, werden als Sondervermessungen durchgeführt. Dazu zählen unter anderem Ingenieurvermessungen aller Art, Vermessungen der hydrographischen Institute und das militärische Vermessungs- und Kartenwesen.

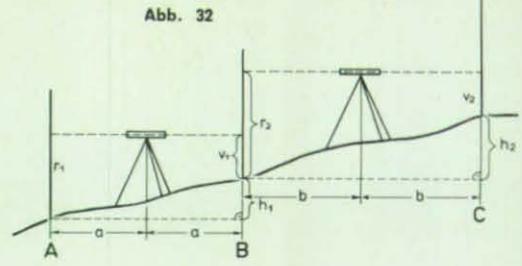
[71] **Standlinienverfahren:** Verfahren für das Vermessen von Grundstücken.

[72] **Trassieren:** Unter Trassieren versteht man das Planen und Abstecken der Achse eines Verkehrsweges (Straße, Eisenbahn, Kanal, Startbahn). Der Verlauf einer Trasse wird in Karten mittleren Maßstabes vorgeplant und in großmaßstäbliche Karten unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit, des Geländes und anderer Faktoren übertragen. Die Ergebnisse werden sodann in der Natur eingemessen. Als Grundlage zur Massenberechnung und für das Profilieren werden Längs- und Querprofile aufgenommen.

[73] **Triangulation (Dreiecksaufnahme im Vermessungswesen):** Verfahren der Geodäsie zur Bestimmung von großräumigen Festpunktfeldern. Das Festpunktfeld soll aus möglichst gleichseitigen Dreiecken bestehen. Ein Netz I. Ordnung bildet den Rahmen der Vermessung (Hauptdreiecknetz). Es wird durch die Netze II. bis IV. Ordnung verdichtet. An diese sind Einzelvermessungen und topographische Aufnahmen anzuschließen. Mißt man auf allen Punkten eines solchen Netzes die Dreieckswinkel (Triangulation), so ist die Form des Netzes bestimmt.

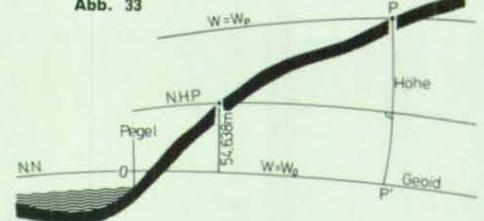
[74] **Topographie (griech.: Geländebeschreibung):** Beschreibung der Bodenformen, Gewässer, Vegetation, Besiedelung und Verkehrswege eines Landes, einer Landschaft oder einer bestimmten Örtlichkeit.

[62] **Nivellement:** Messungsverfahren zur Bestimmung des Höhenunterschiedes von Punkten durch horizontales Zielen nach lotrecht gestellten Skalen (Nivellierlatten).



Nivellement

[63] **Normalhöhenpunkt (NHP oder N.H.P.):** Amtlich festgelegter geodätischer Höhenpunkt, auf den alle Höhenmessungen eines Staates bezogen werden.



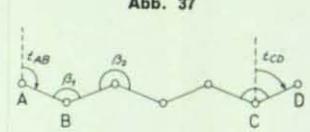
Normalhöhenpunkt

[64] **Normalnull (NN oder N.N.):** Festgelegte Bezugsfläche zur Ermittlung des Vertikalabstandes von Punkten der Erdoberfläche zum mittleren Meeresspiegelstand (Meereshöhe). Das Normalnull der Höhenmessung für Deutschland ist vom Nullpunkt des Amsterdamer Pegels abgeleitet.

[75] **Vermarkung:** Eindeutige Bezeichnung und Kennzeichnung vermessener Punkte. Die Art der Vermarkung richtet sich nach der Bedeutung der Punkte und den örtlichen Gegebenheiten. Sie wird u. a. durch Steine, Bolzen, Pflöcke, eingemeißelte Kreuze oder Nägel vorgenommen.

[76] **Versicherung von Punkten:** Zusätzliche Vermarkung wichtiger Punkte (TP, Höhenfestpunkte). Die Vermarkung erfolgt ober- oder unterirdisch seitlich der zu versichernden Punkte und dient dazu, diese einwandfrei wiederherzustellen oder Änderungen nachweisen zu können. Genaue (ungünstige) Beziehungen zwischen Haupt- und Sicherungspunkten erhöhen den Wert einer Versicherung.

[77] **Winkelzug:** Offene Polygone, in denen nur die Brechungswinkel gemessen werden, nennt man Winkelzug. Er dient der Übertragung des Richtungswinkels tAB einer Strecke AB auf eine Strecke CD.



Winkelzug

[78] **Zwillingspunkt (Zw.P.):** Zwillingspunkte zu trigonometrischen Festpunkten (T.P.) werden bestimmt, wenn von diesen keine dauernde Sicht zu mindestens einem weiteren Dreieckspunkt frei bleibt, obwohl sie als Anschlußpunkte für Vermessungsarbeiten benötigt werden. Ein Zwillingspunkt wird häufig im Abstand von wenigstens 100 m gewählt und durch Pfeiler und Platte wie ein T.P. vermarkt. Um zu gewährleisten, daß ständig Richtungsanschlüsse möglich sind, ist eine solche Lösung besonders in Waldgebieten von großer Bedeutung.

Hans Holzwarth

Aus der Arbeit der Warndienst-Verbindungsstellen

Tag und Nacht tasten zahllose Antennen des Radar-Überwachungssystems der NATO-Streitkräfte den Luftraum ab. Sie erfassen auch über große Entfernungen alle Flugobjekte, die sich den Grenzen der Bundesrepublik nähern oder ihr Gebiet überfliegen. Bei den Radarstationen im Bundesgebiet, d. h. in den großen Luftverteidigungsstellungen der NATO-Luftwaffe, versehen auch die Verbindungsstellen des Warndienstes rund um die Uhr ihren Dienst. Sie sind bereits vor vielen Jahren als Verbindungsorgane zwischen der militärischen Luftverteidigung und dem Zivilschutz eingerichtet worden. Die Organisation, die Aufgaben und die Arbeitsweise dieser Stellen, die ausschließlich zivile Aufgaben wahrzunehmen haben, wurden schon in einem früheren Beitrag (Heft Nr. 2/72) an dieser Stelle geschildert. Hier soll nun noch etwas mehr von diesen wichtigen Außenstellen und Informationsquellen des Warndienstes berichtet werden.

Die WD-Verbindungsstellen sind zusammen mit den militärischen Diensten in gut ausgebauten unterirdischen Anlagen untergebracht. Für die Beobachtung der vom Radar-System erfaßten Luftlage und deren Übermittlung an die Warnämter stehen ihnen moderne Geräte und Fernmeldeeinrichtungen zur Verfügung. Hierzu zählen vor allem das Radar-Bildanzeigergerät und die besondere Fernsprecheinrichtung, auf die alle wichtigen Fernmeldeverbindungen des Warndienstes aufgeschaltet sind. In einem Verteidigungsfall sollen ja rasch viele für die Warnung und Alarmierung der Bevölkerung erforderliche Informationen ausgegeben werden. Auf Grund dieser Meldungen müssen die Warnämter sofort entsprechende Maßnahmen treffen. Nicht zuletzt bilden die Luftlagemeldungen der Verbindungsstellen auch die Grund-

lagen für die laufenden Durchsagen an die Warnstellen bei wichtigen Behörden und Betrieben. Wie sieht nun der tägliche Dienstbetrieb einer WD-Verbindungsstelle aus? Wie bei den Kameraden auf der militärischen Seite wird der Dienst rund um die Uhr, d. h. hier in 8-Stunden-Schichten, durchgeführt. Der diensthabende WD-Verbindungsführer hat seinen Platz in einer eigenen Kabine, einem Einsatzraum, von dem aus er die Lagekarten und Anzeigetafeln der militärischen Seite gut übersehen kann. Dort beobachtet er vor allem die dargestellte Luftlage. Dies bedeutet für ihn eine immer wiederkehrende Übung, um in einem Ernstfall bedrohliche Entwicklungen frühzeitig erkennen und die Luftlage in vorgeschriebener Form an die Warnämter übermitteln zu können. Auf dem Radarsichtgerät in der Kabine mit seinem grünlich fluoreszierenden Bildschirm dreht sich pausenlos ein Lichtfinger. Sobald in diesem hellen, schmalen Strich ein Aufblitzen registriert wird und sich kurz darauf ein Symbol aus Lichtimpulsen zeigt, wird es für den Verbindungsführer interessant. Die auf diese Weise erkennbaren Flugobjekte stellen allerdings vorwiegend Verkehrsmaschinen dar, deren Flugpläne bereits vor dem Start der militärischen wie auch der zivilen Flugsicherung bekannt sind.

Nicht selten werden jedoch auch Flugobjekte festgestellt, deren Herkunft und Nationalität nicht sofort und klar erkennbar sind. Sie werden daher von der militärischen Seite zunächst als „unbekannt“ registriert, und sofort werden dort gezielte Maßnahmen ergriffen, um eine einwandfreie Identifizierung vornehmen zu können. Dazu gehört, wenn nötig, auch der Alarmstart ständig bereitstehender schneller Maschinen, um den „Fremdling“ ggf. aus nächster Nähe zu betrachten. Auch für die WD-Verbindungsstelle sind

solche Ereignisse von besonderem Interesse, zumal daraus auch wichtige Erkenntnisse für die rasche Beurteilung von Gefahrensituationen in einem Ernstfall gewonnen werden können.

Neben der Beobachtung der Luftlage muß der WD-Verbindungsführer als Einsatzleiter während seiner Schicht auch die ständige Funktionsbereitschaft aller Fernmeldeverbindungen überprüfen und bei Störungen sogleich Abhilfe veranlassen. Des Weiteren muß er in vielen organisatorischen und technischen Fragen mit den örtlich zuständigen militärischen Stellen stets enge Verbindung halten.

Um den geschilderten Schichtbetrieb fortlaufend wahrnehmen zu können, umfaßt das Personal einer WD-Verbindungsstelle neben dem Leiter mehrere hauptamtliche Verbindungsführer.

Bei Übungen und im Einsatzfall werden jedoch noch weitere Kräfte benötigt. Daher wird das hauptamtliche Personal der WD-Verbindungsstelle noch durch eine ganze Reihe freiwilliger Helfer ergänzt, die auch den Aufenthalt im Bunker der militärischen Stellung unter Tage nicht scheuen. Ihre Werbung und Erfassung stellt dem Leiter der Verbindungsstelle besondere Aufgaben. Die Helfer finden als Gehilfen der Verbindungsführer, als Luftlagesprecher, Fernsprecher und dergl. Verwendung.

Ihre Ausbildung stellt eine wichtige Aufgabe der WD-Verbindungsführer dar. Sie wird allmonatlich an mehreren Abenden durchgeführt; ihre Vorbereitung muß neben den Aufgaben im Schichtdienst sehr sorgfältig wahrgenommen werden. Höhepunkte dieser Ausbildung bilden große Übungen, insbesondere solche, an denen auch die Warndienste der NATO-Nachbarländer teilnehmen. Dabei sollen vor allem die reibungslose Zusammenarbeit aller Beteiligten, das einwandfreie Funktionieren der Fernmeldeverbindungen und insbesondere die rasche Auswertung der angenommenen Lage für den Warn- und Alarmdienst erprobt werden.

So obliegen den WD-Verbindungsstellen stets sehr verantwortungsvolle Aufgaben; sie müssen ihren Auftrag, Auge und Ohr des Warndienstes zu sein, jederzeit erfüllen können.

Karl-Heinz Felter

Vom Zeitoffizier zum Einsatzleiter im Warndienst

Als ich mich dafür entschieden hatte, nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr im Bereich der Gesamtverteidigung zu verbleiben, war noch nicht abzusehen, daß von mir im Warndienst neben einer abgerundeten Luftwaffenausbildung noch Kenntnisse der militärischen Grundausbildung verlangt würden. Denn die dienstliche Order, mich zwecks Aufnahme eines Ausbildungsganges zum Einsatzleiter beim Warnamt V einzufinden, konnte von mir nur ausgeführt werden, weil ich gelernt hatte, mit Karte und Kompaß umzugehen, mit deren Hilfe allein — so schien es mir — die Möglichkeit besteht, sich an das Warnamt V heranzutasten. Von einer Anhöhe aus Richtung Jülich kommend, war der weithin sichtbare Richtfunkturm als Wahrzeichen und willkommener Orientierungspunkt zu erkennen.

Ähnlich mag es wohl einem Reisenden ergehen, der das Wahrzeichen von Paris von den Höhen der Isle de France erblickt und somit am Ziel seiner Reise steht. Aber nur die äußere Ähnlichkeit — der gedankliche Abstecher sei erlaubt — ist hier verblüffend.

Ich stand zwar am Ziel meiner dienstlich angeordneten Reise, doch 6 Monate mußten noch vergehen, um an das Ziel meiner nun beginnenden Tätigkeit zu gelangen. Das Tor des Warnamtes zu passieren, bedeutete für mich, den Rubikon zu überschreiten; denn für den Reserveoffizier begann damit ein neuer, ziviler Lebensabschnitt, zu dessen Meisterung das fachliche Rüstzeug auf harten Ausbildungsbänken erst erworben werden mußte. Noch nicht so recht an mein „zivils Bein“ der Verteidigung gewöhnt, stellte ich fest, nicht als einziger meiner Couleur den Weg in die zivile Verteidigung gegangen zu sein. Gemeinsam mit meinen Reserveoffizierskameraden — pardon, jetzigen Kollegen — stürzten wir uns in das Ausbildungsprogramm, das für uns bereitgehalten wurde. Für die künftigen Einsatzleiter in den

Warnämtern und die Verbindungsleiter in den Warndienst-Verbindungsstellen bei den Luftverteidigungsstellungen der NATO-Streitkräfte begann die Ausbildung nach einer allgemeinen Einweisung durch den Leiter des Warnamtes mit dem Fernmeldewesen des Warndienstes.

Die fernmeldemäßige Vermaschung der 10 Warnämter mit den Fernleitwarnämtern V und VII und dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (ZALM) durch das Fernsprech- und das Fernschreibnetz wurde aufgezeigt sowie das Warnnetz mit seiner Gliederung in Warngruppen, Steuer- und Auslösebereiche in seiner Funktion erklärt. Neue Begriffe der technischen Einrichtungen des Warn- und Alarmdienstes wie Warnfern-gestelle, Warnortsferngestelle, Sirenenumschalter, Fernastgeräte usw. und ihre Funktion schwirren bald in unserem Kopf. Die anschließende Ausbildung am Arbeitsplatz in der Handhabung zahlreicher Geräte gab uns dann vollends einen Vorgeschmack auf die vielfältigen Aufgaben im neuen Wirkungskreis. Schon bald wurden wir auch in die „Geheimnisse“ des ABC-Wesens eingeführt. Der Leiter des Warnamtes gab uns zunächst eine Einweisung in die Grundbegriffe der Atomphysik und die Wirkung nuklearer Waffen. Ein fachkundiger Einsatzleiter erläuterte uns die Aufgaben des Warndienstes beim Einsatz von ABC-Waffen, die Arbeitsverfahren zur Bestimmung von atomaren Detonationen und des ggf. zu erwartenden radioaktiven Niederschlags sowie die Erstellung und Auswertung sogenannter NBC-Meldungen u. a. m.

Aufgebaut mit diesem Wissen, ging es endlich in den von uns schon seit langem bewunderten und von „Geheimnissen“ umwobenen Führungsraum, wo im Ernstfall letztlich die Entscheidungen getroffen werden, die dazu dienen, die Bevölkerung bei drohenden Luftangriffen und bei Gefahr durch ABC-Kampfmittel rechtzeitig zu warnen und zu alarmieren.

Unterweisungen an der Luftlagekarte,

der Alarmierungslagekarte und der ABC-Lagekarte, Einweisung in die Bedienung der Technik am Einsatzleiterplatz und das Durchspielen der verschiedensten Gefahrenlagen in Verbindung mit angenommenen Ereignissen, wie sie beim Einsatz von ABC-Waffen vorkommen können, trugen wesentlich zur Bereicherung unseres Fachwissens bei. Auch die Schulung in taktischen Entscheidungen und die Zusammenarbeit mit den im Ernstfall im Warnamt anwesenden Verbindungskräften zu den Warndiensten des NATO-Nachbarlandes, der Landesregierung, der Bundesbahn u. a. besaß einen hohen Kurswert.

Manchmal fragten wir uns, wie es möglich war, daß uns so viel Lehrstoff und praktische Ausbildung zuteil wurden, obwohl kein zusätzliches Ausbildungspersonal zur Verfügung stand und gleichzeitig die vielfältigen alltäglichen Arbeiten des Warnamtes erledigt werden mußten. Dies, so glaube ich, läßt sich wohl nur mit dem großen Interesse und der vorbildlichen Dienstauffassung des Stammpersonals des Warnamtes erklären.

Da nun aber die Schaltstellen und Funktionen in einem Warnamt nur zum Teil vom hauptamtlichen Personal und den nebenberuflichen Mitarbeitern besetzt werden können, benötigt der Warndienst, wie auch die anderen Dienste des Zivilschutzes, Helfer, die sich freiwillig zum Dienst im Warndienst verpflichten. Wir erfuhren daher, daß auch die Ausbildung der Helfer als Luftlagezeichner, Fernschreiber, Fernsprecher, 1. und 2. Gehilfe des Einsatzleiters, ABC-Lage-Helfer usw. zu unseren späteren Aufgaben gehören wird, und hatten uns deshalb einem weiteren Ausbildungsgang zu unterziehen, nämlich dem Umgang und der Zusammenarbeit mit Menschen, die sich freiwillig und ohne nennenswertes Entgelt einer verantwortungsvollen Aufgabe widmen. Unsere im militärischen Bereich gewonnenen Erfahrungen auf dem Gebiet der Menschenführung kamen uns hierbei sehr zustatten.

Es traf sich günstig, daß man uns schon bald unser kaum verarbeitetes Wissen unter Beweis stellen ließ. Die Gelegenheit hierzu gaben die internationale Warndienst-Übung „Intex 72“ und der Besuch einer NATO-Studiengruppe für den Zivilschutz im Warnamt V, bei der alle wesentlichen Arbeitsverfahren vorgeführt werden mußten. Theorie und Praxis erfuhren so ihre Feuerprobe.

Erster offizieller Besuch bei der St. John Ambulance

Zum ersten Mal seit Bestehen der Johanniter-Unfall-Hilfe besuchte der Präsident der JUH, Peter Graf zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, auf



Zum ersten offiziellen Besuch des Präsidenten der JUH, Graf zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, bei der St. John Ambulance Association and Brigade fand in Exeter ein Vorbeimarsch der einzelnen Glieder der St. John Ambulance vor den leitenden Rittern des britischen Order of St. John statt.

Einladung die St. John Ambulance Association and Brigade, die britische Bruderorganisation der JUH, in England. Bei verschiedenen Besichtigungen wurden ihm viele Einrichtungen der St. John Ambulance Association and Brigade und des Ordens gezeigt.

Die Gesamtstärke der St. John Ambulance Brigade belief sich im Jahr 1967 auf mehr als eine Viertelmillion Mitglieder. Im Vereinigten Königreich waren es 56 369 männliche und weibliche Helfer und 60 624 Cadets. In Übersee arbeiten 106 408 männliche und weibliche Helfer und 34 434 Cadets.

Der Orden hatte im Jahre 1887 die St. John Ambulance Brigade gegründet „als eine freiwillige, zivile Organisation zur Hilfeleistung in Unglücksfällen und Fällen von plötzlicher Krankheit in zivilen Notlagen“. Nach den heute gültigen Statuten des Ordens, in denen auch die Aufgaben der Brigade aufgeführt sind, haben sich diese zwar nicht

grundlegend geändert, aber doch der Zeit angepaßt, spezifiziert und vervielfältigt:

Aufstellung und Ausbildung eines Korps von männlichen und weiblichen Unfall Helfern und Hilfskrankenpflegern, Weiterbildung von Unfall Helfern in

gleich, ist im Vereinigten Königreich, in Australien und Neuseeland schwarz, in Südafrika und Kanada dunkelgrau und in den tropischen Gebieten weiß, grau oder khakifarben.

Bei den Divisions handelt es sich um die Untereinheiten der Brigade, die



Einziges weibliches Musikkorps der Cadettenorganisation bei der Parade.

größeren Gruppen und durch berufliche Fachkräfte, praktische Ausübung der Ersten Hilfe und der häuslichen Krankenpflege, Bereitstellung von Hilfsdiensten in Krankenhäusern, Aufstellung von technischen Reservisten für die Sanitätsdienste der Streitkräfte, Organisatorische Vorbereitungen für den Fall eines Notstandes oder Krieges, Ausbildung von Jungen und Mädchen in Erster Hilfe und häuslicher Krankenpflege im Rahmen der staatsbürgerlichen Erziehung. Zusätzlich hat der Orden selbst noch für die Aufstellung von Ambulanz- und Sanitätsdepots und die Aufstellung und Verwaltung eines Krankentransportwesens durch die Ambulance Association oder die Ambulance Brigade Sorge zu tragen und die Herstellung, die Verteilung und den Verkauf von Ambulanzmaterial zu organisieren.

Die Uniform der Brigade, die im Schnitt der der britischen Armee

sich aus 12 — 48 Mitgliedern zusammensetzen. Es gibt „Ambulance Divisions“ für männliche Helfer und „Nursing Divisions“ für Helferinnen; auch kombinierte Divisions sind möglich. Leiter einer Division ist ein Superintendent.

Seit 1922 hat man auch Jugendliche im Alter von 11 bis 16 Jahren zur Mitarbeit herangezogen. Zu diesen St. John Cadets zählen Jungen und Mädchen, die dann mit 16 Jahren gut vorbereitet in die St. John Ambulance Brigade übertreten können.

Sogar bei Kindern wird bereits das Interesse an der Arbeit in dieser Hilfsgemeinschaft geweckt. Für Knaben und Mädchen von 8 bis 11 Jahren hat man die Einrichtung der St. John Juniors geschaffen.

Um allen an sie gestellten Anforderungen gerecht werden zu können, hat die St. John Ambulance Brigade bereits 1934 zwei zusätzliche Einrichtungen geschaffen, die auf die Inselfituation Großbritanniens

zugeschnitten sind. Es wurde ein Dienst an den Stränden geschaffen, um auch hier bei Unfällen sofort Hilfe leisten zu können. Außerdem richtete man im gleichen Jahr einen Sonderdienst zur Betreuung von Kranken auf dem Flug ein (Air Escort Service). Bis zur Gründung des Nationalen Gesundheitsdienstes (National Health Service) in Großbritannien im Jahre 1946 war die St. John Ambulance Brigade für 70 % des freiwilligen Ambulanz-Dienstes verantwortlich.



Der Spender des Krankentransportwagens, Oberstleutnant der Reserve Heinz Behrens (links), seine Gattin und der JUH-Bezirksbeauftragter Georg Waack.

Schnelle Hilfe für verletzte Wochenendurlauber

In jeder Sonntagnacht sind in Plön einige tausend Soldaten auf dem Weg in die Kasernen. Immer wieder passieren dabei Unfälle, oft genug mit tödlichem Ausgang. Große Schautafeln an den Kasernentoren zeigen die traurige Bilanz solcher Wochenenden. Gerade im Bereich der 6. Division in Schleswig-Holstein macht sich der Mangel an Rettungsfahrzeugen, die schnell zur Stelle sind, bemerkbar. Die Unfallhilfen können nicht dort so tätig sein, wie es notwendig ist, da ihnen leider viel zu wenig Krankenwagen zur Verfügung stehen. Sich dieser Schwierigkeiten bewußt, stiftete Oberstleutnant der Reserve Heinz Behrens zusammen mit seiner Frau einen VW-Krankenwagen der JUH-Plön, mit der Auflage, ihn besonders im Bereich der 6. Division einzusetzen. Gerade der JUH-Bezirk Ost mit den Kreisen Plön und Ostholstein umfaßt zahlreiche Standorte, in denen größere Einheiten der Division stationiert sind.

So kommt die Hilfe, die durch diesen zusätzlichen Wagen geleistet werden kann, im verstärkten Maße auch Soldaten zugute.

Kürzlich wurde die feierliche Übergabe der Wagenschlüssel vorgenommen. In Anwesenheit der Vertreter des Landrates, der Polizei u. a. Behörden, der Ortsbeauftragten von Eutin und Plön überreichte Herr Behrens die Schlüssel dem Bezirksbeauftragten Georg Waack. Als Zeichen der Verbundenheit mit der Division übergab er gleichzeitig einen Wappenteller mit den Divisionsymbolen, mit den Worten: „Wenn nur ein Leben durch diesen Wagen gerettet werden kann, sei es eine

Zivilperson oder ein Soldat, dann hat dieser Wagen sich schon bezahlt gemacht.“

An Wochenenden wird der Wagen, besetzt durch die Helferschaft in Eutin und Plön, im Straßenrettungsdienst im Raume Plön eingesetzt. Von Montag bis Freitag ist der Wagen durchgehend eingesetzt im Unfall- und Krankentransport in Plön. Besetzt wird der Wagen in der Woche von JUH-Helfern, die gleichzeitig im Sanitätsbereich der Marine-Unteroffiziers-Schule als Soldaten tätig sind. Unter der Leitung eines Gruppenführers und der fachlichen Aufsicht eines JUH-Arztes, der gleichzeitig als Oberstabsarzt tätig ist, wird das Fahrzeug von Stellen wie der Polizei, dem kommunalen Krankentransportdienst, Ärzten und Krankenhäusern in Anspruch genommen.

Unfallchirurg lobt Erste-Hilfe-Leistungen

Der bekannte Unfallchirurg Prof. Ludwig Zuckschwerdt, dessen Praxis sich in dem hochmodernen Hamburg-Bergedorfer Unfallkrankenhaus befindet, hat sich besonders der Verletzungen der Halswirbelsäule bei Auffahrunfällen angenommen. Außerdem hat er die von dem amerikanischen Heilkundigen erfundene Methode des Wirbels in der Wissenschaft „gesellschaftsfähig“ gemacht.

Dieser angesehene Arzt, der unzählige Unfallpatienten behandelte und Sprecher im Verkehrsmedizinischen

wissenschaftlichen Beirat des Verkehrs- und Gesundheitsministeriums ist, sagte zum Schluß eines Interviews mit der „Welt“:

„Die Ausbildung in Erster Hilfe in Hamburg ist weit besser als anderswo. Was diese Männer, die als Erste am Unfallort sind, leisten, ist so hervorragend, daß viele meiner eigenen Patienten ihnen ihr Leben verdanken.“

Am Hubschrauberlandeplatz des Krankenhauses in Köln-Merheim.



Ein Hubschrauber der Bundeswehr bringt aus dem Sauerland eine Frau, deren Nieren versagen. Ärzte sowie Helfer der JUH bringen die Kranke zu dem JUH-Sanka, der schnell von der nahegelegenen JUH-Unterkunft kam und die Patientin vom Landeplatz zur Dialyse-Station fährt.

Erste-Hilfe-Kurse für Ausländer

Die „Hessische Allgemeine“ berichtet aus Jesberg:

„Einen neuen Weg beschritt die Johanniter-Unfall-Hilfe jetzt mit der Ausbildung ausländischer Gastarbeiter. Organisiert wurden je ein Kurs für Türken und Jugoslawen. In Densberg nahmen 19 jugoslawische Familien an der Ausbildung teil, während in Hundshausen Türken unterrichtet wurden. Damit gelang es, nahezu alle ausländischen Arbeitnehmer zu erfassen.

Verständigungsschwierigkeiten wurden von Dolmetschern überbrückt, darüber hinaus wurden Erste-Hilfe-Fibeln in der jeweiligen Muttersprache verteilt. Anschauungstafeln und Filmmaterial taten ein übriges. Ausbildungsleiter W. Auel wurde stets von drei bis vier weiteren Helfern unterstützt.“

Elektrizitätsmenge

Die abgeleitete Einheit der Elektrizitätsmenge oder elektrischen Ladung ist das **Coulomb (C)**.

Definition:

1 Coulomb ist die Elektrizitätsmenge, die bei einem konstanten elektrischen Strom von 1 Ampere in 1 Sekunde durch einen Leiter fließt (Elektrizitätsmenge = Stromstärke mal Zeit).

$$1 \text{ Coulomb} = 1 \text{ Amperesekunde (A s)}$$

Gebräuchliche Teile und Vielfache:

Millicoulomb	1 mC = 10 ⁻³ C = 10 ⁻³ A s
Kilocoulomb	1 kC = 10 ³ C = 10 ³ A s
Amperestunde	1 Ah = 3600 A s = 3,6 kC

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
Q	Elektrizitätsmenge

Elektrische Kapazität

Die abgeleitete Einheit der elektrischen Kapazität ist das **Farad (F)**.

Definition:

1 Farad ist gleich der elektrischen Kapazität eines Kondensators, der durch die Elektrizitätsmenge 1 Coulomb auf die elektrische Spannung 1 Volt aufgeladen wird (elektr. Kapazität = Elektrizitätsmenge durch Spannung).

Gebräuchliche Teile:

Pikofarad	1 pF = 10 ⁻¹² F
Nanofarad	1 nF = 10 ⁻⁹ F
Mikrofarad	1 μF = 10 ⁻⁶ F

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
C	elektrische Kapazität

24

8. Umrechnungstafel: Kraft

Einheit: **Newton (N)** 1 N ≅ 0,101 97 kp
 1 N ≅ 100 000 dyn

Verhältnis nichtgesetzliche / gesetzliche Einheit	Umrechnungsfaktor*)
1 p ≅ 0,00981 N	0,01
1 kp ≅ 9,80665 N	10
1 Mp ≅ 9806,65 N	10 000
1 dyn ≅ 0,00001 N	0,000 01

Beispiel:

Gegeben ist eine Kraft 15 Mp. Gesucht ist der entsprechende Wert in Newton.

Lösung: 1 Mp = 10 000 N (aufgerundet)
 15 Mp = x N
 $x = \frac{10\,000 \times 15}{1}$
 x = 150 000 N

Umrechnungsformel:

nichtgesetzl. Einheit x Faktor = gesetzl. Einheit

Einsetzen der Werte des Rechenbeispiels in die Formel:

15 Mp x 10 000 = 150 000 N
 150 000 Newton = 150 Kilonewton
 150 000 N = 150 kN

s. Ziff. 1.2 „Vielfache oder Teile von Einheiten“)

*) Der Umrechnungsfaktor (Multiplikator = die Zahl mit der eine andere Zahl malgenommen wird) stellt einen für den allgemeinen Gebrauch auf- bzw. abgerundeten Wert dar, dessen Fehlergrenze für die Belange des Katastrophenschutzes vertretbar erscheint.

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
Lv	Leuchtdichte

Lichtstrom

Der Lichtstrom ist das Produkt aus Lichtstärke und Raumwinkel (Lichtstärke mal Raumwinkel).

Einheit: **Lumen (lm)**

$$1 \text{ lm} = 1 \text{ cd} \times 1 \text{ sr} = 1 \text{ cd sr}$$

(cd sr = Candela-Steradian)

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
Φ	Lichtstrom

Beleuchtungsstärke

Die Beleuchtungsstärke ist der Quotient aus Lichtstrom und Fläche (Lichtstrom durch Fläche).

Einheit: **Lux (lx)**

$$1 \text{ lx} = 1 \text{ lm/m}^2 = 1 \text{ cd sr/m}^2$$

Weitere Einheiten:

$$1 \text{ lm/cm}^2 = 10^4 \text{ lx}$$

$$1 \text{ lm/dm}^2 = 10^2 \text{ lx}$$

Nicht mehr zu verwendende Einheit:

sofort Phot (ph) 1 ph = 1 lm/cm²

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
Ee	Beleuchtungsstärke

21

Elektrische Flußdichte, Verschiebung

Die abgeleitete Einheit der elektrischen Flußdichte oder Verschiebung ist das **Coulomb durch Quadratmeter (C/m²)**.

Definition:

1 Coulomb durch Quadratmeter ist gleich der elektrischen Flußdichte in einem Kondensator, dessen beide unendlich große und im Vakuum parallel zueinander angeordnete Platten je Quadratmeter gleichmäßig mit der Elektrizitätsmenge 1 Coulomb aufgeladen wären (elektr. Flußdichte = Elektrizitätsmenge durch Fläche).

Weitere Einheiten: C/mm², C/cm², kC/m², MC/m²

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
D	elektrische Flußdichte, Verschiebung

Elektrische Feldstärke

Die abgeleitete Einheit der elektrischen Feldstärke ist das **Volt durch Meter (V/m)**.

Definition:

1 Volt durch Meter ist gleich der Feldstärke eines homogenen elektrischen Feldes, in dem die Potentialdifferenz zwischen zwei Punkten im Abstand von 1 Meter in Richtung des Feldes 1 Volt beträgt (elektr. Feldstärke = Spannung durch Weg).

Weitere Einheiten: V/cm, kV/m usw.

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
E	elektrische Feldstärke

Magnetischer Fluß

Die abgeleitete Einheit des magnetischen Flusses ist das **Weber (Wb)**.

Definition:

1 Weber ist gleich dem magnetischen Fluß, bei dessen gleichmäßiger Abnahme während 1 Sekunde auf Null in einer ihn umschlingenden Windung die Spannung 1 Volt induziert wird (magnet. Fluß = Spannung mal Zeit).

2.5 Elektrizität und Magnetismus

Bearbeitung: Dipl.-Ing. Peter Zscheile

Stromstärke

Die Stromstärke ist eine Basisgröße des Internationalen Einheitensystems mit der Basiseinheit **Ampere (A)**.

Definition:

1 Ampere ist die Stärke eines konstanten elektrischen Stromes, der zwischen zwei im Abstand von 1 Meter im Vakuum angeordneten Leitern je Meter Länge elektrodynamisch die Kraft von 1/5.000.000 Kilogramm durch Sekundengrad hervorruft (Stromstärke = Spannung durch Leistung).

Gebräuchliche Teile und Vielfache:

Pikoampere	1 pA = 10 ⁻¹² A
Nanoampere	1 nA = 10 ⁻⁹ A
Mikroampere	1 μA = 10 ⁻⁶ A
Milliampere	1 mA = 10 ⁻³ A
Kiloampere	1 kA = 10 ³ A

Allgemeine Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
I	Stromstärke

Elektrische Spannung, elektrische Potentialdifferenz

Die abgeleitete Einheit der elektrischen Spannung oder Potentialdifferenz ist das **Volt (V)**.

Definition:

1 Volt ist gleich der Spannung eines fadenförmigen Leiters, in dem bei konstantem Strom der Stärke 1 Ampere die Leistung 1 Watt zwischen zwei Punkten umgesetzt wird (Spannung = Leistung durch Stromstärke).

Gebräuchliche Teile und Vielfache:

Millivolt	1 mV = 10 ⁻³ V
Kilovolt	1 kV = 10 ³ V
Megavolt	1 MV = 10 ⁶ V

22

Das Weber darf auch als **Voltsekunde (V s)** bezeichnet werden.

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
Φ	magnetischer Fluß

Magnetische Flußdichte oder Induktion

Die abgeleitete Einheit der magnetischen Flußdichte oder Induktion ist das **Tesla (T)**.

Definition:

1 Tesla ist gleich der Flächendichte des homogenen magnetischen Flusses 1 Weber, der die Fläche 1 Quadratmeter senkrecht durchsetzt (magnet. Flußdichte = magnet. Fluß durch Fläche).

Weitere Einheiten: nT, μT, mT

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
B	magnetische Flußdichte, Induktion

Induktivität

Die abgeleitete Einheit der Induktivität ist das **Henry (H)**.

Definition:

1 Henry ist gleich der Induktivität einer von einem Strom der Stärke 1 Ampere durchflossenen Windung, die im Vakuum den magnetischen Fluß 1 Weber umschließt (Induktivität = magnet. Fluß durch Stromstärke).

Weitere Einheiten: pH, nH, μH, mH

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
L	Induktivität

Magnetische Feldstärke

Die abgeleitete Einheit der magnetischen Feldstärke ist das **Ampere durch Meter (A/m)**.

26

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
U	elektrische Spannung

Elektrischer Widerstand

Die abgeleitete Einheit des elektrischen Widerstandes ist das **Ohm (Ω)**.

Definition:

1 Ohm ist gleich dem elektrischen Widerstand eines fadenförmigen Leiters, durch den bei der Spannung 1 Volt ein konstanter Strom der Stärke 1 Ampere zwischen zwei Punkten fließt (elektr. Widerstand = Spannung durch Stromstärke bzw. Leistung durch Stromstärke zum Quadrat).

Gebräuchliche Teile und Vielfache:

Milliohm	1 mΩ = 10 ⁻³ Ω
Kiloohm	1 kΩ = 10 ³ Ω
Megaohm	1 MΩ = 10 ⁶ Ω
Gigaohm	1 GΩ = 10 ⁹ Ω

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
R	elektrischer Widerstand

Elektrischer Leitwert

Die abgeleitete Einheit des elektrischen Leitwertes ist das **Siemens (S)**.

Definition:

1 Siemens ist gleich dem Leitwert eines Leiters vom elektrischen Widerstand 1 Ohm (elektr. Leitwert = Stromstärke durch Spannung).

Gebräuchliche Teile und Vielfache:

Millisiemens	1 mS = 10 ⁻³ S
Kilosiemens	1 kS = 10 ³ S

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
G	elektrischer Leitwert

23

Definition:

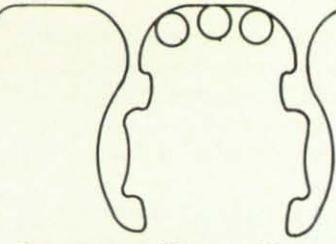
1 Ampere durch Meter ist gleich der magnetischen Feldstärke, die ein Strom von 1 Ampere in einem im Vakuum liegenden Leiter auf einer quer zum Leiter liegenden Kreisfläche von 1 Meter Umfang hervorruft (magnet. Feldstärke = Stromstärke durch Meter).

Weitere Einheiten: A/mm, A/cm, kA/m

Allgemeines Formelzeichen nach DIN 1304:

Formelzeichen	Bedeutung
H	magnetische Feldstärke

27



AKTUELLE NACHRICHTEN

Kindersicher verpackte Arzneimittel

Den — zum Teil tödlichen — Unfällen, die durch ungenügend sicher aufbewahrte Arzneimittel in Kinderhand verursacht werden, hat die Arznei-Lebensmittel-Behörde in den USA den Kampf angesagt. Ein Entwurf dieser Behörde sieht vor, daß Salizylat, welches in Röhrchen oder Flaschen zum Verkauf kommt, nur in Behältnissen mit einem kindersicheren Verschuß abgegeben werden darf.

Dieser Verschuß muß so beschaffen sein, daß ein Kind im Alter von drei bis vier Jahren nicht in der Lage sein darf, ihn zu öffnen.

Konvention zum Schutz der Meere

Im November 1972 wurde in London eine internationale Vereinbarung getroffen, die für die Zukunft eine weitere Verseuchung der Ozeane verhindern soll. Bisher haben 91 Länder — darunter alle seefahrenden Nationen — dieser Abmachung zugestimmt. Die Regierungen dieser Länder werden künftig dafür verantwortlich sein, welche Art von Abfällen in welchen Mengen an welcher Stelle ins Meer geleitet werden.

Der „Pakt von London“ tritt allerdings erst dann in Kraft, wenn mindestens 15 Signaturstaaten die Vereinbarung unterzeichnet haben. Die Vereinbarung sieht für einige Stoffe ein absolutes Verbot ihrer Beseitigung in den Ozeanen vor, z. B. für stark radioaktive Abfälle wie Cadmium und Quecksilber u. a. m. Abfälle, die Blei, Chrom, Arsen, Zyanide und Fluoride enthalten, dürfen nur mit Sondergenehmigungen ins Meer gebracht werden.

Hohe Erträge durch Mutation

Im Kampf gegen Hungerkatastrophen haben dänische Wissenschaftler einen erheblichen Fortschritt erzielt. Ihnen ist es gelungen, durch die Züchtung einer neuen Gerstensorte durch Bestrahlung und chemische Behandlung auf der Basis der Mutation, den Nährwert dieses Getreides um 50 Prozent zu steigern.

In etwa zwei Jahren wird die neue Getreidesorte — so der Leiter der Forschergruppe, John Ingversen — zum allgemeinen Anbau zur Verfügung stehen.

Zur Überwindung der Lebensmittelknappheit in den Ländern der dritten Welt wird sie dann neben dem bereits früher in den USA gezüchteten „Supermais“ mit ebenfalls hohen Erträgen eine erhebliche Rolle spielen.

Frankreich stellt mobile Hilfskolonnen auf

Insgesamt sechs mobile Kolonnen des Zivilschutzes werden in Frankreich im Rahmen des sogenannten Planes VI aufgestellt. Die erste dieser Kolonnen steht bereits und hat — und damit zum ersten Male Einheiten des französischen Zivilschutzes überhaupt — an der traditionellen Parade zum 14. Juli im vergangenen Jahre teilgenommen. Die Stärke dieser mobilen Kolonne: 180 Mann, 35 Fahrzeuge — davon 17 mit Anhänger. Die Kolonne verfügt über 12 Sende- und Empfangsstationen und eine beträchtliche Material-Ausrüstung. Sie ist in eine Kommando-Abteilung und vier spezielle Dienste gegliedert, die für die Feuerbekämpfung, die Aufräumung und Instandsetzung, die Erste Hilfe und für ABC-Einsätze zuständig sind.

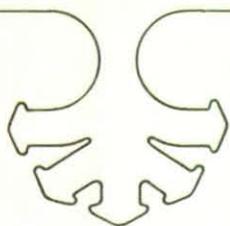
Alle Fahrzeuge tragen auf der Karosserie das Emblem des Zivilschutzes, ein gelbes Band mit gelbem Dreieck auf schwarzem Grund. Das Personal dieser ersten mobilen Hilfskolonne gehört der Ersten Instruktions- und Einsatzeinheit des Zivilschutzes an und ist mit der Brigade der Berufsfeuerwehr von Paris organisatorisch verbunden; es untersteht dem mit der Wahrnehmung der Zivilverteidigung beauftragten Innenministerium.

Zusammenarbeit bei Katastrophen

Die Sanitätsdienste der im Rahmen der EUROGROUP zusammenarbeitenden Länder — BRD, Belgien, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Türkei — werden künftig ihre Ausbildungsgrundsätze für medizinisches Fach- und Pflegepersonal aufeinander abstimmen. Eine solche standardisierte Ausbildung macht Einsparungen und Rationalisierungen möglich. Das gesamte Unterrichtsmaterial soll programmiert werden, man wird die gemeinsame Beschaffung und Stationierung von Rettungshubschraubern für den friedensmäßigen Unfall-Rettungsdienst prüfen. Eine gemeinsame Studie, die eine gegenseitige rasche Unterstützung in einem Katastrophenfall sicherstellen soll, geht von der breit angelegten sanitätsdienstlichen Hilfe auf Gegenseitigkeit aus — dies bedingt selbstverständlich einen gut funktionierenden Nachrichtendienst. Die USA und Kanada sowie das Oberste Alliierte Hauptquartier in Europa sind durch Beobachter bei den Fachsitzungen vertreten; auch sie werden von den Arbeitsergebnissen der gemeinsamen Untersuchungen profitieren.

BW - Rettungshubschrauber flog 300 Einsätze

Der beim Test-Rettungszentrum in Ulm stationierte Einsatzhubschrauber der Bundeswehr hat bisher mehr als 300 Einsätze geflogen. Der Einsatz dieses Rettungshubschraubers wird von der DRK-Leitstelle in Ulm gelenkt, bei der alle diesbezüglichen Notfallmeldungen eingehen; darunter, außer denen der Polizei, des ADAC und der Autobahnmeisterei, auch solche direkt aus der Bevölkerung. Ein ständig anwesender Notarzt, der über Funk direkt mit der Polizei, dem Hubschrauber und anderen Einsatzfahrzeugen in Verbindung steht, entscheidet, welche Organisation zur Hilfeleistung herangezogen wird und welches Transportmittel zum Einsatz kommt. Bei der Rettung von Unfallopfern kommt es darauf an, daß alle Stellen reibungslos arbeiten. Der Rettungshubschrauber der Bundeswehr ist in dieser Kette ein wichtiges Glied.



PRESSESCHAU DES INLANDS

Gefährliche Straßentransporte

Die Gefährdung der Öffentlichkeit durch Unfälle beim Straßentransport gefährlicher Stoffe nimmt immer mehr zu. Es wäre an der Zeit, einmal zu untersuchen, ob diese erhöhte Gefährdung nicht durch eine weitgehende Transportpflicht der in Frage kommenden Stoffe mit der Bundesbahn vermindert werden könnte. Der nachstehend geschilderte Unfall steht für viele gleichartige Vorkommnisse.

Ein Lieferwagen prallte auf einen Tanklastzug auf, der mit 21 000 l Salzsäure — für ein chemisches Werk bestimmt — gefüllt war. In kürzester Zeit war die Unfallstelle in dichte Salzsäuredämpfe gehüllt. Der Fahrer des Lieferwagens verlor, als er den Schaden ansehen wollte, plötzlich das Bewußtsein, er mußte von einem mit einem Bundesgrenzschutzhubschrauber eingeflogenen Notarzt behandelt werden. Infolge starker Vergiftungserscheinungen mußte eine Bluttransfusion vorgenommen werden, anschließend kam er auf die Intensivstation eines Krankenhauses. Auch ein Polizist mußte an Ort und Stelle behandelt werden. Der Verkehr auf der Anschlußstelle der Autobahn war stundenlang blockiert. Die eingesetzte Feuerwehr arbeitete mit Schutzzanzügen, Atemschutzhelmen und Sauerstoffgeräten.
(Kölner Stadt-Anzeiger)

Maßnahmen zum Schutze des Menschen

Es ist eine Tatsache, daß alles, was mit der zivilen Verteidigung zusammenhängt, vom Bürger nicht unbedingt mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen wird. Ihn interessieren dabei vor allem die Maßnahmen, die dem Schutz des Menschen dienen. Alle diese Maßnahmen sind nun aber unter dem Sammelbegriff „Zivilschutz“ zusammengefaßt worden.

Ein Teil der Aufwendungen für die zivile Verteidigung verstärkt zugleich die Katastrophenabwehr und das Rettungswesen im Frieden; es bringt somit — für jedermann sichtbar — unmittelbaren Nutzen. Die bisher aufgewandten Geldmittel für die zivile Verteidigung sind jedoch zu gering, insbesondere im Verhältnis zu den Ausgaben des Staates für die militärische Verteidigung. Obwohl für den Fall eines militärischen Konfliktes bestimmt, leistet die zivile Verteidigung einen wichtigen Beitrag zur dringend notwendigen Verstärkung der Katastrophen- und Unfallabwehr im Frieden.

(Inf. z. pol. Bildung, Bonn)

Betriebsschutz als Katastrophenschutz

Die Neuordnung des Katastrophenschutzes sieht vor, daß auch die Betriebe mitwirken, indem sie für ihren Bereich einen eigenen Katastrophenschutz aufstellen. Dieser Katastrophenschutz kann im Bedarfsfall eine vielfältige Rolle spielen.

Die betriebseigenen Katastrophenschutzorganisationen sollen die nachstehenden Aufgaben wahrnehmen können: Hilfeleistung bei Unfällen; Bergung und Rettung von Menschen und deren sachgerechte Versorgung, Betreuung und Abtransport; Bekämpfung von Bränden; Einsatz und Hilfeleistung bei schweren Katastrophen und Schadensfällen; Nachbarschaftshilfe bei Unglücksfällen, Bränden und Katastrophen. An Hand von Werksanalysen, die nicht nur die mögliche Gefährdung des Betriebes aufzeigen, kann festgestellt werden, ob vorhandene Kräfte für die Wahrnehmung eines betrieblichen Katastrophenschutzes ausreichen. Eine betriebliche Katastrophenschutzorganisation erfüllt ihren Zweck nur dann, wenn ihre Einsatzbereitschaft jederzeit sichergestellt ist. Hierzu ist eine wesentliche Voraussetzung der Alarmplan, der ständig auf dem neuesten Stand gehalten werden muß. In ihm sind auch die Maßnahmen, die im Falle einer Katastrophe zu treffen sind, festzuhalten.

(Inf. d. Handelskammer, Hamburg)

Eingemottete Krankenhäuser

Insgesamt acht Hilfskrankenhäuser befinden sich im Lande Niedersachsen im Bau; Maßnahmen, die vorsorglich für den Fall einer größeren

Katastrophe getroffen werden, damit die Zivilbevölkerung eine möglichst ausreichende Betreuung erfahren kann. In Oedeme ist ein Hilfskrankenhaus jetzt im Rohbau fertig geworden.

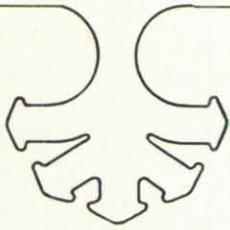
Hilfskrankenhäuser sind trümmer- und strahlensichere Schutzbauten. Sie gehören zum Konzept der zivilen Verteidigung und bieten im Falle von Katastrophen die nötige ärztliche Versorgung. Die technischen Einrichtungen sind darauf abgestellt, einen reibungslosen Behandlungsablauf auch dann zu gewähren, wenn der Bunker einen Monat lang von der Außenwelt abgeschnitten ist. Ein eigenes Wasserwerk mit einem 35 m tiefen Brunnen, ein Kraftwerk und ein Belüftungssystem mit Grobsandfiltern gehören dazu. Eine wichtige Rolle spielt auch der Schutz gegen radioaktive Strahlen. Verseuchte Patienten werden in einer besonderen Abteilung entgiftet; sie können bereits während dieses Vorganges chirurgisch behandelt werden.
(Lüneburger Landeszeitung)

Katastrophen - Warndienst geplant

Nüchtern betrachtet, muß man feststellen, daß die Bundesrepublik im Jahre 1972 von mehr Unwettern und Katastrophen heimgesucht wurde, als in den ganzen Jahren zuvor. Unwetter-Katastrophen in Stuttgart, im Spessart und im Bayrischen Wald und die orkanartigen Stürme im November, die in der Bundesrepublik schwere Schäden verursacht haben. Doch die Katastrophen traten auch an anderen Stellen der Erde auf.

Meldungen über den Notstand durch riesige Waldbrände in der UdSSR, die Flutkatastrophe in Südkorea, den Wirbelsturm über der niederländischen Insel Ameland und das große Unwetter in Nordfrankreich sind noch in Erinnerung. Die Umweltexperten der UN haben sich jetzt dieser Problematik angenommen, weil das keine zufällige Häufung von Katastrophen mehr ist, sondern Jahr um Jahr damit zu rechnen ist. Es wird an Plänen gearbeitet, vor allem den Naturkatastrophen wirksamer zu begegnen. Es soll ein weltweites, wirksames Naturkatastrophen-Warnsystem errichtet werden, dessen Schwerpunkte im Bereich tropischer Stürme und der Erdbeben liegen soll.

(umweltpresse aktuell, Bonn)



Presseschau DES AUSLANDS

Eine unbefriedigende Definition

de paladijn

Nach einem Zwischenbericht der Kommission zur Koordinierung der Hilfeleistung in den Niederlanden wurden mehrfach Beiträge zur Meinungsbildung veröffentlicht, die sich in der Anwendung des Wortes „Friedenskatastrophe“ keine Zurückhaltung auferlegen. Allerdings wird nicht der Versuch gemacht, dieses Wort zufriedenstellend zu definieren — es bleiben daher einige kritische Anmerkungen unbeantwortet. Trotzdem wird erwartet, daß aus dem Kontakt der BB-Chefs ein neuer Plan zur Hilfeleistung geboren wird, wobei Feuerwehr und BB — bei Friedenskatastrophen — die beiden wichtigsten Komponenten sein sollen. Ist es nicht so, daß eine Kriegssituation mit ihrer Beeinträchtigung des sozialen Lebens, ihrer Anfälligkeit für weitere Katastrophen, ihren militärischen Eventualitäten ganz andere Voraussetzungen erfordert, als etwa ein Einsatz bei Friedenskatastrophen? Der Beistand des BB kann doch wohl, weil der Personalstand des BB im Frieden gar nicht vorhanden ist, nur darin bestehen, daß Material, welches von anderen bedient werden muß, zur Verfügung gestellt wird. Um Hilfspersonal verfügbar zu haben, verginge viel zu viel Zeit; in einem Katastrophenfall im Frieden, kann man einfach nicht warten, bis die Mannschaften des BB mobilisiert sind.

(Den Haag, Nr. 3/1972)

Kritik an Einsparungsmaßnahmen

Jyllands-Posten

Das war eine schlechte Idee im Sparplan des Untersuchungsausschusses, die Zivilverteidigung durch die Ein-

sparungen praktisch zu liquidieren. Bisher ist die ganze, die Zivilverteidigung betreffende Entwicklung in Dänemark sehr unbefriedigend gewesen. Ursprünglich ausgezeichnete Gesetze zum Schutze der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten und bei Katastrophen sind leider niemals ernsthaft realisiert worden. So kommt es, daß es heute massenweise Gebäude gibt, die ohne Schutzräume und damit tatsächlich „ungesetzlich“ errichtet wurden. Aber-tausende von Menschen haben sich viele Jahre hindurch — auf freiwilliger Basis — an der Arbeit der Zivilverteidigung beteiligt, doch die bewilligten Mittel entsprachen in keiner Weise den gesetzlichen Bestimmungen. Im Ausbildungswesen, in der Materialausstattung und in der Öffentlichkeitsarbeit hinkte man hinterher. Die bestehenden Zivilschutzkolonnen sind trotzdem gut ausgebildete Einheiten mit gutem Material; sie leisten oftmals vorbildliche Einsätze.

Leider wurde die Zivilverteidigung weder wirtschaftlich noch politisch auf einen wichtigen Platz im Bewußtsein der Öffentlichkeit gestellt. Sie könnte unzweifelhaft viel mehr im Frieden zum Einsatz kommen.

(Viby/Dänemark)

Medizinische Betreuung bei Katastrophen



Internationale Zivilverteidigung

Die während des Erdbebens von Skoplje gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, daß der Sanitätsdienst bei Katastrophen in der Lage sein muß, eine vollständige, umfassende medizinische Hilfe zu leisten und nicht nur die direkten Opfer, d. h. die Verletzten, zu betreuen. Es hängt von den getroffenen Vorbereitungen ab, wie wirksam der Einsatz des Sanitätsdienstes werden kann. Diese Vorbereitungen müssen sich u. a. auf die Schaffung eines Organisations- und Arbeitsplanes eines Gesundheitsdienstes beziehen, der die Auswirkungen der Katastrophe — soweit voraussehbar — unter Berücksichtigung vorangegangener Analysen beseitigen soll. Natürlich hängt ein solcher Plan von der bestehenden Organisation des

Gesundheitsdienstes im betreffenden Land ab. Es sollte prinzipiell nicht ein einheitliches Schema angestrebt werden, vielmehr die Möglichkeit einer Anpassung an die besonderen Erfordernisse und Probleme des jeweiligen Gebietes gegeben sein. Es darf nicht übersehen werden, daß man es immerhin mit mehreren unbekanntem Faktoren zu tun hat, die jeder Katastrophe zu eigen sind und die selbst die gründlichste Analyse nicht voraussehen kann.

(Genf, Nr. 208)

Durchgreifende Reform muß kommen

Civilforsvars Bladet

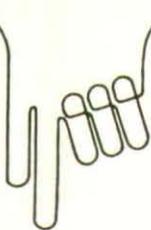


Auf der Generalversammlung des Landesverbandes des kommunalen Zivilschutzpersonals (KCFL) in Holbaek wurde sehr offen darüber gesprochen, daß im dänischen Zivilschutz eine durchgreifende Reorganisation stattfinden müsse. Die Angehörigen des kommunalen Zivilschutzes dürfen sich in Zukunft nicht nur als „Besoldungsempfänger“ fühlen, sondern müssen sich bemühen, fachlich gut qualifiziert zu sein.

Eine Reform, von vorurteilsfreiem Umdenken getragen, ist heute eine Bedingung für den Weiterbestand der Zivilverteidigung geworden. Dies sollte aber nicht so verstanden werden, daß die bis heute geführte „Sandkasten-Politik“ fortgesetzt werden soll, vielmehr ist das eine Aufforderung an alle Mitglieder des KCFL, sich für die weitere Existenz der Zivilverteidigung und deren gegebenen Platz im dänischen Staatswesen einzusetzen — ohne Berücksichtigung kleinlicher Sonderinteressen.

Mit einiger Besorgnis wird ein bisher nicht veröffentlichter Plan zur Kenntnis genommen, der angeblich die Stilllegung von etwa vierzig Zivilschutzgebieten vorschlägt. Die Angestellten im kommunalen Zivilschutz sollten auf jeden Fall Gelegenheit erhalten, sich zu solchen Plänen zu äußern.

(Kopenhagen, Nr. 4/72)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Emo — National Digest
Ottawa/Kanada. Nr. 6/7 1972

Der sowjetische Zivilschutz

Die kanadische Zivilschutz-fachzeitschrift macht den Versuch, ihre Leser mit dem Inhalt eines im Jahre 1969 in der Sowjetunion von verschiedenen Autoren herausgegebenen Handbuchs vertraut zu machen.

Als Grundgedanke wird erkennbar, eine gewisse Überlegungsbrücke zwischen der UdSSR und Kanada — den Zivilschutz betreffend — herzustellen, zumal auch in Kanada große Gebiete landwirtschaftlicher Struktur bestehen.

Für den Leser ist es nicht ohne Spannung, hier konzentriert die wichtigsten Überlegungen der Sowjets kennenzulernen — das Handbuch befaßt sich in der Hauptsache mit dem Zivilschutz in der Landwirtschaft und behandelt auch die Evakuierung der Stadtbevölkerung in ländliche Gebiete. An erster Stelle stehen die Überlegungen und Maßnahmen, die auch in einem Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung der UdSSR mit Lebensmitteln sicherstellen sollen. Die Produktion dieser Lebensmittel selbst soll auch unter den schwierigsten Bedingungen aufrechterhalten bleiben.

Die Weisungen und Anregungen des Handbuchs gehen, das wird deutlich sichtbar, bis in alle Lebensbereiche der sowjetischen Bevölkerung hinein.

Civilforsvars Bladet
Kopenhagen, Nr. 3/1972

Zivilverteidigung in Dänemark

Die dänische Zivilschutz-Fachzeitschrift bringt einen Sonderdruck heraus, der Daten über die dänische

Zivilverteidigung enthält. Dieser Sonderdruck wird an die Presse und an alle dänischen Parlamentsmitglieder versandt. Eine eingehende Erläuterung des Begriffes der Zivilverteidigung aus der Sicht dänischer Experten bildet die Einleitung.

Die derzeitige Planung des Zivilschutzes in Dänemark geht von der Beurteilung der wahrscheinlichen Kriegssituation auf dänischem Gebiet aus. Man rechnet mit großer Wahrscheinlichkeit mit Angriffen, bei denen konventionelle Waffen und kleinere A-Waffen eingesetzt werden, die möglicherweise vom Einsatz chemischer Waffen begleitet werden.

Andererseits hat man natürlich längst erkannt, daß eine so umfangreiche Organisation, wie sie von der Zivilverteidigung im Hinblick auf einen Krieg aufgebaut wurde, auch im Frieden optimal genutzt werden muß.

Man denkt dabei daran, daß von seiten der Organisation Hilfe bei Katastrophen geleistet werden soll. Der Sonderdruck gibt einen genauen Überblick über die organisatorische Struktur und die Art der Ergänzung des Personalbestandes.

Wehrkunde
München, Nr. 1/1973

Gesamtverteidigung I

In der in München erscheinenden Fachzeitschrift veröffentlicht Horst von Zitzewitz die erste Folge einer Ausarbeitung über die Gesamtverteidigung. In der Artikelserie will der Verfasser die Konsequenzen aufzeigen, die sich nach seiner Auffassung für die Bundesrepublik Deutschland aus der Ausweitung der Verteidigungspolitik zur Sicherheitspolitik ergeben.

Er übernimmt eine schweizerische Definition des Begriffes Sicherheitsstrategie: „den umfassend konzipierten Einsatz aller Kräfte der Nation zur Verwirklichung der sicherheitspolitischen Ziele gegenüber einer zum Machtgebrauch bereiten Umwelt“.

Ausgehend von einer systemanalytischen Bestandsaufnahme, deren Kern die Feststellung ist, daß die Bundesrepublik 17 Jahre nach ihrer Wiederbewaffnung immer noch kein voll funktionsfähiges System ihrer Gesamtverteidigung hat —

er nennt auch die Gründe dafür, — kommt der Verfasser auch auf den zivilen Bereich der Verteidigung zu sprechen. Nachdem in der BRD aus psychologischen Gründen zunächst ein Ziviler Bevölkerungsschutz gebildet wurde, ist nach der Suezkrise von 1956 aufgrund einer Empfehlung des Nordatlantikrates an seine Mitglieder auch eine Zivile Notstandsplanung in Angriff genommen worden. Zitzewitz stellt der Gesamtverteidigung aus militärischer Sicht die aus ziviler Sicht gegenüber. Weitere Untersuchungen betreffen die Grundlagen eines deutschen Sicherheitskonzeptes, die gemeinsame Verteidigung nach dem Nordatlantikvertrag, die sicherheitspolitischen Ziele u. a. mehr.

information bulletin
Washington, Nr. 264

Das Rundfunk-Warnsystem in den USA

Eine erschöpfende Zusammenstellung derjenigen Maßnahmen, die in den USA vor dem derzeit in Gebrauch befindlichen Rundfunk-Alarmssystem geplant und auch realisiert waren, gibt Assistenzdirektor Charles Joyce in seinem Beitrag. Es besteht heute kein Zweifel mehr daran, daß ein adäquates Warnsystem ein Schlüsselfaktor für die Rettung von Menschenleben ist. Seit mehr als 20 Jahren wird in den USA versucht, mit staatlicher Hilfe die Installation von Warnsirenen in den Gemeinden zu intensivieren — es ist festzustellen, daß die Aktion längst nicht zum gewünschten Erfolg geführt hat.

Eingehende Untersuchungen über die Möglichkeiten des Einsatzes von Rundfunksystemen — eine Ausstrahlung über Rundfunk und Fernsehen — führten zunächst zum Versuch mit dem System Conelrad. Ab 1963 wurde dieses System durch das Emergency-Broadcast-System ersetzt; ein 1951 zusätzlich eingeführtes System unter Verwendung der NEAR — Nationales Notstandssignalgerät — mußte wegen verstärkter Störungen auf dem Frequenzband von NEAR aufgegeben werden.

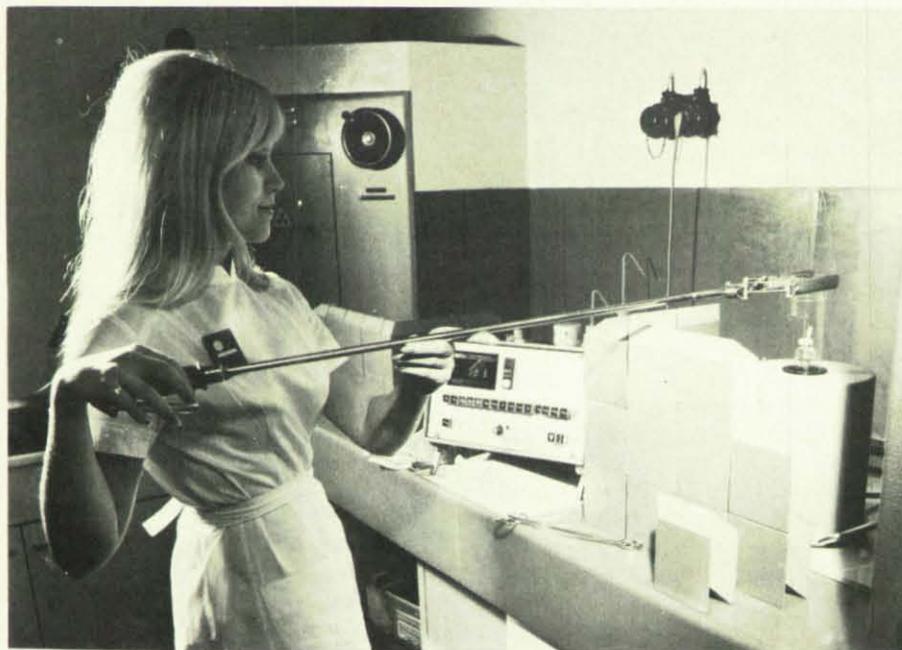
Der Aufsatz schließt mit den inzwischen angestellten Überlegungen zur Verbesserung des EBS-Systems, wobei in aller Breite die grundsätzlichen Forderungen an ein solches System behandelt werden.

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Ein Meßgerät für nuklear- medizinische Laboratorien

Beim Umgang mit radioaktiven Präparaten für diagnostische und therapeutische Zwecke ist es erforderlich, mit geeigneten Geräten

Strahlungsleistung und wird, da Gasdruck, Gasvolumen und elektrische Spannung konstant bleiben, zur direkten digitalen Anzeige der Aktivität benutzt. Bei dem Gerät sind die Ionisationskammer und die Meßelektronik voneinander getrennt und durch ein Koaxialkabel miteinander verbunden. Diese Anordnung gestattet das Aufstellen der Ionisationskammer hinter einer Bleiburg, während die Meßelektronik außerhalb frei zugänglich bedient werden kann. Zur raschen Auswahl des zu messenden Radionuklids stehen 14 Drucktasten an der Meßelektronik zur Verfügung sowie eine Drucktaste für „freie Wahl“. Der Meßvorgang wird mit einem Startknopf eingeleitet und läuft automatisch ab.



die Aktivität zu messen und zu kontrollieren. Zur Aktivität von Radiopharmaka ist das von einer deutschen Firma entwickelte Meßgerät besonders geeignet. Es können die Präparate direkt in den benötigten Mengen gemessen werden; schon nach kurzer Zeit liegt ein zuverlässiges Ergebnis vor. Dieses exakte Meßergebnis ist sehr viel genauer als die rechnerische Methode nach Volumenmengen. Zur Messung der Aktivität wird die ionisierende Wirkung der Kernstrahlung auf ein Gas angewandt. In einer mit Argon gefüllten Ionisationskammer entstehen Ladungsträgerpaare, so daß bei einer angelegten Spannung zwischen Außenmantel und Innenelektrode ein Strom fließt. Dieser mittlere Kammerstrom ist ein Maß für die

Ein Leichtgewicht unter den Bohrhämmern

An Motor-, Bohr- und Aufbrechhämmer werden besondere Anforderungen gestellt. Für viele Aufgaben erstrecken sich die Forderungen nicht nur auf eine leichte, tragbare Ausrüstung, sondern auch auf hohe Leistung und große Zuverlässigkeit. Die Herstellerfirmen arbeiten hier laufend an Verbesserungen. So konnte z. B. die Bohrgeschwindigkeit eines Gerätes, das in der Bundesrepublik hergestellt wird, aber weit darüber hinaus bekannt ist, seit 1955 von 150 mm/min auf 280 mm/min erhöht werden, und das bei einem Bohrkopfdurchmesser von 29 mm in mittelharten Granit. Zu einer Reihe von

weiteren Verbesserungen gehört auch die Steigerung der maximalen Bohrtiefe von 4 auf 6 m. Rein schematisch läßt sich das Gerät, das nur 25 kg wiegt, in eine Motoreinheit und eine Bohreinheit aufteilen. Die Motoreinheit besteht aus einem einzylindrigen Zweitakt-Benzinmotor mit Luftkühlung und schwimmerlosem Vergaser. Der Motor, dessen Hubraum 70 cm³ beträgt, wird mit einem Seil angelassen. Die Bohreinheit erfolgt mit Schlag, Rotation und Luftspülung.

Mit dem Betriebswähler kann das Gerät sekundenschnell in die gewünschte Betriebsstellung, Bohren oder Aufbrechen, gebracht werden. Außer dem Zubehör, das mit der Maschine in serienmäßiger Ausstattung geliefert wird (Transport-

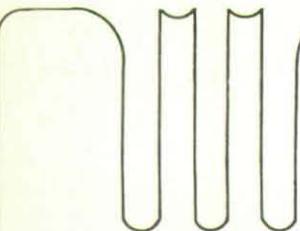


kasten, Werkzeugsatz, Kraftstoffbehälter usw.), gibt es noch ein großes Werkzeugsortiment für verschiedene Arbeitsaufgaben. Ein Test anlässlich einer Katastrophenschutzübung in einem größeren Kölner Werk ergab, daß sich dieser kompressorunabhängige Universalhammer gut für Mauerdurchbrüche, also zu einem schnellen und wirkungsvollen Rettungseinsatz eignet.

H. F.

Hinweis

Namen und Anschriften der Hersteller oder Lieferanten der auf dieser Seite beschriebenen Geräte oder Mittel können bei der Redaktion ZS-Magazin, 5 Köln 41, Eupener Straße 74, Tel.: 49 50 71, erfragt werden.



neue BÜCHER

Damit wir morgen leben können

Herausgegeben von Dieter Kloss
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart
DM 14,—

Namhafte Experten der verschiedensten Gebiete des öffentlichen Lebens haben Beiträge zu diesem Buch geschrieben, welches damit einen Gesamtkatalog über die geplanten Reformbestimmungen darstellt. Um nur einige zu nennen: O. von Nell-Breuning schreibt über Sozialpolitik; H. D. Kloss befaßt sich mit der Gesundheitspolitik; Menke-Glückert untersucht das Problem des Umweltschutzes; O. Fehrenbach durchleuchtet die Verteidigungspolitik. Bekannte Politiker — Wehner, Barzel und Mischnik — nehmen Stellung zu Reformen im öffentlichen Leben aus der Sicht der Parteien. Der mündige Bürger aber wird hier angesprochen, der diesen Fragen über Reformen nicht ausweichen sollte.

Die neue DIN 1045 – ihre Bedeutung und Anwendung

Herausgegeben vom Verband
Beratender Ingenieure VBI.
Vertrieb: Margreff Druck, Essen.
DM 30,—.

Die neue DIN 1045 ist fertiggestellt, ihre Inkraftsetzung steht unmittelbar bevor. Dadurch werden Betonbauwerke wieder nach fortschrittlichen Grundlagen geplant und ausgeführt werden. Die weitreichende Umstellung dieses für den Betonbau wichtigsten Normblattes wird größere Auswirkungen auf die tägliche Arbeit der Ingenieure haben. In diesem Zusammenhang werden sich Änderungen der Lastannahmen und Berechnungsmethoden bei Schuttbauwerken des Grundschatzes ergeben müssen. Die vorliegende

Broschüre des Verbandes Beratender Ingenieure soll deshalb Architekten und Ingenieuren Arbeiterleichterung bringen.

Sie enthält folgende Vorträge:
Der Sicherheitsbegriff im Bauwesen — Prof. Dr. Ing. H. Rüsck, TU München;
Wie wirkt sich die neue DIN 1045 auf die Konstruktionspraxis im Stahlbeton aus? — Prof. Dr. Ing. H. Kupfer, TU München;
Notwendige Forschungsarbeiten zur Vorausbestimmung des Brandverhaltens von Bauwerken — Prof. Dr. Ing. K. Kordina, TU Braunschweig.

Der Gott stürzt seine Engel

Von Aino Kuusinen
Herausgegeben
von Wolfgang Leonhard
Verlag Fritz Molden, Wien-München
DM 26,—

Die Verfasserin, Witwe des sowjetischen Spitzenfunktionärs Otto Kuusinen, ist im Jahre 1966 von einem Besuch in ihrer Heimat Finnland nicht mehr in die Sowjetunion zurückgekehrt. Nach ihrem Tode im Jahre 1970 hat Leonhard, der sie bei der Niederschrift ihres Buches beraten hatte, es übernommen, dieses Buch herauszubringen. Aino Kuusinen beschreibt nicht nur den Abschnitt, den sie an der Seite ihres Mannes im politischen Leben zurückgelegt hat, sie schildert auch ihre eigene politische Tätigkeit und die Jahre in sowjetischen Straflagern und Gefängnissen. Es bietet sich in ihrem Werk ein Aufriß aus einer Zeit von 45 Jahren, die in engster Tuchfühlung mit den „Großen“ der kommunistischen Welt gelebt wurden. Ihr Bericht ist eine Autobiographie einer Augenzeugin im brodelnden Topf sowjetischer Geschichte — ein sehr eigenwilliger Bericht zudem. Das wird verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß die Verfasserin selbst ihn als „Rache an jenen, die mich der Freiheit beraubt hatten“, versteht.

Im Anfang war der Wasserstoff

Von Hoimar von Ditfurth, Hoffmann
und Campe Verlag, Hamburg,
DM 28,—

Populärwissenschaftliche Literatur hat heute längst ihren Platz erobert; mit vollem Recht, denn die These, daß

man Wissenschaftliches nur so abhandeln könne, daß es weitgehend unverständlich bleibt, ist überholt. Der Verfasser, bekannt auch durch das Fernsehen, hat sich hier des Themenkreises der Entstehung des Lebens und der Intelligenz angenommen und bringt seine Thesen allgemeinverständlich dar.

Seitdem Menschen die Atomkraft beherrschen und in den Weltraum vordringen, sind immer breitere Kreise an diesen Dingen interessiert. Logische Überlegungen sind auch dem nichtwissenschaftlichen Leser nicht mehr fremd; er wird dankbar die Einführung in ihm bisher nicht zugängliche Gedankenbilder dadurch honorieren, daß er nun selbst mit besseren Überlegungen an die Thematik herangehen kann. Hier werden einzelne Epochen der Entwicklung aller Natur in der Fülle der letzten wissenschaftlichen Resultate zu einem Gesamtbild zusammengefaßt, welches fasziniert und besticht. Die Urweltkatastrophen sind heute nicht mehr die Katastrophen der Menschheit, aber es kann sein, daß in der Menschheit der Kern der Katastrophe von morgen liegt.

Empfehlenswerte Broschüren und Neuauflagen

Osang Verlag, Bad Honnef;
Rechtsgrundlagen der Verteidigung
von Wolfgang Beßlich, DM 2,40.

Schriftenreihe Zivilschutz Band 27:
Empfehlungen für den Selbstschutz
in Behörden und für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten —
Aktuelle Textsammlung; DM 6,80.

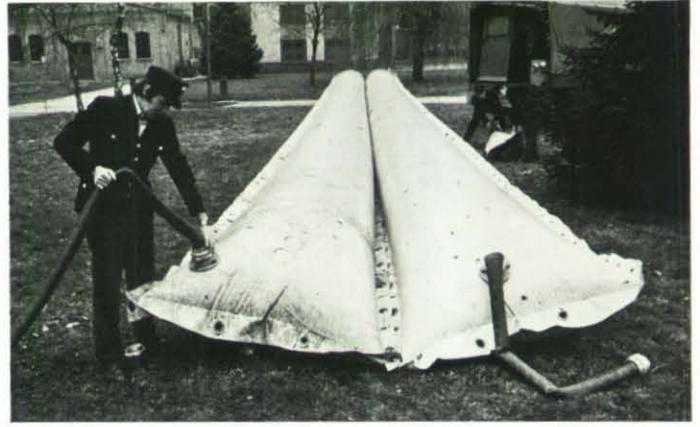
Im gleichen Verlag ist erschienen:
Atomwaffen
von Prof. Dr. Alfons Bühl, Paperback,
DM 24,—.

Das Buch ist jetzt in der 3. Auflage erschienen. Es ist durch seine allgemeinverständliche Berichterstattung zu einem Standardwerk auf dem Gebiet der Atomwaffen geworden.

In seinem Vorwort weist der Verfasser darauf hin, daß trotz aller Appelle an die Vernunft der Staatsmänner das atomare Wettrüsten nicht eingestellt wurde — man steckt vielmehr weiterhin gigantische Mittel in die weitere „Verbesserung“ der Kernwaffen.



Demonstration eines neuen Schutzsystems gegen Überschwemmungen. Sperrschläuche werden ausgerollt.



Über B-Anschlüsse werden Sperrschlauch und Ballastschlauch mit dem vorhandenen Flußwasser gefüllt.



Mit einem Seil, das durch die Ösen in den breiten Säumen gezogen wird, werden die Schläuche zusammengebunden.

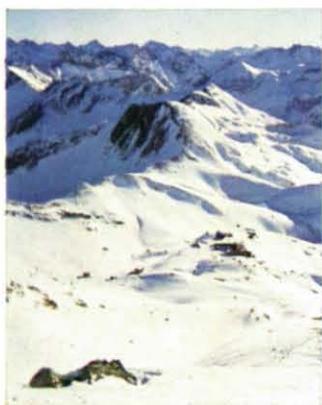


Ein Sperrschlauch ersetzt etwa 1 100 Sandsäcke. Vier Personen können ihn zusammengerollt bequem tragen.

Fortsetzung von Umschlagseite 2

jeder dieser Sperrschläuche auf der dem Wasser abgekehrten Seite mit einem danebengelegten zweiten Schlauch verbunden werden, der ebenfalls gefüllt wird und als Ballastschlauch ein Wegrollen des ersten Schlauches verhindert. Der Sperrschlauch kann aber auch auf andere Weise, z. B. durch Bohlen, Sandsäcke usw. fixiert werden. Nach dem Rückgang des Hochwassers werden die Schläuche entleert und sind jederzeit wieder verwendbar. Eventuelle Beschädigungen können durch Überschweißen oder Überkleben verhältnismäßig einfach und sicher ausgebessert werden. Das Material der Schläuche besitzt eine widerstandsfähige, verrottungsfeste

Oberfläche und eine besonders hohe Reißfestigkeit. Das Verfahren zur Herstellung hat die Firma zum Patent angemeldet. Vergleicht man die Verwendung dieses neuen Hochwasserschutzsystems mit dem herkömmlichen Aufschichten von Sandsäcken, so besteht vor allem der erhebliche Zeitgewinn und der wesentlich geringere Arbeitsaufwand. Um nämlich die gleiche Sperrwirkung wie mit einem der neuen Kunststoffschläuche zu erzielen, müssen etwa 1 100 Sandsäcke gefüllt und aufgeschichtet werden. Rollt man einen Schlauch zusammen, mißt er nur etwa 50 x 50 x 175 cm und wiegt ca. 100 kg. Er nimmt also relativ wenig Platz ein und kann von zwei bis vier Personen an die Einsatzstelle getragen werden.



Heimtückischer Schnee



Wintersportler und Touristen sind sich oft der Gefahren, die von der so beliebten Bergwelt ausgehen, nicht bewußt.

Allein das Wetter mit seinen Tücken verursacht Jahr für Jahr zahlreiche Unfälle mit oft tödlichem Ausgang. Eine der Gefahren sind Lawinen. Nicht umsonst haben im Laufe der letzten Jahrzehnte verschiedene Länder eine lebhaftere Tätigkeit auf dem Gebiet der Schnee- und Lawinenforschung entwickelt. Was im bayerischen Alpengebiet zum Schutze vor Lawinengefahren getan wird, schildert unser Beitrag „Bei Gefahr: Sprengung!“ im Innern dieses Heftes.

